

Preussische Allgemeine

Nr. 35 · 28. August 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €

Energie und Souveränität

Einige US-Senatoren versuchen mit allen Mitteln, die Fertigstellung der Nord Stream 2-Pipeline zu verhindern. Dies wirft Fragen auf, die weit über die Energiepolitik hinausgehen

Seite 3



Reise Auf den Spuren von Kaiserin Sisi im Salzkammergut Seite 21



Geschichte Eine Dresdner Ausstellung fragt, ob Krieg Nation macht Seite 11

POLITIK UND GESELLSCHAFT

Die beängstigende Krise der bürgerlichen Freiheit

Die Freien Demokraten stehen am Abgrund. Wieder einmal. Doch auch jenseits der Lage einer einzelnen Partei stellt sich die Frage, wer im Lande die Rechte der Bürger verteidigt

VON RENÉ NEHRING

Der FDP geht es schlecht. Seit Monaten bewegt sich die klassische Stimme der Freiheit in der deutschen Parteienlandschaft in den Umfragen knapp über der Fünf-Prozent-Hürde – und damit am Rande jenes Abgrunds, in dem sich die Liberalen seit ihrem Ausscheiden aus dem Bundestag zwischen 2013 und 2017 befanden. Kein Wunder also, dass FDP-Chef Lindner in der vergangenen Woche seine Generalsekretärin Linda Teuteberg ablöste.

Doch die Krise des Liberalismus ist tiefergehend – und keineswegs nur das Problem einer Partei. In der Union, die nach dem Kriege die Soziale Marktwirtschaft auf den Weg brachte, ist der Wirtschaftsflügel kaum noch zu vernehmen. Die Grünen, die sich gern als Nachfolger des alten Linkliberalismus inszenieren, erweisen sich regelmäßig als Verbotspartei, die den Bürgern lieber vorschreibt, was diese zu tun und zu lassen haben, anstatt auf deren Vernunft zu setzen. Und die AfD, die als rechtsliberale Kraft gegründet worden war, sucht noch immer ihren Platz im Parteiengefüge.

Freiheitliche Großthemen

Dabei mangelt es keinesfalls an Themen für eine der bürgerlichen Freiheit verpflichtete Partei. Selbst wenn man die

Maßnahmen zum Schutz vor dem Coronavirus und zur Bewältigung der ökonomischen Begleiterscheinungen der Pandemie für notwendig und angemessen erachtet, braucht diese Gesellschaft eine Stimme, die sich für die Wahrung der Grundrechte auch und gerade im Ausnahmezustand einsetzt.

Eine Partei, die daran erinnert, dass nicht die Bürger in der Pflicht sind zu begründen, warum sie demonstrieren wollen, sondern dass es die Regierenden sind, die – im Zweifel jeden Tag – zu erklären haben, warum sie das Versammlungsrecht einschränken wollen. Allein, dass in den vergangenen Tagen Gesundheitspolitiker damit drohten, bei steigenden Corona-Infektionszahlen die „Reisefreiheit“ einschränken zu wollen, sollte angesichts der jüngeren deutschen Geschichte allenthalben die Alarmglocken schrillen lassen.

Ebenso gravierend sind die volkswirtschaftlichen Folgen der Pandemie. Was wird aus der Sozialen Marktwirtschaft, der dieses Land seinen Wohlstand verdankt, wenn „Zombie-Unternehmen“ dank gigantischer Fördersummen, dank Kurzarbeitergeld und dank der Befreiung von der Insolvenzmeldepflicht künstlich am Leben gehalten werden?

Auf europäischer Ebene stellt sich die Frage, welche Konsequenzen sich aus dem EU-Fonds zur Bewältigung der Coro-

na-Pandemie ergeben? Anfang der Woche verkündete SPD-Kanzlerkandidat Scholz gegenüber der Funke-Mediengruppe: „Der Wiederaufbaufonds ist ein echter Fortschritt für Deutschland und Europa, der sich nicht mehr zurückdrehen lässt.“ Wo bleibt der liberale Protest dagegen, dass dauerhaft Kompetenzen auf eine supranationale Ebene verschoben werden sollen, auf deren Entscheidungsfindungen die Bürger keinen Einfluss haben?

Liberaler Dauerbrenner

Und wie steht es um die Einschränkung der Meinungsfreiheit, wenn Worte, die seit Jahrhunderten zum allgemeinen Sprachgebrauch gehören, plötzlich tabu sein sollen, weil sie angeblich Minderheiten diskriminieren? Oder wenn den Mehrheiten gar untersagt werden soll, über die Belange von Minderheiten mitreden zu dürfen, weil diese deren Lebenswelt gar nicht kennen würden? Das Wort Republik stammt vom lateinischen „res publica“ und meint die öffentlichen Angelegenheiten, die von allen Bürgern diskutiert werden sollen – und zwar offen und frei, ohne Denkverbote oder Denkvorgaben.

Ein weiteres liberales Großthema ist der auswuchernde Sozialstaat. Erst vor wenigen Tagen legte die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) einen Bericht zur Zukunft der Sozialversicherung vor, der davor warnt,

dass allein die Sozialversicherungsbeiträge schon bald mehr als die Hälfte der Einkommen verschlingen werden.

Leicht hatte es der Liberalismus hierzulande nie. Seitdem Otto v. Bismarck im 19. Jahrhundert die Sozialgesetze auf den Weg brachte, Konrad Adenauer den Sozialstaat in der jungen Bundesrepublik erneuerte und dieser seit den 1970er Jahren massiv ausgebaut wurde, haben sich die Deutschen zunehmend daran gewöhnt, dass sich „Papa Staat“ von der Wiege bis zur Bahre um sie sorgt. Deshalb rührte sich auch kaum Protest dagegen, dass fürsorgliche Landesväter und die „Mutti“ im Bund die Deutschen zum Schutz vor der Corona-Pandemie auf die heimische Couch verbannten.

Der Zweck des Staates

Umso notwendiger ist jedoch eine politische Kraft, die permanent daran erinnert, dass der Wohlstand unseres Landes kein Selbstläufer ist – und dass auch der Staat kein Selbstzweck ist, sondern lediglich das Mittel zu dem einzigen Zweck, den Bürgern ein ordentliches Leben zu ermöglichen.

Absolute Mehrheiten erringt man damit zwar nicht. Doch zeigen die Umfragen zu den einzelnen Sachthemen, dass die Zustimmung für eine solche Politik weit größer ist als die mickrigen fünf Prozent der FDP in den aktuellen Sonntagsfragen.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Die Linkspartei fordert die 30-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit

Seite 4

Wirtschaft

Die Krise von Deutschlands größtem Stahlkonzern Thyssenkrupp hält an

Seite 7

Kultur

Zwei aktuelle Bücher beleuchten die Krise der etablierten Zeitungen

Seite 12

Das Ostpreußenblatt

Erinnerungen an den russischen Maler Viktor Rjabinin

Seite 18



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer neuen Webseite paz.de



ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

Bedingungsloses Grundeinkommen Voraussetzungsloser Konsum ist zweifellos wünschenswert.

Die Frage ist, inwieweit eine Gesellschaft ihn allen ihren Mitgliedern langfristig ermöglichen kann

Der Computer macht nicht alles

Die Befreiung des Menschen vom Arbeitszwang durch die Digitalisierung hat Grenzen

VON DIRK PELSTER

Als die Bundesregierung nach dem angeordneten Lockdown der Wirtschaft die Schleusen für Kurzarbeitergeld und andere finanzielle Soforthilfen öffnete, flackerte damit auch die Diskussion um ein bedingungsloses Grundeinkommen wieder auf. SPD-Chefin Saskia Esken zeigte sich gegenüber diesem Vorschlag jedenfalls offen.

Die Befürworter einer solchen staatlichen Leistung führen zahllose Argumente ins Feld, die sich durchaus sehen lassen können. Sie reichen von philosophischen Überlegungen bis hin zu ganz praktischen Erwägungen. Dem Einzelnen würde so ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Menschen, die sich nicht mehr allein auf ihren Broterwerb konzentrieren müssten, könnten sich verstärkt sozialen Aufgaben widmen und würden somit einen wertvollen Beitrag für die Gesellschaft leisten. Die Existenzsicherung durch ein bedingungsloses Grundeinkommen würde dazu führen, dass Arbeitgeber Tätigkeiten im Niedriglohnsektor künftig besser entlohnen müssten, da es dort dann nicht mehr so einfach sei, Arbeitskräfte zu rekrutieren. Teile der Sozialverwaltung könnten abgebaut werden, weil man kein Personal mehr benötige, um Sanktionen zu prüfen oder durchzusetzen. Gerne weisen die Anhänger eines Grundeinkommens zudem auf die zu erwartenden Produktivitätssteigerungen durch die Digitalisierung. Durch sie könnten einerseits die Kosten für ein solches Projekt bestritten werden, und zum anderen würde es in Zukunft ohnehin nicht mehr genügend Arbeit für alle geben (siehe Seite 7).

Es droht ein Teufelskreis

Die Gegner eines solchen Vorhabens haben ebenso zahlreiche Argumente. Der wohl bedeutendste Einwand besteht in der Finanzierbarkeit eines bedingungslosen Grundeinkommens. Dabei kommt es zunächst auf die geplante Höhe der Leistung an. Würde man sie auf das Existenzminimum begrenzen, bestünde durchaus die Möglichkeit, die hohen Summen aufzubringen, denn der Staat wendet bereits heute einen Großteil seines Etats für verschiedene Sozialleistungen auf, die man alsdann streichen könnte. So wären Zu-



Voraussetzungsloser Konsum ist ein uralter Traum: Das Schlaraffenland, wie es sich Pieter Bruegel der Ältere 1567 vorgestellt hat

wendungen wie das Arbeitslosengeld II oder Hilfen zum Leben im Alter künftig einsparbar, wenn stattdessen ein bedingungsloses Grundeinkommen ausgekehrt werden sollte. Auch würde eine solche neue und einheitliche Leistung durchaus dazu führen, dass sich bislang bestehende Kapazitäten in der Sozialverwaltung abbauen ließen und man die freiwerdenden Mittel stattdessen den Bürgern direkt zugutekommen lassen könnte.

Doch bereits hier ist Vorsicht geboten, denn die Lebensverhältnisse in Deutschland unterscheiden sich nicht unbeachtlich. Zahlt man monatlich jedem Bürger die gleiche Summe eines staatlichen Grundeinkommens auf sein Konto, so ließe sich damit in Vorpommern möglicherweise noch auskömmlich leben, wohingegen man in München noch nicht einmal mehr die Miete bestreiten könnte. Das heutige Wohngeld berücksichtigt solche Unterschiede bereits.

Würde man in die Berechnung eines Grundeinkommens ähnliche Anpassungs-

mechanismen einbauen, fielen die Einsparpotenziale in der Sozialbürokratie entsprechend geringer aus.

Selbst wenn eine solch neue Sozialleistung unter aktuellen Gegebenheiten und anhand der absolut zur Verfügung stehenden Mittel bestreitbar sein sollte, bliebe immer noch die Frage, ob ein Grundeinkommen unter den dann einsetzenden Veränderungen in der Wirtschafts- und Arbeitswelt finanzierbar bliebe. Würde man jedem Bürger – unabhängig von seinem derzeitigen Einkommen – zusätzlich einen monatlichen Betrag auszahlen, der nachzeitigem Stand das Existenzminimum abdeckt, so ist davon auszugehen, dass viele Menschen künftig weniger oder zum Teil auch gar nicht mehr arbeiten würden.

Dies wiederum würde in der Folge dazu führen, dass Arbeitgeber zusätzliche Lohnanreize schaffen müssten, um Arbeitnehmer für die Erledigung der anfallenden Aufgaben zu gewinnen, was wiederum zu einer Verteuerung der von diesen

erstellten Produkte und Dienstleistungen führen würde. Eine allgemeine Preissteigerung hätte jedoch zur Folge, dass der zunächst für ein existenzsicherndes Grundeinkommen festgesetzte Betrag schnell nicht mehr ausreichen würde und erhöht werden müsste, was in einem Teufelskreislauf münden würde.

Dieser Fakt lässt sich nicht ohne Weiteres mit einem Verweis auf die Digitalisierung und ein ohnehin schwindendes Arbeitsaufkommen in der Zukunft kontern. Trotz bahnbrechender Entwicklungen auf dem Gebiet der Informationstechnologie hat die allgemeine Arbeitsproduktivität in den Staaten Europas in den letzten zwei Jahrzehnten kaum zugenommen, was sich vor dem regierungsmäßig verhängten Lockdown noch in einem Allzeithoch sozialversicherungs-pflichtiger Beschäftigungsverhältnisse ausgedrückt hatte.

Es ist daher nicht anzunehmen, dass die Arbeit allzu rasch aus der Lebenswelt der Menschen verschwindet.

BEFÜRWORDER

Frontverlauf quer durch die Parteien

Schaut man sich in der deutschen politischen Landschaft nach den Befürwortern eines bedingungslosen Grundeinkommens um, so stößt man keineswegs auf die klaren Fronten, die man zunächst vielleicht erwartet. Als feste Programmforderung war eine solche Leistung zuletzt nur von den zwischenzeitlich in der Versenkung verschwundenen „Piraten“ prominent vorgetragen worden. In anderen Parteien wurden solche Vorschläge gelegentlich diskutiert und oft auch von wichtigen Köpfen, wie etwa dem ehemaligen thüringischen Ministerpräsidenten Dieter Althaus, unterstützt.

Auf der linken Seite des Parteienspektrums, wie bei der SPD oder der Partei „Die Linke“, gibt es zwar ein klares Plädoyer dafür, den Zugang zu einer Grundsicherung zu erleichtern, Sanktionsmöglichkeiten abzubauen und Leistungssätze zu erhöhen. Eine vollständige Entkoppelung von Lebensunterhalt und Erwerbsarbeit wird hier jedoch sehr skeptisch gesehen. Diese Position vertreten auch die meisten Gewerkschaften.

Die FDP hingegen lehnt ein bedingungsloses Grundeinkommen vehement ab. Ganz verschließen konnte sie sich dem Trendthema gegenüber aber nicht. Stattdessen soll künftig ein „liberales Bürgergeld“ etabliert werden, das nur für bedürftige und arbeitswillige Empfänger konzipiert ist und das die heute schon existierenden Sozialleistungen lediglich neu gestalten soll. Auch innerhalb von CDU und CSU wird ein Grundeinkommen – trotz vereinzelter Vorstöße aus der Partei – überwiegend abgelehnt.

Die erstmals im Parlament vertretene AfD hat sich zu diesem Themenkomplex noch nicht abschließend positioniert. Doch auch in ihren Reihen gibt es bedeutende Vertreter, wie den Bundestagsabgeordneten René Springer, die sich für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens aussprechen. Die Debatte um diese Form des Sozialtransfers zieht sich also durch alle bestehenden politischen Lager und hat zahlreiche durchaus interessante Facetten. D.P.

PRAXISTEST

Feldversuche in Finnland und Namibia

Wegen der örtlichen und zeitlichen Begrenzung ist die Aussagekraft der Studienergebnisse gering

Die Idee, jedem Bürger eines Staates ein bedingungsloses Grundeinkommen zu gewähren, ist nicht neu. Zahllos sind die Vorschläge, wie ein solches Vorhaben umzusetzen und zu finanzieren sei. Schon in den 60er Jahren des vergangenen Jahrhunderts entwickelte der spätere Nobelpreisträger Milton Friedman das Konzept einer negativen Einkommensteuer. Eine feststehende Summe sollte danach einfach von der zu entrichtenden Steuer abgezogen werden. Während Personen mit hohen Bezügen demzufolge einfach weniger Abgaben zahlen, sollen Geringverdiener eine entsprechende Barauszahlung vom Finanzamt erhalten. In Deutschland gibt es mit dem Arbeitslosengeld II ein

ähnliches Modell, auch wenn es technisch anders umgesetzt wird. Allerdings muss derjenige, der diese Form der Grundsicherung beantragt, sich zur Aufnahme einer Erwerbsarbeit verpflichten, zumindest soweit er arbeitsfähig ist. Insoweit handelt es sich hier nicht um eine bedingungslose Leistung. Basierend auf den Vorschlägen Friedmans wurden noch weitere Modelle eines Grundeinkommens entwickelt.

Vorschläge Milton Friedmans

Neben diesen theoretischen Überlegungen gab es etliche Versuche, im Rahmen von verschiedenen Projekten die Funktionsfähigkeit eines bedingungslosen

Grundeinkommens in der Praxis zu erproben. Erst im späten Frühjahr dieses Jahres legten finnische Behörden den Abschlussbericht zu einer Feldstudie vor, bei der 2000 Bürgern über die Dauer von zwei Jahren ein Grundeinkommen in Höhe von 550 Euro ausgezahlt wurde. Viele Versuchsteilnehmer berichteten davon, dass sich die Leistungen positiv auf ihre Lebensqualität ausgewirkt hätten. Allerdings weist die Studie zahlreiche methodische Mängel auf, und an dem Versuch wurden nur Personen beteiligt, die zu Beginn des Projektes arbeitslos waren.

In Namibia hatte man 2008 einen anderen Ansatz gewählt. In dem Ort Otjivero wurde fast jedem Bewohner ein bedin-

Die Idee, jedem Bürger eines Staates ein bedingungsloses Grundeinkommen zu gewähren, ist bereits älter

gungsloses Zusatzeinkommen ausgezahlt. Tatsächlich zog die kleine Gemeinde schnell Gewerbetreibende an und begann zu prosperieren.

Die Aussagekraft dieser Studienergebnisse ist jedoch gering. Problematisch erscheint vor allem, dass die Versuche örtlich oder zeitlich begrenzt sind. Wer bereits weiß, dass ein ihm ausgezahltes Zusatzeinkommen in einem Jahr wieder wegfällt, der wird nicht deswegen eine gut bezahlte Anstellung kündigen. Stärkt man die Kaufkraft der Einwohner in einem lokal abgegrenzten Gebiet, so lockt man damit zwar Investitionen von Unternehmen an, zieht sie aber zugleich aus dem Rest des Landes ab. D.P.

Eine Erpressung und ihre Folgen

Der Versuch einiger US-Senatoren, mit allen Mitteln die Fertigstellung der Nord Stream 2-Pipeline zu verhindern, offenbart die Schwäche der deutschen und europäischen Außenpolitik. Und zwingt dazu, über strategische Alternativen nachzudenken

VON ALEXANDER RAHR

Einen solchen Vorfall hat es in den letzten 75 Jahren deutsch-amerikanischer Beziehungen noch nicht gegeben. Drei US-Senatoren schrieben einen langen Drohbrief an die Geschäftsleitung des kleinen Fährhafens Sassnitz auf Rügen. Von dort aus erfolgt die logistische Unterstützung für die am Bau der Nord Stream 2 beteiligten Pipeline-Verlegerschiffe. Ein Zitat aus dem Schreiben sticht besonders ins Auge: „Wenn Sie weiterhin Waren, Dienstleistungen und Unterstützung für das Nord Stream II-Projekt bereitstellen, würden Sie das zukünftige Überleben Ihres Unternehmens zerstören.“

Ein solch freches Schreiben benötigt eine gepfefferte Antwort. Seit zwei Jahren bedrohen die USA – Kongress und Trump-Administration – europäische Firmen, die sich am Projekt Nord Stream 2 beteiligen, mit extraterritorialen Sanktionen. Die USA mischen sich damit ungebeten in die Energieversorgungssicherheit ihrer europäischen Verbündeten ein. Mehr noch: Washington behandelt die Europäer wie unmündige Vasallen. Die EU kann und will das nicht anstandslos hinnehmen. Aber sie besitzt nicht die Instrumentarien, um der Supermacht USA Paroli zu bieten.

Die Schwäche der Europäer

Wenn europäische Firmen tatsächlich vor die Wahl gestellt werden, entweder am russischen Projekt festzuhalten, dafür jedoch für immer den amerikanischen Markt zu verlieren, entscheiden sie sich notgedrungen für den viel gewinnträchtigeren US-Markt und gegen eine Kooperation mit Russland. Die Bundesregierung und die EU können die eigenen Firmen gegen die wirtschaftliche und finanzielle Übermacht der USA auf globaler Ebene nicht schützen. Berlin und Brüssel können höchstens das amerikanische Flüssigerdgas vom EU-Markt aussperren, wie es der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses im Bundestag fordert. Die Folge wäre jedoch ein Handelskrieg mit den USA, dem Europa aus dem Weg gehen will.

Die EU begreift erst im Fall des Energiekonflikts mit den USA, wie abhängig sie tatsächlich von den USA ist. Um diesen Zustand zu ändern, sich von der Fremdbestimmung zu befreien und volle Souveränität zu erlangen, müsste die EU sich stärker von den USA emanzipieren. Aber kann die EU das, ohne die Sicherheitspartnerschaft mit den USA im Rahmen der NATO infragezustellen? Niemand im Westen kann sich ernsthaft vorstellen, dass die EU die Schutzmacht USA gegen die russische umtauscht.

Angesichts der zunehmenden Konflikte im deutsch-russischen Verhältnis (Hacker-Attacken auf den Bundestag, Annexion der Krim, Mordattentate auf russische Oppositionelle, Menschenrechtsverletzungen in Russland) erscheint zudem die Wiederaufnahme strategischer Partnerschaftsbeziehungen zwischen beiden Ländern vorerst als Illusion.

Das weitere Problem der EU ist, dass sie nicht mit einer Stimme spricht. Zwar haben 24 der 27 EU-Staaten das amerikanische Sanktionsvorhaben gegen europäische Firmen in einer gemeinsamen Note an das State Department kritisiert. Aber Fakt ist auch, dass wenn es zum Schwur kommen sollte, die ostmitteleuropäischen EU-Staaten sich allem Anschein nach für ein Amerika-kontrolliertes Europa entscheiden würden. Die Führung aus Washington ist ihnen wichtiger als die deutsch-französisch geführte europäische Achse.

Streitfall Nord Stream

Kein energetisches Infrastrukturprojekt hat jemals so viel Unmut erzeugt wie Nord Stream 2. Seit 2011 existiert bereits die Ost-



Schlussstufe eines umkämpften Projekts: Nachdem infolge der US-Sanktionsandrohungen europäische Firmen ihre Arbeitskräfte vom Bau der Nord Stream 2-Pipeline abgezogen haben, werden die restlichen Kilometer von russischen Unternehmen verlegt. Im Bild das Verlegeschiff „Akademik Cherskiy“ im Fährhafen Sassnitz/Mukran *Foto: pa*

see-Pipeline Nord Stream 1, die jährlich 55 Milliarden Kubikmeter Erdgas aus Westsibirien nach Deutschland transportieren kann. Nord Stream 2 soll künftig die gleiche Menge für Kunden in der Europäischen Union bereitstellen. Bislang wurden 150 Milliarden Kubikmeter Erdgas durch die seit 50 Jahren bestehende Erdgas-Pipeline über die Ukraine nach Europa gepumpt. Die ukrainische Pipeline wäre künftig obsolet.

Russland argumentiert so: Die Ukraine ist ein unsicheres Transitland. Die Nord Stream-Alternative hilft, das ukrainische Transitmonopol auszuhebeln. In den USA und Teilen der EU lautet das Argument genau andersherum: Die Ukraine solle als zentrales Transitland für russisches Erdgas nach Europa erhalten werden, denn ansonsten könnte Moskau Ostmitteleuropa eines Tages den Gashahn zudrehen. Die USA werfen Moskau vor, mit dem Transitstopp die Ukraine finanziell ruinieren zu wollen. Die Ukraine verdient am Transit des russischen Erdgases nach Europa 2 Milliarden Euro im Jahr. Es ist der größte Posten im Staatsbudget der Ukraine. Ohne diese Einnahmen müsste der Westen die Ukraine mit Krediten subventionieren. Deutschland hat in diesem Konflikt erfolgreich als Vermittler fungiert und erreicht, dass Russland sein Erdgas weiterhin durch die Ukraine nach Westen verkauft, aber seinen Gasexport über die Ostsee diversifizieren darf.

Ein weiteres amerikanisches Argument gegen die Pipeline ist, dass die EU zu sehr von Russland abhängig sei. Doch das stimmt nicht. Russlands Gaslieferungen machen nur knapp 40 Prozent der gesamten Gasimporte in die EU aus. Im gesamten Energiemix befindet sich Erdgas noch weit hinter Kohle und Erdöl. Außerdem haben die Europäer ihren Gasmarkt längst erfolgreich diversifiziert, ein unerwarteter Engpass aus Russland

könnte sofort durch andere Lieferanten wettgemacht werden.

Die Interessen der USA

Der eigentliche Grund für die amerikanische Ablehnung der Nord Stream-Pipeline ist nicht die Ukraine. Die USA wollen ihr eigenes Flüssigerdgas LNG auf dem lukrativen europäischen Markt verkaufen. Marktführer auf dem europäischen Energiemarkt ist aber – seit 50 Jahren – Russland. Also gilt es, russisches Erdgas, das über Pipelines nach Europa transportiert wird, vom EU-Konsumentenmarkt abzuschneiden. Die Durchsichtigkeit der US-Strategie, auf diese Weise ihren Hauptkonkurrenten auszuschalten, ist frappierend. Die EU distanziert sich deshalb von solchen Cowboy-Methoden entschieden.

Die USA und viele mittelosteuropäische Länder sehen die russisch-deutsche Energiepartnerschaft als eine falsche strategische wirtschaftspolitische Verankerung Russlands in Europa – die sie ablehnen und bekämpfen. Sie wollen verhindern, dass Russland durch Erdgasexporte Gelder auf dem westlichen Markt akquiriert, die Moskau in seine Rüstungsindustrie investieren könnte.

Deutschland hat jedoch in den vergangenen Jahrzehnten gute Erfahrungen im Gas-handel zunächst mit der Sowjetunion und später mit Russland gemacht. Seit dem berühmten Erdgas-Röhren-Geschäft Anfang der 70er Jahre sind viele deutsche Firmen in Russland präsent. Sie wollen in Russland tätig bleiben und üben Druck auf die Bundesregierung aus, die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland aufrechtzuerhalten.

Falls die EU auf amerikanischen Druck hin auf russisches Erdgas verzichten sollte, würde sie sich von Amerika abhängig machen. Dann würden es die USA sein, die Energie als „Waffe“ für eigene Interessen einsetzen könnten.

Die USA schauen geopolitisch mehr nach Asien als nach Europa. Und Europa kommt aus seiner Verantwortung nicht heraus, sich als eigenständiger Akteur in der neuen polyzentrischen Weltordnung zu definieren

Die USA könnten versucht sein, die EU in anderen Fragen zu erpressen, zum Beispiel beim Technologiehandel mit China.

Die Haltung Berlins

Nord Stream 2 wird letztendlich fertiggebaut. Das ist für Deutschland zu einer Frage des Anstands geworden. Natürlich ist die Bundesregierung Kompromisse eingegangen, um die USA zu besänftigen und die deutsche Führungsrolle in Europa nicht zu gefährden. So hat sie dem amerikanischen Flüssigerdgas die Türen geöffnet, so dass dieses künftig mit dem russischen Pipeline-Gas in Europa konkurrieren kann. Dennoch ist Deutschland nicht gewillt, Amerika in allem nachzugeben.

Ohne die Unterstützung durch die Bundesregierung wäre Nord Stream 2 niemals zustande gekommen. Doch warum hat sich Berlin so stark für das umstrittene Projekt eingesetzt und einen ernsthaften Bruch mit den USA und anderen EU-Ländern riskiert? Zunächst hat die Bundesregierung verstanden, wie wichtig die Erdgaswirtschaft für die Zukunft Europas ist. Deutschland ist ein Vorreiter bei der Energiewende, welche Atomenergie sowie fossile Brennstoffe wie Öl und Kohle durch alternative Energiequellen in kürzester Zeit ersetzen soll. Allein auf Erneuerbare Energien zu setzen funktioniert jedoch nicht. Um so wichtig ist es, Erdgas als Brückenbrennstoff auf dem Weg in eine neue Ära zu nutzen. Hinzu kommt die Tatsache, dass die Erdgasressourcen in Europa zur Neige gehen. Europa wird in fünf bis zehn Jahren weitgehend auf eigene Erdgasförderung verzichten müssen – und mehr Gas aus Nicht-EU-Ländern importieren. Infrage kommen hier als Lieferanten nur Russland, Norwegen, die arabischen Länder und die Vereinigten Staaten.

Bei allem Respekt für Klimaschutz und umweltschonende Wirtschaftskonzepte – noch ist das Zeitalter fossiler Energiestoffe nicht vorbei. Während die EU bis 2050 eine grüne Ökonomie schaffen will, kämpft der Rest der Welt mit ganz anderen wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen als die Europäer – und wird auf die traditionellen Energieträger noch lange nicht verzichten. Russland hingegen setzt alles daran, um von der Wachstumsregion Asien zu profitieren. Nord Stream 2 ist das letzte große russische Infrastrukturprojekt in Europa. Russland wird sich dem eurasischen Wirtschaftsraum zuwenden, in dem der Energiehunger Chinas eine bedeutende Rolle spielt.

Strategische Perspektiven

Europa erscheint vielen als wirtschaftlicher Riese, aber als politischer Zwerg. Der Streit mit den Amerikanern um Nord Stream 2 könnte eine notwendige historische Zäsur in den Beziehungen USA-Europa einleiten. Die USA schauen geopolitisch mehr nach Asien als nach Europa. Und Europa kommt aus seiner Verantwortung nicht heraus, sich als eigenständiger Akteur in der neuen polyzentrischen Weltordnung zu definieren.

Während für die USA in der Supermacht-Rivalität mit China die eigentliche Herausforderung ihrer nationalen Sicherheit liegt, befinden sich für die EU die Hauptgefahren im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika. Durch Armut, extremen Klimawandel und Kriege wird es vom Süden her in den nächsten Jahren zu Gefahren einer Massenmigration kommen. Für die Prävention dieser Herausforderung wird Russland für die EU ein wichtigerer Partner sein als die USA.

● **Alexander Rahr** war bis 2012 Programmdirektor für Russland/Eurasien bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und ist seit 2012 Forschungsdirektor beim Deutsch-Russischen Forum. Zu seinen Büchern gehört „Der kalte Freund. Warum wir Russland brauchen“ (Hanser Verlag 2011).

● MELDUNGEN

Paritätsgesetz ist angezählt

Potsdam – Beim Brandenburger Landesverfassungsgericht hat vorletzten Donnerstag, am 20. dieses Monats, eine erste Anhörung zum Paritätsgesetz stattgefunden. Das Anfang 2019 von der damaligen rot-roten Landesregierung beschlossene Gesetz verpflichtet die Parteien, auf ihren Wahllisten zu Landtagswahlen, im Reißverschlussverfahren gleich viele Männer und Frauen aufzustellen. Gegen das Gesetz haben die Nationaldemokratische Partei Deutschlands und die Alternative für Deutschland eine Organklage eingereicht. Ein ähnliches Gesetz hatte Thüringens Verfassungsgericht nach einer Klage der AfD im Juli für verfassungswidrig erklärt. Die frühere Bundestagspräsidentin sowie Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit Rita Süsmuth (CDU) hatte auf das Thüringer Urteil mit Unverständnis reagiert und die Hoffnung geäußert, dass Brandenburgs Paritätsgesetz Bestand hat. Das brandenburgische Landesverfassungsgericht will sein Urteil am 23. Oktober verkünden. N.H.

Kantholz als Antifa-Exponat

Chemnitz – Eine Ausstellung mit dem Titel „Antifa – Mythos & Wahrheit“, die im Rahmen des „Gegenwärtigen“-Kunstfestivals der Stadt Chemnitz gezeigt wurde, hat heftige Diskussionen ausgelöst. Für die Ausstellung hatte das eingeladene „Peng!“-Kollektiv nach eigenen Angaben staatliche Zuschüsse in Höhe von 10.000 Euro genutzt, um Antifa-Gruppen insgesamt zehn Objekte „abzukaufen“. Unter den erworbenen Gegenständen, die die „Vielfalt der antifaschistischen Arbeit“ darstellen sollten, befand sich auch ein Einkaufswagen als ein Symbol der „Connewitzer Silvesternacht“. Zu den Ausstellungsstücken zählte zudem ein Kantholz. Aus Sicht des „Peng!“-Kollektivs sollte dieses Objekt die Falsch Aussage eines AfD-Politikers dokumentieren, der nach einem Angriff auf ihn ausgesagt hatte, er sei mit einem Kantholz attackiert worden. N.H.

Arbeitslose Pflegekräfte

Berlin – Nachdem Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) erst vergangenes Jahr eine Fachkräfteagentur für Gesundheits- und Pflegeberufe zur Anwerbung von zusätzlichen Pflegefachkräften aus dem Ausland gegründet hat, werden nun Forderungen nach einem Umdenken laut. Nach Daten der Bundesagentur für Arbeit ist die Arbeitslosigkeit in der Berufsgruppe Altenpflege in der ersten Jahreshälfte stark angestiegen. Bei deutschen Pflegekräften um 27 Prozent auf 27.711 Arbeitslose. Die Zahl arbeitsloser ausländischer Pflegekräfte stieg auf 10.070 an. Dies war ein Anstieg um 37 Prozent seit Jahresbeginn. Ein Sachstandsbericht der Bundesagentur für Arbeit, für den 300 Kliniken und Pflegeeinrichtungen befragt wurden, hatte vergangenes Jahr bereits das teilweise zu niedrige Sprachniveau ausländischer Pflegekräfte als Problem zutage gefördert. N.H.



Will weniger arbeiten, aber das Gleiche verdienen: Angestellte demonstrieren in Deutschland für Arbeitszeitverkürzung

Foto: pa

ARBEITSZEIT

Linkspartei fordert 30-Stunden-Woche

Neuaufgabe der Diskussion aus den 1980er Jahren über die 35-Stunden-Woche

VON PETER ENTINGER

Obwohl die Digitalisierung in Deutschland schleppend anläuft, fordert die Linkspartei, das Fell des Bären zu verteilen, bevor er erlegt ist. In einem Positionspapier verlangt sie eine Verkürzung der Arbeitszeit. Die Computerisierung müsse für den Menschen, nicht gegen ihn genutzt werden.

In ihrem Positionspapier geht die Linkspartei davon aus, dass die Digitalisierung viel menschliche Arbeit überflüssig machen werde. Die Gesamtmenge an Arbeit werde demnach kleiner. Die Produktivität der verbliebenen Arbeit steige. Dadurch werde die Gesellschaft noch wohlhabender.

„Wir brauchen eine generelle Verkürzung der Arbeitszeit auf 30 Stunden pro Woche in Vollzeit, um die Produktivitätsfortschritte allen zugutekommen zu lassen und allen ausreichend Zeit für Familie und Sorgearbeit, für politische Einmischung, persönliche Weiterbildung und Muße zu ermöglichen“, erklärt die Parteivorsitzende Katja Kipping.

Die neuen digitalen Technologien, so die Politikerin, dürften nicht „zur Verdichtung von Arbeit, zur Erhöhung des

Stresses, zur verstärkten Kontrolle durch das Management, zur Verlagerung von Tätigkeiten auf tariflose Subunternehmen und zum Druck auf Tarifstandards, Löhne und Arbeitsbedingungen führen“.

Mit oder ohne Lohnausgleich?

Unterstützung erhält die Linkspartei, die mit diesem Thema im anstehenden Bundestagswahlkampf punkten will, von den Gewerkschaften. Die hoffen mit einer geringeren Arbeitszeit auf weniger Arbeitsplatzabbau. „Die Vier-Tage-Woche wäre die Antwort auf den Strukturwandel in Branchen wie der Autoindustrie. Damit lassen sich Industriejobs halten, statt sie abzuschreiben“, sagte der Erste Vorsitzende der IG Metall, Jörg Hofmann, der „Süddeutschen Zeitung“. Er forderte zudem „einen gewissen Lohnausgleich für die Beschäftigten, damit es sich die Mitarbeiter leisten können“.

Die Gewerkschaften sind traditionell Vorreiter einer Arbeitszeitverkürzung. In diesem konkreten Fall argumentieren sie mit der Notwendigkeit, branchenspezifische Probleme während der Corona-Krise abfedern zu müssen.

Laut einer Studie der University of Auckland in Neuseeland nimmt die Produktivität der Mitarbeiter bei weniger

Arbeit und gleicher Entlohnung zu. Und laut dem „Redaktionsnetzwerk Deutschland“ wurde die Produktivität bei Microsoft in Japan um 40 Prozent und in einer norwegischen Großmolkerei um 50 Prozent gesteigert, obwohl die Arbeitszeit um 20 Prozent verringert wurde.

Es gibt Erhebungen, dass sich viele Menschen mit Familie, Beruf und Ehrenamt zunehmend überfordert fühlen. Laut einer Umfrage der Bundesanstalt für Arbeitsschutz wünscht sich mehr als die Hälfte der Beschäftigten mit Vollzeit-Job eine 35-Stunden-Woche. Und zwar auch bei entsprechend geringerem Verdienst.

In einer Studie kommt die Behörde zu dem Schluss, dass eine kürzere Arbeitszeit für weniger Rückenschmerzen, Herz-

infarkte und Schlafstörungen, für einen niedrigeren Blutdruck und letztlich auch für weniger Krankheitstage sorgen würde.

Doch es gibt auch deutliche Kritik an der Arbeitszeitverkürzung. „Wenn wir in Qualifizierung investieren und Neueinstellungen fördern, wird die Arbeitslosigkeit auch bei voranschreitender Digitalisierung weiter sinken“, sagte beispielsweise Enzo Weber vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Heißt im Endeffekt: Die Digitalisierung wird nicht zu weniger, sondern zu anderer Arbeit führen.

Die Bundesanstalt für Arbeitsschutz gibt indes zu bedenken: „Eine Vier-Tage-Woche ist nur dann sinnvoll, wenn sie wirklich auf 30 Stunden beschränkt ist und nicht zur Folge hat, dass die Beschäftigten dann vier Tage je zehn Stunden arbeiten, um das Pensum zu schaffen.“ Das sei aus Sicht des Arbeitsschutzes sehr bedenklich.

Andreas Peichl, Leiter des Zentrums für Makroökonomie und Befragungen beim Ifo-Institut setzt auf Freiwilligkeit: „Es wird Unternehmen geben, die das können. Aber einen Zwang zu verordnen, würde am Ende zu mehr Arbeitslosigkeit führen.“

Ist die Verkürzung der Arbeitszeit die angemessene Antwort auf den Produktivitätsfortschritt?

HOCHSCHULPOLITIK

Anja Karliczek auf den Spuren Donald Trumps

Studenten, die in Deutschland nicht an Uni-Veranstaltungen teilnehmen, bekommen auch kein Visum

Donald Trump hat es vorgemacht, die Bundesregierung macht es ihm nach. Sie verweigert Visa für Online- und Fern-Studenten. Groß war die Aufregung, als der US-amerikanische Präsident ausländische Studenten auszuweisen drohte, wenn ihre Hochschulen keine Präsenzlehre anbieten. Die Bundesregierung reagiert empört. Während in den USA jedoch ein Bundesgericht die Entscheidung von Trump revidiert hat, wandelt nun die Bundesregierung auf Trumps Spuren.

Dabei waren die Vereinigten Staaten Weltspitzenreiter bei Corona, als den rund 9000 deutschen Studenten in den

USA die Ausweisung drohte, weil ihre Universitäten wegen der Corona-Pandemie auf Online-Kurse umgestellt hatten. Studierenden-Visa sollte es nur noch für Präsenzkurse geben. Am Ende durften die deutschen Studenten bleiben, weil ein US-Gericht die Entscheidung aufgehoben hat.

US-Gericht bremste Trump aus

Bundesbildungsministerin Anja Karliczek (CDU) sagte damals: „Wissenschaft und Forschung leben vom Austausch, gerade vom internationalen Austausch.“ Das müsse auch in Zeiten der Pandemie gel-

ten. Doch jetzt scheint dieses Wort nicht mehr zu gelten, denn die deutsche Bundesregierung verfährt mit ausländischen Studenten ähnlich wie US-Präsident Trump. Demnach werden in Deutschland Visa zurzeit nur an Studenten vergeben, die eine Präsenzpflicht an ihrer Universität nachweisen können.

Das bedeutet, dass es kein Visum für nicht aus der Europäischen Union stammende Studenten gibt, wenn eine Universität im Wintersemester für einen bestimmten Studiengang wegen Corona keine Präsenz-Vorlesungen anbietet. Selbst Studenten, die noch ein gültiges

Einreisevisum besitzen, denen aber der Nachweis für Präsenzseminare fehlt, dürfen jetzt nicht mehr einreisen. Sie hängen in ihren Heimatländern fest.

Eine Sprecherin des Auswärtigen Amtes erklärte inzwischen, mit der Regelung bringe man EU-Recht, das in der Pandemie geschaffen worden sei, zur Anwendung. Allerdings haben weder das ehemalige Mitglied der Europäischen Union Großbritannien noch das immer noch der EU angehörende Frankreich, deren Universitäten bei ausländischen Studenten ebenfalls sehr beliebt sind, ähnliche Regelungen erlassen. Bodo Bost

LANDFLUCHT – STADTFLUCHT

Neukölln statt Uckermark

Syrier strömen vom Land nach Berlin – Deutsche verlassen gleichzeitig die Metropole scharenweise

VON NORMAN HANERT

Als im Jahr 2015 hunderttausende Immigranten nach Deutschland hereinströmten, warteten einige Kommentatoren mit Empfehlungen auf, mit den „Flüchtlingen“ den ländlichen Regionen der östlichen Bundesländer neues Leben einzuhauchen. Daten aus Brandenburg zeigen nun, dass dies eine Milchmädchenrechnung war.

Wie andere Bundesländer auch, hatte Brandenburg versucht, Asylsucher über die Erstaufnahmeeinrichtung auf die Landkreise und kreisfreien Städte über die ganze Fläche des Landes zu verteilen. Wie sich inzwischen herausgestellt hat, packte ein Teil dieser Ausländer aber alsbald wieder die Koffer, um nach Berlin oder in die beiden Großstädte Potsdam und Cottbus umzuziehen. Besonders deutlich wird dies bei den Landkreisen Ostprignitz-Ruppin, Oberspreewald-Lausitz und Dahme-Spreewald. Von hier zog seit Ende 2016 ein Drittel der syrischen Asylsucher wieder weg.

Auch die Kreise Elbe-Elster, Uckermark und Prignitz betrachtete gut ein Viertel der zugewiesenen Syrer offenbar nur als Zwischenstation. Das eigentliche Ziel war oft Berlin. Nur wenige Jahre ist es her, dass die ins Land kommenden Asylbewerber noch von Medien und Politikern als Geheimrezept gegen die demografischen Probleme der östlichen Bundesländer empfohlen wurden.

Häuser und Land werden knapp

Heribert Prantl von der Chefredaktion der „Süddeutschen Zeitung“ schlug etwa vor, die Immigranten „mit den Erfahrungen ihrer uralten Subsistenzwirtschaft“ im ländlichen Raum Mecklenburg-Vorpommerns anzusiedeln. Auch Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) regte im Sommer 2015 an, Asylbewerber in den entvölkerten Regionen der neuen Bundesländer unterzubringen. Mehr Realitätsinn erwies seinerzeit sogar die linke Lobbygruppe „Pro Asyl“:

„Wo es keine Migrationsstruktur gibt, ist es sehr viel schwieriger für Neuankommende“, so ein Vertreter der Organisati-



Sachen packen und nach Brandenburg ziehen: Landidylle in der Uckermark

Foto: pa

on. Tatsächlich zeigen die Erfahrungen klassischer Einwanderungsländer, dass sich Immigranten schon aus rein praktischen Gründen oft in der Nähe bereits eingewanderter Landsleute ansiedeln.

Die Belegung ländlicher Regionen findet trotzdem statt. Parallel zum anhaltenden Zuzug von Ausländern in die Hauptstadt packen immer mehr alteingesessene Berliner die Sachen und ziehen nach Brandenburg. Dies zeigt sich nicht mehr nur im Speckgürtel, sondern selbst in berlinfernen Regionen wie der Uckermark.

Die Region im Nordosten wird zuweilen schon als Berlins 13. Bezirk bezeichnet. In Teilen der Uckermark nimmt die Bevölkerungszahl schon seit 2014 vor allem durch Zuzug aus Berlin, zum Teil auch aus dem Raum Stettin wieder zu. Begehrt ist speziell der Raum Angermünde, der von Berlin aus mit der Bahn zu erreichen ist. Bei Freiberuflern und Künstlern sind auch abgelegene Orte wie etwa Gerswalde gefragt. Der uckermärkische Ort

hat sich in den vergangenen Jahren zu einem Magneten für berlinmüde Kreative entwickelt. Inzwischen hat das Interesse dazu geführt, dass die Auswahl verfallener Gutshäuser und Bauernhöfe, die sich wieder herrichten lassen und noch zu haben sind, rapide abnimmt. In Teilen Brandenburgs müssen Gemeinden zudem immer öfter Zuzugswillige abweisen, weil sie kein kommunales Bauland mehr ausweisen können.

Entwicklungsplan stört Entwicklung

Als Ursache nennen die Kommunen den Landesentwicklungsplan Berlin-Brandenburg. Beide Länder hatten sich in dem Plan darauf geeinigt, die Metropolregion vorrangig entlang von Siedlungsachsen zu entwickeln. Jenen Kommunen, die abseits dieser Achsen liegen, wurden entsprechend Beschränkungen bei der Baulandausweisung auferlegt.

Im Sinn hatten die Landesregierungen dabei, einen Siedlungsbrei im Berli-

ner Speckgürtel zu verhindern. Inzwischen häuft sich jedoch Kritik von Gemeinden, die den Landesentwicklungsplan als Hemmnis sehen, weil sie Bauwillige vertrieben müssen. Im Koalitionsvertrag hat die märkische Landesregierung aus SPD, CDU und Grünen eine Anpassung des Entwicklungsplans vereinbart. Diese lässt nun allerdings auf sich warten.

Die Prioritäten der Potsdamer Koalition scheinen derzeit woanders zu liegen. Wie schon Rot-Rot-Grün in Berlin will auch die märkische Landesregierung ein eigenes Aufnahmeprogramm, um zusätzlich pro Jahr etwa 200 „Flüchtlinge“ nach Brandenburg holen zu können. Im Fall Berlins hatte Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) Ende Juli ein bereits beschlossenes Landesaufnahmeprogramm gestoppt. Seehofer hatte den Berliner Sonderweg unter Hinweis auf ein bundeseinheitliches Handeln untersagt.

AUSBILDUNG

Dem Handwerk geht der Nachwuchs aus

Corona-Maßnahmen verschärfen die Krise beim Schulniveau – Lehrbetriebe baden es aus

Bereits im Frühjahr hatte die Kultusministerkonferenz (KMK) aufgrund der Schulschließungen wegen Corona die Durchführung der Vergleichsarbeiten VERA 3 und VERA 8 ins Belieben der Bundesländer gestellt. Nach Bremen und Niedersachsen nutzt nun auch Brandenburg diese Regelung und setzt im gerade begonnenen Schuljahr die Tests an den märkischen Schulen aus.

Wichtiger Teil von VERA sind Vergleichsarbeiten für die 3. und 8. Jahrgangsstufe, die Aufschluss über den Leistungsstand der Schüler liefern sollen. Brandenburgs Bildungsministerin Britta Ernst (SPD), Ehefrau von Olaf Scholz, begründete die diesjährige Pause bei den Vergleichsarbeiten mit der Absicht, die Schulen zu entlasten. Mit der Entscheidung vergibt die Landesregierung allerdings auch die Gelegenheit, zu klären,

welche Folgen die monatelangen Schulschließungen beim Leistungsstand der Schüler hinterlassen haben. Außergewöhnlich ist die Lage an Brandenburgs Schulen indessen nicht nur wegen der Pandemie. Im neuen Schuljahr unterrichten im Land so viele Seiteneinsteiger als Lehrer wie nie zuvor. Von den 1544 unbefristet neu eingestellten Kräften sind 510 Quereinsteiger, die aus anderen Berufen kommen.

Immer mehr Quereinsteiger

Damit verfügt gut ein Drittel der Neueingestellten über keine einschlägige Ausbildung zum Lehrerberuf. Insgesamt verfügt von den insgesamt 20.900 Lehrkräften in Brandenburg damit jeder Achte über kein Lehramtsstudium. Wie Ministerin Ernst mitteilte, haben sich wegen Corona nur rund 200 Pädagogen vom Präsenzunter-

richt abgemeldet. Weil sie zu Risikogruppen gehören, wollen diese Lehrkräfte erst einmal von zuhause oder in besonders geschützten Bereichen der Schulen arbeiten. Lehrgewerkschaften hatten vor dem Beginn des Schuljahres mit weitaus höheren Zahlen von Lehrkräften gerechnet, die nicht in den Schulen eingesetzt werden können.

Prekär sieht die Entwicklung am Ausbildungsmarkt aus. Wenige Wochen vor dem Start des Ausbildungsjahres ist in Brandenburg noch immer fast jede zweite Lehrstelle unbesetzt. Nach Angaben der Arbeitsagentur waren Anfang August im Land noch rund 6800 Plätze frei. Insbesondere Handwerksbetriebe suchen noch immer nach Schulabgängern, die eine Berufsausbildung anfangen wollen. Schon seit Jahren macht den Unternehmen zu schaffen, dass viele Jugendliche Abitur

und ein Studium anstreben, während dagegen eine Lehre als verpönt gilt.

Melden sich Bewerber, stellen die Ausbilder bei den Schulabsolventen häufig Nachholbedarf fest. Wie groß die Defizite beim Nachwuchs sind, zeigt eine Einschätzung, die kürzlich ein Handwerksmeister gegenüber dem Sender rbb abgab: „Im ersten Jahr der Berufsschule fängt man in Mathematik mit dem Stoff der 7. Klasse an, steigert sich langsam bis zur 10. Klasse, erst dann beginnt die Fachmathematik.“

Die Probleme sind seit Jahren bekannt. Die Corona-Maßnahmen haben die Lage in diesem Jahr aber noch einmal verschärft. Weggefallen sind zum großen Teil persönliche Kontaktmöglichkeiten, Ausbildungsmessen und auch Firmenpraktika, über die Jugendliche ins Arbeitsleben hineinschnuppern können. N.H.

KOLUMNE

Was kommt nach Kalbitz?

VON THEO MAASS

Der Ex-AfD-Politiker Andreas Kalbitz hat die von ihm beantragte Einstweilige Anordnung in der Angelegenheit, die seine Parteimitgliedschaft betrifft, nicht erhalten. Damit sind machtpolitisch Fakten geschaffen worden. In der AfD Brandenburg und auch auf Bundesebene ist nun ein Machtvakuum entstanden. Wer wird neuer Landesvorsitzender der brandenburgischen AfD, wer wird dort neuer Fraktionsvorsitzender? Wer wird künftig die geschätzten 7000 Mitglieder der AfD, die sich dem aufgelösten „Flügel“ verbunden sahen, organisieren?

Kalbitz hatte, abseits seiner vielfach umstrittenen Positionen und seiner Vergangenheit, die brandenburgische AfD zumindest diszipliniert, die zuvor ein sehr chaotischer Haufen gewesen war. Er hat mit geschickter Bündnispolitik den Einfluss seines rechten „Flügels“ in der AfD größer erscheinen lassen, als er tatsächlich war. Viel spricht dafür, dass in Brandenburg das Amt des Landesvorsitzenden und des Landtagsfraktionsvorsitzenden nun geteilt werden.

Auf Bundesebene wird es darauf ankommen, ob es dem ehemaligen „Flügel“ der Partei gelingt, politikfähiges Personal in den Vordergrund zu stellen. Daran mangelt es auch bei den liberalkonservativ-gemäßigten Repräsentanten. Die jetzt anstehenden Landesparteitage in einigen Verbänden können durchaus personell neue Figuren hervorbringen. Leute, die bislang kaum Beachtung fanden. Selbst die Position des liberalen Co-Parteichefs Jörg Meuthen könnte dabei ins Wanken geraten. Der Bundesfachausschuss Sozialpolitik hat erst vor kurzem seine Vorstellungen zu einer Privatisierung oder Teilprivatisierung der Rentenversicherung einmütig zurückgewiesen.

Somit ist in der AfD ein Dauerkonflikt in Brandenburg und auf Bundesebene über den künftigen Weg auch in der Sozialpolitik denkbar. Dann allerdings würden für die AfD schwere Zeiten anbrechen.

MELDUNG

Auf altem Kurs

Der bisherige Staatssekretär Sebastian Scheel wird Nachfolger der zurückgetretenen Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (beide Linkspartei). Scheel hat bereits angekündigt, die Politik seiner Vorgängerin fortsetzen zu wollen. Die Parteivorsitzende Katina Schubert erklärte, man habe sich mit Scheel für „Kontinuität in der emanzipatorischen Stadtpolitik“ entschieden. Der frei gewordene Posten eines Staatssekretärs werde in jedem Fall mit einer Frau besetzt. Der sogenannte Mietendeckel geht auf Lompscher zurück. Die Senatorin hatte im rot-rot-grünen Senat für Unmut gesorgt, weil unter ihrer Ägide die Neubautätigkeit weit hinter den Ankündigungen zurückgeblieben war. In Folge des Mietendeckels werden frei werdende Wohnungen nun häufiger zum Kauf angeboten und nicht mehr vermietet. CDU und FDP klagen vor dem Bundesverfassungsgericht gegen den Mietendeckel. F.B.

● MELDUNGEN

Betrug bei Corona-Hilfen

New York/Rom – Der US-Bundesstaat New York hat seit Beginn der Corona-Pandemie etwa 40 Milliarden US-Dollar an Arbeitslosenhilfe ausgezahlt. Anträge im Volumen von rund einer Milliarde Dollar wies das Arbeitsministerium zurück, weil sie als Betrugsversuche eingeschätzt wurden. Seit März wurden in dem Bundesstaat mehr als 42.200 Anträge auf Arbeitslosenhilfe abgelehnt, weil die Behörde einen Betrug vermutet hat. Die Ermittlungsbehörden registrierten damit seit Mitte März mehr Betrugsfälle bei der Arbeitslosenhilfe als in den letzten zehn Jahren zuvor insgesamt. In Italien sind im Zusammenhang mit Corona-Hilfen sogar Vorwürfe gegen fünf Abgeordnete laut geworden. Laut einem Bericht der italienischen Tageszeitung „La Repubblica“ deckte eine Antikorruptionseinheit eines Sozialversicherungsträgers auf, dass Parlamentarier zusätzlich zu ihren Diäten von 12.439 Euro monatlich auch noch Corona-Hilfen für Selbstständige beantragt haben. **N.H.**

Liechtenstein will Land zurück

Straßburg – Das Fürstentum Liechtenstein hat eine sogenannte Staatenbeschwerde gegen Tschechien beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg eingereicht. Grund der Beschwerde ist die Enteignung liechtensteinischer Staatsbürger durch die Tschechoslowakei im Jahre 1945. In den sogenannten Beneš-Dekreten, in denen die unterschiedslose Enteignung aller Deutschen beschlossen wurde, sind auch Liechtensteiner als Deutsche eingestuft worden, wogegen sich das Fürstentum seit dem Herbst 1945 wehrt – bislang vergeblich. Es geht um Ländereien in Privatbesitz von 38 Liechtensteinern, darunter auch des Fürsten selbst, die ein Mehrfaches des Staatsgebietes des Fürstentums umfassen. Die „Neue Zürcher Zeitung“ schätzt den Gesamtwert auf 400 Millionen Schweizer Franken, was derzeit in etwa 370 Millionen Euro entspricht. Es wird mit einem mehrjährigen Verfahren gerechnet. **H.H.**

NASA „reinigt“ das Weltall

Washington – Die US-Raumfahrtbehörde NASA hat angekündigt, alle „unsensiblen“ Spitznamen für kosmische Objekte zu tilgen. Wie die „Epoch Times“ meldet, ist beispielsweise der „Eskimonebel“ betroffen, für den nur noch die offizielle Bezeichnung NGC 2392 verwendet werden soll. „Eskimo“ sei ein kolonialer Begriff. Ebenso soll die „Siamesische Zwillingsgalaxie“ aus dem Sprachgebrauch verschwinden. Ein NASA-Sprecher erklärte kategorisch: „Unser Ziel ist es, dass alle Namen mit unseren Werten der Vielfalt und Inklusivität übereinstimmen ... Jede Facette unserer Arbeit muss diesen Wert widerspiegeln.“ Dass sich die offiziellen Bezeichnungen außerhalb der Fachwelt kaum jemand merken kann, spielt offensichtlich keine Rolle. Die Spitznamen wurden einst erdacht, um die Raumfahrt einem breiteren Publikum bekannt zu machen. **H.H.**

EXPLOSION IN BEIRUT

Möglicherweise nicht nur Fahrlässigkeit

Welche Verdachtsmomente für einen Anschlag der Hisbollah sprechen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Ammoniumnitrat (NH₄NO₃) ist eine hochexplosive Industriechemikalie, die gemeinhin zur Herstellung von sowohl Düngemitteln als auch Sprengstoffen verwendet wird. Am 4. August explodierten im Lagerhaus Nummer 12 des Beirut Hafens 2750 Tonnen davon. Dabei starben mehr als 220 Menschen, um die 6000 wurden verletzt. Bis zu 300.000 Beirut wurden obdachlos. Der materielle Schaden wird auf rund 4,25 Milliarden Euro geschätzt.

Das Ammoniumnitrat befand sich ursprünglich an Bord des moldauischen Küstenmotorschiffs „Rhosus“ und sollte an die Fábrica de Explosivos im mosambikanischen Matola gehen. Da die libanesischen Behörden den maroden Frachter aber wegen „grober Verstöße beim Betrieb eines Schiffes“ und unbezahlter Gebühren am 4. Februar 2014 in Beirut festsetzten, wurde dessen Ladung zwischen September 2014 und Oktober 2015 an Land gebracht.

Danach kümmerte sich offenbar niemand mehr um die Riesensmenge der bri-

santen Substanz, obwohl die Zollverwaltung mehrmals vor den Gefahren einer ungesicherten Lagerung warnte.

Möglicherweise verblieb die Chemikalie nicht nur aus Fahrlässigkeit im Hafen von Beirut. Wie die israelische Zeitung „Jerusalem Post“ unter Berufung auf libanesischen Zollbeamte schrieb, steht das Hafenviertel mit dem Lagerhaus 12 unter der Kontrolle der radikal-schiitischen Partei und Miliz Hisbollah, und die hat ein massives Interesse daran, das fragile Machtgleichgewicht im Libanon zu zerstören, um das Land unter ihre Kontrolle zu bringen.

Die am 10. August unter dem Eindruck der Explosionskatastrophe zurückgetretene Regierung von Premierminister Hassan Diab vereinte Sunniten, Schiiten, griechisch-orthodoxe Christen, Maroniten, Drusen und Armenier. Diese Vielfalt machte es der Hisbollah bisher schwer, auch außerhalb ihrer Hochburgen im Süden des Landes und in der Bekaa-Ebene Einfluss zu erlangen.

Hisbollah benutzt häufig NH₄NO₃

Bislang stellte die Hisbollah mit 13 Parlamentariern etwa ein Zehntel der Angehö-

rigen der libanesischen Abgeordnetenkammer, doch nun werden vorgezogene Neuwahlen nötig. Bei denen glaubt die Hisbollah angesichts der Krise im Lande bessere Chancen als je zuvor zu haben. Sollten Chaos und Anarchie ausbrechen, wäre sie am ehesten in der Lage, davon zu profitieren, da ihre Mitglieder meistens bewaffnet sind.

Dass die Hisbollah in der Vergangenheit mit dem Gedanken liebäugelte, Anschläge mit großen Mengen von Ammoniumnitrat zu begehen, legt eine Äußerung ihres Generalsekretärs Hassan Nasrallah vom Februar 2016 nahe. Der Schiitenführer sagte damals mit Blick auf die

15.000 Tonnen Ammoniumnitrat unklarer Herkunft, die von israelischen Sicherheitskräften im Hafen von Haifa sichergestellt worden waren: „Der Libanon hat eine Atombombe. Das ist keine Übertreibung.“ Und tatsächlich bezifferten Experten der deutschen Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe die Sprengkraft der vergleichsweise noch geringen Ammoniumnitratmenge von Beirut auf bis zu 1100 Tonnen TNT, was in der Größenordnung einer taktischen Kernwaffe liegt.

Weitere Verdachtsmomente im Hinblick auf eine Verantwortung der schiitischen Terrormiliz ergeben sich daraus, dass die Hisbollah auch schon in Europa Ammoniumnitrat für Anschlagszwecke hortete. So konnte die britische Polizei bei Razzien im Jahre 2015 drei Tonnen der Chemikalie beschlagnahmen. Und 2016 wurden auch die Sicherheitsorgane der Bundesrepublik in süddeutschen Lagerhäusern fündig, nachdem sie einen Hinweis vom israelischen Geheimdienst Mossad erhalten hatten. Insofern darf an der offiziellen Version gezweifelt werden, dass die Explosion in Beirut auf Schweißarbeiten zurückgehe.

„Der Libanon hat eine Atombombe. Das ist keine Übertreibung“

Hassan Nasrallah
Generalsekretär der Hisbollah



Beirut: Ruinen nach der Explosion

Foto: Mehr News Agency

EINWANDERUNG IN DIE EU

Wieder verstärkt über Tunesien und Italien

Italien gilt nicht mehr als Corona-verseucht und Tunesiens Wirtschaft leidet unter den Corona-Folgen

Hatte der starke Anstieg von Corona in Italien zu Beginn der Pandemie zu einem faktischen Stillstand der Immigration aus Afrika geführt, sorgen die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie jetzt für einen verstärkten Wiederanstieg der Immigrantenzahlen, allerdings aus einem Land, aus dem zeitweise nur mehr ganz wenige Immigranten gekommen waren.

Tunesien hatte in den letzten Jahren seine Wirtschaft stabilisiert und die illegale Schleuserkriminalität weitgehend in den Griff bekommen. Da Libyen infolge des mittlerweile schon fast zehn Jahre andauernden Bürgerkriegs immer mehr im Chaos versinkt, hatten sich Nordafrikaner

dem großen Treck über die Balkanstraße angeschlossen, wenn sie in die Europäische Union wollten.

900 Euro kostet es übers Mittelmeer

Mittlerweile ist infolge der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie die Zahl der Migrationswilligen Richtung Europäische Union erheblich angewachsen und sie versuchen es wieder über Tunesien und Lampedusa. In der südtunesischen Hafenstadt Zarzis warten derzeit Hunderte Männer auf einen Platz auf einem der Boote. Auch Migranten aus dem benachbarten Libyen versuchen nun ihr Glück von Tunesien aus, auch weil dort die Küs-

tenwache nicht so gut die Küsten kontrolliert wie in Libyen.

Von der tunesischen Halbinsel Kap Bon sind es nur rund 150 Kilometer bis zur EU. Lampedusa erlebt nach einigen Jahren Ruhe nun wieder einen Ansturm von Immigranten, was den Bürgermeister der Stadt zu einem Alarmruf veranlasst hat. Zwar erhalten Tunesier in Italien meist kein Asyl und müssen so schnell wie möglich auf eigene Kosten zurück in ihre Heimat fliegen, doch aufgrund der Überlastung in den Aufnahme-lagern und bei der Registrierung gelingt es vielen, illegal im Land zu bleiben und weiterzuziehen.

Tunesien macht derzeit eine schwere Wirtschaftskrise durch. Die Tourismussaison fällt in diesem Jahr infolge Corona so gut wie aus, die Arbeitslosenquote ist sprunghaft angestiegen. Viele der arbeitslosen Mitarbeiter in der Hotelbranche zieht es nun bei ruhigem und warmem Wetter dorthin, von wo einst die Mehrheit der Touristen kam, in die Europäische Union. 900 Euro kostet ein Platz auf einem Boot nach Italien. Von manchen Schulen Tunesiens macht sich bis zur Hälfte der männlichen Jugendlichen auf nach Europa, die Mädchen müssen zu Hause bleiben, das gebietet die islamische Ehre. **Bodo Bost**

VON NORMAN HANERT

Der Verkauf der Aufzugssparte sollte für Thyssenkrupp ein Befreiungsschlag zur Sicherung der Zukunft sein. Obwohl der Konzern für seine bisherige Ertragsperle einen hohen Milliardenbetrag erhält, steht dem Mischkonzern nun eine schwierige Etappe bevor.

Im Zuge der Corona-Pandemie musste Konzernchefin Martina Merz tiefrote Zahlen bekanntgeben. Ohne das mittlerweile verkaufte Aufzugsgeschäft fuhr Thyssenkrupp in den Monaten April bis Juni einen Nettoverlust von 819 Millionen Euro ein. Der Industrie- und Stahlkonzern rechnet inzwischen damit, dass allein das Stahlgeschäft bis zum Ende des Jahres einen Verlust von einer Milliarde Euro verursachen wird. Zum Stichtag 30. Juni waren die Nettofinanzschulden von Thyssenkrupp im Vergleich zum Vorjahr um zwei Drittel auf knapp 8,5 Milliarden Euro angestiegen. Erstmals musste der Konzern sogar ein negatives Eigenkapital von neun Millionen Euro ausweisen.

Zwar wird Thyssenkrupp das gesamte Geschäftsjahr mit einer deutlich besseren Bilanz abschließen können. Investoren haben im Juli Thyssenkrupp die Aufzugssparte abgekauft. Die dafür gezahlten 17,2 Milliarden Euro wird der Essener Konzern im laufenden vierten Geschäftsquartal verbuchen. Damit wird das Unternehmen schlagartig wieder ein positives Eigenkapital vorweisen können.

Problemfall Stahlerzeugung

Aber trotz des Milliardenlöstes greifen Wirtschaftskommentatoren mit Blick auf Thyssenkrupp auf Formulierungen wie „Endspiel“ zurück und warnen, dass von dem Traditionskonzern am Ende nicht mehr viel übrig bleiben könnte. Hintergrund ist die Sorge, dass der Verkaufserlös für die Aufzugssparte wegen Schulden, Pensionslasten und pandemiebedingten Umsatzeinbrüchen schnell aufgebraucht ist und am Ende zu wenig Geld für den geplanten Neustart bleibt.

Nachdem der Mischkonzern bereits 2012 seine Edelstahlsparte zu Geld gemacht hatte, ist mit dem Aufzugsgeschäft nun eine weitere Ertragsperle weg. Der Anlagenbau gilt generell als marginenschwacheres Geschäft, auch die Aktivitäten als Autozulieferer sind derzeit schwierig. Bereits im Mai signalisierte Konzernchefin Merz, dass sie für das Stahlgeschäft und die Marinesparte eine externe Lösung favorisiere, das heißt eine Fusion oder einen Verkauf.

Insbesondere das Stahlgeschäft reißt derzeit tiefe Löcher in die Bilanz. Hersteller aus China und der Türkei überschwemmen mit Billigangeboten den Markt in Europa. Zugleich schwächelt die Nachfrage nach Stahl von Seiten der Autobauer.



Thyssenkrupp: Dunkle Wolken über dem Hauptsitz des Industriekonzerns mit Schwerpunkt in der Stahlverarbeitung Foto: Tuxyso

THYSSENKRUPP

Tafelsilber-Verkauf bringt nur eine Atempause

Die Veräußerung der Aufzugssparte löst nicht die grundsätzlichen, strukturellen Probleme von Deutschlands größtem Stahlhersteller

Noch vor der Corona-Krise hatte US-Präsident Donald Trump einen Zoll von 25 Prozent auf Stahlimporte in die USA verhängt. Vor allem China hat in den letzten Jahrzehnten riesige Kapazitäten zur Stahlproduktion aufgebaut. Nun drücken chinesische Hersteller in großem Stil ihre Überschussmengen zu niedrigen Preisen in den Weltmarkt.

IG Metall will Staatsbeteiligung

In dieser ohnehin schwierigen Lage will die EU der europäischen Stahlindustrie im Zuge ihrer „Klimapolitik“ noch hohe Zusatzkosten auferlegen. Nach dem Willen der EU-Kommission soll die Stahlerzeugung in der EU bis 2050 „klimaneutral“ werden. Ganz konkret geht es darum, bei der Stahlerzeugung Kokssteine durch

Wasserstoff aus „erneuerbaren Energien“ zu ersetzen. Der Haken dabei sind die Kosten. Allein für die deutsche Stahlherstellung werden die Umrüstkosten auf 30 Milliarden Euro beziffert. EU-weit könnten auf die Stahlhersteller rund 100 Milliarden Euro zukommen. Angesichts solcher Zahlen erhofft sich die Stahlindustrie finanzielle Hilfe durch den „Green Deal“ der EU. Bislang noch offen ist, wie sich der „klimaneutral“ erzeugte Stahl aus der EU auf dem Weltmarkt gegen die Billigproduzenten aus China und Indien behaupten soll. Auf absehbare Zeit werden die mit Kokssteine betriebenen Hochöfen nämlich mit Abstand die billigste Art der Stahlherstellung sein.

Thyssenkrupp lotet beim Problemfall Stahlerzeugung derzeit die verschiedens-

ten Optionen aus. Falls unter den jetzigen Krisenbedingungen überhaupt ein Käufer zu finden ist, müsste Thyssenkrupp vermutlich als Mitgift einen Großteil der Pensionslasten übernehmen. Ein erster Versuch des Konzerns, seine Stahlsparte mit Tata Steel Europa zusammenzulegen, war bereits vergangenes Jahr wegen Bedenken der EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager abgebrochen worden. Derzeit werden häufig der schwedische Stahlkonzern SSAB und der chinesische Hersteller Baosteel als mögliche Fusionspartner genannt.

Die IG Metall brachte inzwischen eine deutsche Lösung ins Gespräch: eine Fusion mit Salzgitter oder Saarstahl unter Führung von Thyssenkrupp und einer Beteiligung des Bundes.

GRIECHISCH-TÜRKISCHER GAS-KONFLIKT

Warum Erdoğan mit dem Säbel rasselt

Das Schwellenland befindet sich in einer schweren Wirtschafts- und Finanzkrise

Der Kurs der türkischen Lira fällt und fällt. Derzeit bekommt man für eine Lira gerade noch 11,4 Euro-Cent. Das ist ein Absturz um rund 40 Prozent gegenüber dem Kurs zum Ende des vorigen Jahres. Hierfür gibt es vor allem zwei Gründe. Zum einen stieg die Inflation mittlerweile auf zwölf Prozent, während der Leitzins parallel dazu auf 8,25 Prozent gesenkt wurde. Zum anderen muss die Türkei noch dieses Jahr Schulden in Höhe von 170 Milliarden US-Dollar zurückzahlen, was ihr nicht gelingen wird, da der Export durch die Corona-Krise um 40 Prozent eingebrochen ist und die Tourismusbranche ebenfalls erhebliche Einnahmeverluste verzeichnet. Die Schuld an dieser Misere suchen die regierungsnahen türkischen

Zeitungen nun bei „dunklen Mächten“ im Ausland. Dabei sitzt der Hauptverantwortliche im protzigen Präsidentenpalast von Ankara.

Corona verschärft die Krise

Der selbsternannte „Zinsfeind“ Recep Tayyip Erdoğan lehnt höhere Zinsen kategorisch ab, da er für seine diversen Prestigeprojekte Unmengen von billigem Geld benötigt. Also versuchte die ihm hörige Zentralbank den Lira-Kurs durch massive eigene Ankäufe zu stabilisieren. Dafür wurden 65 Milliarden US-Dollar aus den landeseigenen Devisenreserven verpulvert – ohne sichtbaren Erfolg. Deshalb droht nun ein komplettes wirtschaftliches Fiasko und damit letztlich möglicherwei-

se auch der Sturz Erdoğan's. Der war 2003 nur deshalb an die Macht gekommen, weil die Vorgängerregierung in ökonomischer Hinsicht versagt hatte.

Erdoğan's Optionen sind begrenzt

Um die Katastrophe abzuwenden, bleiben ihm – abgesehen von Leitzinserhöhungen – nur noch drei einigermaßen rationale Optionen: ein Bittgang beim Internationalen Währungsfonds, für den er aber zu stolz ist; die Einführung von Devisenkontrollen, die den Volkszorn im Lande ins Uferlose wachsen lassen würde; die Ausgabe neuer Staatsanleihen. Für diese müsste die Türkei allerdings extrem hohe Zinsen garantieren, um sie auf dem Kapitalmarkt platzieren zu können.

Um das zu vermeiden, sucht der „Sultan vom Bosphorus“ sein Heil nun offensichtlich in einer völlig anderen Strategie, die in der Geschichte tatsächlich ab und an erfolgreich war, meist aber nur das Schicksal von Autokraten besiegelte: Wenn die ökonomischen und innenpolitischen Probleme zu sehr drücken, wird ein Konflikt mit ausländischen Mächten vom Zaun gebrochen, um das Volk hinter der Führung zu versammeln und vielleicht auch noch wirtschaftliche Vorteile zu erlangen. Denn das ist ganz offensichtlich der tiefere Grund für das aktuelle Säbelrasseln gegenüber dem Erzfeind Griechenland in der Ägäis, deren Bodenschätze sich Ankara unbedingt einverleiben möchte. *Wolfgang Kaufmann*

MELDUNGEN

„Das Potenzial ist limitiert“

Potsdam – Wie aus einer Antwort der Landesregierung von Brandenburg auf eine parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Andrea Johlige (Die Linke) hervorgeht, weisen nur 16 Prozent der Männer und 15 Prozent der Frauen, die zwischen 2016 und 2018 als sogenannte Geflüchtete nach Deutschland kamen, einen Berufsabschluss auf, der „im Hinblick auf Anerkennungsverfahren geprüft werden könnte“. Wie ebenfalls aus der Antwort der Landesregierung hervorgeht, ist „das Potenzial für die Anerkennung der beruflichen Qualifikation von Geflüchteten sehr limitiert“; ein Anerkennungsverfahren sei „wahrscheinlich für weniger als zehn Prozent der Geflüchteten“ erfolgversprechend. Angesichts dieser Zahlen warnte die stellvertretende Vorsitzende der Brandenburger AfD-Fraktion, Birgit Bessin, dass ein großer Teil dieser wenig ausgebildeten Immigranten für immer im Sozialsystem verbleiben oder aber im Niedriglohnssektor zur Konkurrenz für deutsche Arbeitnehmer werde. *N.H.*

Gewerbsteuer „beinahe Null“

Hanau – Der Lockdown hat auch Deutschlands Kommunen hart getroffen. Infolge der massenhaften Betriebsschließungen sind die Einnahmen aus der Gewerbesteuer massiv eingebrochen. Im hessischen Hanau etwa sanken die Einkünfte aus der Gewerbesteuer im zweiten Quartal auf nur noch knapp 58.000 Euro, gegenüber 13,4 Millionen im ersten Vierteljahr. Das war sogar weniger als bei der Hundesteuer, die im zweiten Vierteljahr immerhin 83.000 Euro ins Stadtsäckel spülte. Hanaus Oberbürgermeister Claus Kaminsky (SPD) sagte, er habe mit einem Rückgang der Gewerbesteuer schon gerechnet, nicht aber mit einem Absacken auf „beinahe Null“. Trotz aller Beihilfen rechnet die Stadt mit einer Lücke von fast neun Millionen Euro im Jahresetat. Laut Kaminsky stehen Hanau „finanzwirtschaftlich höchst schwierige Zeiten bevor“. Vielen anderen deutschen Kommunen geht es ähnlich. *H.H.*

Ukraine plant Staatsfluglinie

Kiew – Die Ukraine plant den Aufbau einer neuen staatlichen Fluggesellschaft, die ausschließlich mit Maschinen des heimischen Herstellers Antonow bestückt werden soll. 2011 war die bisherige Staatsfluglinie Ukraine International privatisiert worden. Mit der neuen Gesellschaft will die Regierung in Kiew offenbar den schleppenden Verkauf der eigenen Passagierflugzeuge ankurbeln, die sich weltweit kaum an den Mann bringen lassen. Wie die neue Gesellschaft heißen soll, ist bislang nicht bekannt. Profitieren von dem protektionistischen Alleingang könnte der US-Flugzeugbauer Boeing. Infolge des Krim-Konflikts und des Krieges im Donbass waren russische Zulieferer für Antonow weggefallen. An ihre Stelle trat der US-Hersteller, der seitdem Teile für den Bau der Antonow-Maschinen liefert. Der ukrainische Konzern ist bislang vor allem für seine gigantischen Frachtmaschinen bekannt. *H.H.*

KOMMENTARE

Macht Krieg Nation?

MANUEL RUOFF

„KRIEG MACHT NATION“ lautet der Haupttitel einer aktuellen Sonderausstellung im Militärgeschichtlichen Museum der Bundeswehr (siehe Seite 11). Das Thema verrät der Untertitel: „Wie das deutsche Reich entstand“. Man kann den Haupttitel als die Aufzählung dreier Hauptwörter interpretieren. Und in der Tat geht es nicht zuletzt um Krieg, Macht und Nation. Man kann die drei Wörter aber auch als Satz interpretieren: Krieg macht Nation.

Letzteres bietet sich umso mehr an, wenn man an den Werbespruch der Bundeswehr denkt: „Wir. Dienen. Deutschland.“ Der soll ganz eindeutig als Satz „Wir dienen Deutschland“ gelesen werden, obwohl die Punkte hinter den Wörtern und die Großschreibung des zweiten Wortes einer solchen Interpretation eigentlich widersprechen.

Doch wenn denn nun die Botschaft der Ausstellung „Krieg macht Nation“ lautet, stimmt sie? Richtig ist, dass es ohne die Einigungskriege kaum vor knapp 150 Jahren zur Gründung des kleindeut-

schen Kaiserreiches gekommen wäre. Allerdings haben diese Kriege das Reich nicht „gemacht“. Das war dann doch eher Bismarck. Letzterer erkannte indes, dass eine kleindeutsche Lösung nur gegen den Widerstand Österreichs und Frankreichs möglich war, und dieser wurde in den Einigungskriegen gebrochen. Insofern haben diese Kriege die Reichsgründung von 1871 ermöglicht, aber eben nicht „gemacht“. Zudem war das Reich zwar ein kleindeutscher Nationalstaat, aber nicht die deutsche Nation. Die gab es schon lange vor den Einigungskriegen.

Doch was zählt Richtigkeit angesichts der propagandistischen Wirkung. Entsprechend dem „Verfassungspatriotismus“ des sogenannten Staatsphilosophen der Bundesrepublik, Jürgen Habermas, sollen sich die Deutschen der Bundesrepublik wie weiland der DDR oder der Fürstentümer der feudalistischen Ära mit dem Staat, in dem sie leben, beziehungsweise dessen Herrschaftsverhältnissen identifizieren und nicht mit ihrer Nation. Da kann es nur nützen, wenn man die Nation als Kind des Krieges diffamiert.

Aachener Phrasen

ERIK LOMMATZSCH

Am 13. September finden in NRW Kommunalwahlen statt. In Köln etwa steht die parteilose Oberbürgermeisterin Henriette Reker zur Wiederwahl. Reker war es, die nach den massiven Übergriffen durch Täter aus dem nordafrikanischen und arabischen Raum in der Silvesternacht 2015/16 die betroffenen Frauen mit dem Hinweis beschied, doch immer „eine Armlänge“ Abstand zu halten.

Derartig engagierte Politiker sollten weiterhin ungestört walten können. Dafür engagieren sich im Vorfeld der Wahl katholische Verbände im Bistum Aachen. Köln liegt zwar nicht auf dessen Gebiet, aber schließlich geht die Initiative lediglich von dort aus – wirken soll sie auf das ganze Bundesland. Offiziell wird mitgeteilt: „Normalerweise halten sich die katholischen Kinder-, Jugend- und Erwachsenenverbände im Bistum Aachen mit konkreten Wahlempfehlungen zurück. Das tun sie auch in diesem Jahr.“ Im nächsten Satz erfolgt jedoch eine Korrektur: „Allerdings sprechen einige von ihnen jetzt mit einer Plakataktion des Diözesanverbänderrats klar und deutlich eine Nicht-Wahlempfehlung aus – sie sagen ‚Wir wählen! NICHT die AfD!‘“ Auf den

Plakaten ist zudem zu lesen, man sei „für eine bunte und tolerante Gesellschaft“. In der Stellungnahme heißt es, man wolle „allen den Rücken stärken, die sich Anfeindungen von rechts ausgesetzt sehen“. Die Alternative für Deutschland stehe für eine „nationalistische und rassistische Umdeutung der Werte“, in einem Kulturkampf um „die Deutungshoheit von Begriffen wie Tradition und Heimat“ wähnt man sich, auch der Begriff „Rechtspopulisten“ fehlt nicht.

Die bekannten Phrasen sind peinliche Selbstvergewisserung. Schwerer wiegt, dass das Ganze einen Missbrauch öffentlicher Gelder darstellt. Das Bistum, das die Verbände finanziert, erhält erhebliche Summen aus allgemeinen Steuermitteln. Insofern besteht die Verpflichtung zu parteipolitischer Neutralität.

Korrektur: In dem Kommentar „Saskias Welt“ (PAZ 34/2020, S. 8) wurde durch Kürzung der Eindrücke erweckt, die SPD-Co-Vorsitzende Saskia Esken habe eine „Vermögensabgabe“ für die von Stuttgarter und Frankfurter Randalierern angerichteten Schäden ins Spiel gebracht. Das ist falsch. Eine „Vermögensabgabe“ schlug Esken für die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Politik vor.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommerische Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de



Wie viel von dem ausländischen Geld, das durch seine Hände geht, landet bei den Herero und Nama? Präsident Hage Geingob

KOLUMNE

Es kann noch dauern

FLORIAN STUMFALL

Seit fünf Jahren gibt es zwischen Berlin und Windhoek ein Gezerre um deutsche Leistungen als Ausgleich für die Opfer des Aufstandes der Herero und Nama gegen die deutschen Schutztruppen in den Jahren 1904 bis 1908. Wie es aussieht, kann sich das noch hinziehen. Nicht einmal darüber herrscht Einigkeit, wie man denn die Gelder, die aus Deutschland erwartet werden, überhaupt nennen sollte. Die deutsche Seite lehnt den Begriff „Reparationen“ mit dem absonderlichen Hinweis ab, dass man diesen auch nicht gegenüber Israel gebraucht habe – was immer das bedeuten mag. Die namibische Seite wiederum, angeführt vom Präsidenten Hage Geingob, wehrt sich gegen die von deutscher Seite empfohlene Bezeichnung „Heilung der Wunden“, die angesichts ihres lyrischen Charakters als Druckmittel nicht recht geeignet erscheint.

Wer von solchen semantischen Sorgen geplagt wird, soll sich nicht darüber wundern, wenn die Verhandlungen so schnell zu keinem Erfolg führen. Es wird also dauern, bis man sich mit ernsthaften Dingen befassen kann. Noch nicht geklärt ist bislang beispielsweise die Zahl der Opfer. Was an Toten genannt wird – allein bei den Herero bis zu 80.000 – hat sich in den zurückliegenden Jahren geheimnisvoll erhöht. Fest steht dagegen, dass sich die offiziellen Schätzungen der Kopfstärke der Herero im Jahre 1904 auf höchstens diese 80.000 belaufen. Aufgrund dieser Daten gäbe es heute gar keine Herero mehr. Doch gleichviel – um Menschenleben soll man nicht feilschen.

Entwicklungshilfe gibt es bereits

Es ist ja nicht so, dass Deutschland in der Zwischenzeit keine Gelder an Namibia überwiesen hätte. Die Leistungen des „Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit“ an den Staat in Südwestafrica belaufen sich auf annähernd 150 Millionen Euro pro Jahr. Doch das wollen die Empfänger nicht berücksichtigt sehen – Entwicklungshilfe sei das eine, Reparation etwas anderes. So hatten vor wenigen Jahren die Herero in New York mittels einer gewagten Konstruktion gegen Deutschland geklagt, allerdings ohne Erfolg. Bezeichnend aber ist, dass eines der namibischen Völker an seiner Regierung vorbei den Rechtsweg beschritten hat.

Gelder, die – nicht nur aus Deutschland – nach Windhoek fließen, werden dort nämlich von der Regierung vereinahmt, von der sich bei Weitem nicht alle Einwohner repräsentiert fühlen. Bei den Wahlen im Jahre 1990 errang die bis dahin von der UdSSR unterstützte SWAPO die Mehrheit und bildet seither die Staatspartei und lässt keine Anstalten erkennen, je von der Macht zu lassen. Diese SWAPO wird im Wesentlichen vom Mehrheitsvolk der Ovambo getragen, wie überhaupt in Schwarzafrika die Parteien meist tribalistisch orientiert sind.

Ungeachtet des geringen Ansehens der Damara in Namibia stammt dessen aktueller Präsident aus ihren Reihen. Das ist möglich, weil das Stammesprinzip nie streng durchgehalten wurde und deshalb auch Angehörige anderer Völker als der Ovambo in die SWAPO aufgenommen werden und dort Karriere machen können. Die Einbeziehung einzelner Vertreter aus anderen als dem dominanten Stamm soll eine Politik der „nationalen Einheit“ signalisieren, die eine organisierte und womöglich tribalistisch geerdete Opposition unnötig machen.

Ein gewisses Verständnis

Die Wirklichkeit sieht anders aus. Von den Summen, die nach Windhoek gelangen, sehen die einzelnen Völker zunächst nichts, denn die Regierung verfährt damit im Sinne der SWAPO. Dies ist der Grund, warum die Herero von sich aus in New York gegen Deutschland vor den Kadi gezogen waren.

So sind es also tendenziell die Ovambo, die über die Staatsgelder entscheiden und so auch über mögliche Reparationen. Dabei haben unter dem Kolonialkrieg nur die Herero und die Nama gelitten, kein Angehöriger eines anderen Volkes war davon betroffen. Ein gewisses Verständnis dafür, dass heute eben Herero und Nama entsprechend bedacht sein wollen, ist nicht von der Hand zu weisen. Doch dieses Verständnis zeigt weder die Regierung in Windhoek noch diejenige in Berlin, wo man durch unbeirrte Ahnungslosigkeit mit derlei Kleinigkeiten ohnehin nicht befasst ist.

Namibia gilt heute als „stabile Demokratie“. Dabei besteht die Stabilität darin, dass sich die SWAPO nie mehr wird in die Opposition drängen lassen, und die Demokratie darin, dass regelmäßig Wahlen abgehalten werden. Doch wie es um die bestellt ist, zeigte die erste Abstimmung im Jahre 1990. Als sie ausgezählt war, bemerkte der UN-Repräsentant Martti Ahtisaari gegenüber dem Wahlsieger Sam Nujoma von der SWAPO, es habe doch einige Unregelmäßigkeiten gegeben. „Selbstverständlich haben wir betrogen“, antwortete Nujoma, „Wenn Sie mir nicht den Stempel der UN geben, dass die Wahlen frei und fair waren, führe ich den Buschkrieg weiter.“ Nujoma bekam den Stempel und seither ist Namibia eine stabile Demokratie.

● **Der Autor** ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Berlin und Windhoek konnten sich bis jetzt noch nicht einmal darüber einigen, ob es sich bei den geplanten finanziellen Leistungen Deutschlands an Namibia um „Reparationen“ oder eine „Heilung der Wunden“ handeln soll

Echt anbetungswürdig

Wie kommt ein Ikonen-Museum ins Ruhrgebiet? Recklinghausen überrascht mit seltenen Heiligenbildern

VON A. RÜDIG UND H. TEWS

Stilikonen sind Personen, deren Stil anderen Menschen als Vorbild dient. In der Regel geht es dabei um Äußerlichkeiten wie Bekleidung, Frisur, Accessoires, Figur, Auftreten und Benehmen. Im Ikonen-Museum Recklinghausen sind sie nicht vertreten. Dort sind die Art Ikonen vertreten, wie wir sie aus den orthodoxen Kirchen Osteuropas kennen.

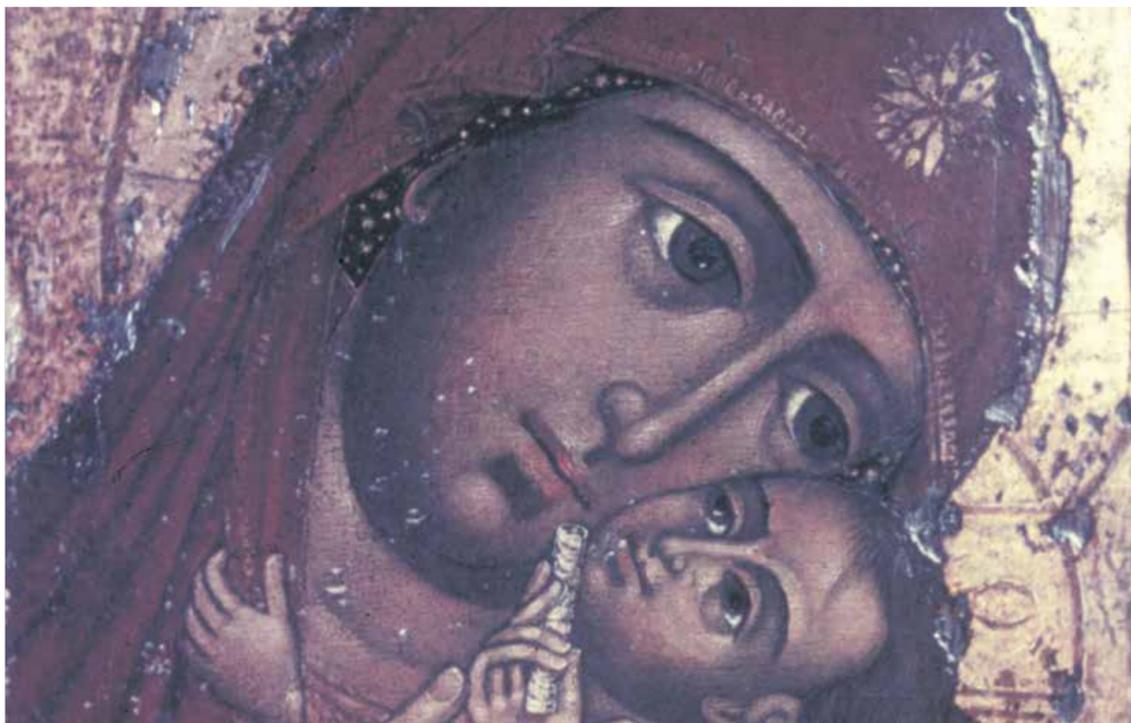
Die 3000 Werke umfassende Sammlung, von denen nur ein kleiner Teil ausgestellt ist, stammen überwiegend aus Russland sowie aus Griechenland, Äthiopien und den Balkanstaaten und sind zum Teil Jahrhunderte alt. Sie zeigen neben biblischen Themen vorrangig die Marien- und Heiligenverehrung. Pfingsten, Ostern, die Kreuzerhebung, die Kreuzigung Jesu und seine Himmelfahrt sowie das Jüngste Gericht sind hier beliebte Themen. Gemalte Ikonen werden neben Stickereien, Miniaturen sowie Holz- und Metallarbeiten präsentiert.

Einen kleinen Stilbruch bietet die koptische Sammlung. Sie beschreibt den Übergang von der heidnischen Spätantike zum frühen Christentum in Ägypten. Von Ikonen gibt es hier also keine Spur. Hier sind Reliefs aus Holz und Stein, Gläser, Bronzen, Gewebe, Kreuze sowie Mumienporträts zu sehen – also eigentlich Gegenstände, die der Besucher so nicht in einem Ikonen-Museum erwarten würde.

Privatsammlern sei Dank

Gegenüber der Propsteikirche St. Peter in einem historischen Gebäude untergebracht, gilt das Ikonenmuseum Recklinghausen heute als das bedeutendste Fachmuseum seiner Art in Westeuropa und die Sammlung als die umfangreichste außerhalb der orthodoxen Kirchenwelt.

Dass sich ausgerechnet im eher weltlich geprägten Ruhrgebiet ein Museum



Kleine Kostbarkeit aus dem Russland des 17. Jahrhunderts im Ikonen-Museum: Jesumutter mit Kind Foto: *imago stock&people*

mit christlicher Ikonografie befasst, kann man wohl als einmalig bezeichnen. Die Geschichte des Museums reicht bis ins Jahr 1955 zurück. Damals wurde in der nahegelegenen Kunsthalle Recklinghausen eine Werkschau mit Ikonen aus westdeutschem Privatbesitz gezeigt. Thomas Grochowiak, dem damaligen Leiter der Kunsthalle, gelang es, 73 aus der Sammlung von Heinrich Wendt und Martin Winkler anzukaufen. Er legte damit den Grundstock für die Sammlung, die bis heute regelmäßig durch Schenkungen und Ankäufe erweitert wird.

Dazu gehört auch die „Ikonen-Sammlung Dr. Reiner Zerlin“, die noch bis diesen Sonntag im Ikonen-Museum zu sehen

ist. Im Jahr 2019 hat der passionierte Kunstsammler Zerlin seine hochwertige Sammlung ostkirchlicher Kunst der Stadt Recklinghausen geschenkt. Die Sammlung umfasst fast 250 Objekte aus dem Bereich der ostkirchlichen Kunst. Es handelt sich zu einem großen Teil um frühe Ikonen aus dem 15. bis 17. Jahrhundert, die überwiegend aus den beiden Kernländern der Orthodoxie, Russland und Griechenland, stammen. Der größte Schatz ist dabei das Fragment einer Christus-Ikone, das noch aus byzantinischer Zeit stammt.

Auch wenn nicht gerade eine Sonderausstellung zu sehen ist, lohnt sich ein Besuch jederzeit. Die Ausstellungsfläche mag überschaubar sein und die Zahl der

Exponate bietet bestenfalls einen guten Überblick über die Vielfalt der Ikonen. Doch das muss kein Nachteil sein, wird so doch auf einfache Weise auch ein Publikum in dieses kunstgeschichtliche Spezialgebiet eingeführt, das nicht vom Fach ist. Und man erfährt: Eine Stilikone scheint Jesus Christus bis heute zu sein. Männliche Besucher mit Zottelbart, wie ihn der Herr und Gebieter nach Vorstellung seiner Maler trug, sind in dem Museum immer häufiger anzutreffen.

● **Ikonen-Museum** Kirchplatz 2a, 45657 Recklinghausen, geöffnet täglich außer montags von 11 bis 18 Uhr. Eintritt: 6 Euro. www.ikonen-museum.com

KLASSISCHE MUSIK

Mit der Siebten gegen die zweite Welle

Beethoven lässt sich nicht unterkriegen – Junge Deutsche Philharmonie wagt Konzerte vor Publikum

Corona hin oder her – Beethoven bleibt in seinem großen Jubiläumsjahr immun gegen die Pandemie. Zum 250. Geburtstag des großen Komponisten hat sich die Junge Deutsche Philharmonie etwas Besonderes ausgedacht, um alle Hygieneregeln einzuhalten und Ludwig van Beethovens Musik trotzdem in aller Form gerecht zu werden: Sie präsentiert dessen 7. Sinfonie als Ausgangs- und Höhepunkt einer multimedialen und interaktiven Performance.

Die vier Sätze der Sinfonie werden durch Aktionsmalerei, Choreografie, physisch erlebbares Theaterspiel und Videokunst neu interpretiert und mit den Sinnen erfahrbar gemacht, bevor „das Zukunftsorchester“ das Programm mit einer Aufführung der 7. Sinfonie musikalisch zum Abschluss bringt. Angesichts der Corona-Pandemie mit dem Ausfall zahlreicher Jubiläumsveranstaltungen zur Feier von Beethovens 250. Geburtstag stellt die Veranstaltung „Alle Sinne für die Siebte – Freispiel 2020“ einen ersten großen Paukenschlag nach der Zwangspause der Kulturlandschaft dar.

Vor dem Hintergrund der durch die Krise aufgeworfenen Fragen entfaltet das

Projekt eine besondere Relevanz: So hat es sich das Veranstaltungsteam zum Auftrag gemacht, die allgemeine Situation mit Abstandsbestimmungen, Hygienevorschriften und damit verbundenen menschlichen Gefühlen und gesellschaftlichen Dynamiken nicht als Störfaktor der Performance zu begreifen, sondern vielmehr als Bestandteil eines lebendigen Konzeptionsprozesses zu denken.

So ist der Aufbau der Aktionskunst bereits dahingehend der Situation angepasst worden, als dass die Maler nicht wie geplant auf weiße Leinwände, sondern auf durchsichtige Acrylglasscheiben malen, die inzwischen im Alltag als „Spuckschutze“ omnipräsent geworden sind. Unter diesen Voraussetzungen gastiert die Junge Deutsche Philharmonie unter der Leitung des britischen Dirigenten Joolz Gale

vom 2. bis 7. September in Frankfurt, Weikersheim, Darmstadt, Wolfegg (im Rahmen der Ludwigsburger Schlossfestspiele) und Berlin.

Außerdem wird der bekannte Rahmen des Konzerts verlassen, um neue Räume für klassische Musik zu erobern: So wird „Alle Sinne für die Siebte“ in einem Rittersaal, einem historischen Kraftwerk, einem Musik-, Theater- und Tanzlabor, der neueröffneten Tauberphilharmonie und der Kulturkirche St. Elisabeth in Berlin aufgeführt. Sofern eine zweite Coronawelle diese Beethoven-Welle nicht aufhält, dürften die nach klassischer Live-Musik dürstenden Zuhörer endlich wieder auf ihre Kosten kommen. *H. Tews*

● **Aufführungen** 2. September, 19.30 Uhr: Frankfurt, LAB; 3. September, 19.30 Uhr: Weikersheim, Tauberphilharmonie; 4. September, 19.30 Uhr: Darmstadt, Centralstation; 5. September, 20 Uhr: Wolfegg, Schloss Wolfegg; 7. September, 20 Uhr: Berlin, St. Elisabeth-Kirche. Karten zwischen 15 und 45 Euro im Vorverkauf bei Konzertkassen. Informationen dazu im Internet: www.jdph.de



Alles bereit für den Auftritt: Die Junge Deutsche Philharmonie Foto: *Achim Reissner*

● MELDUNGEN

11.000 Seiten Günter Grass

Göttingen – Am 1. September erscheint im Steidl-Verlag die „Neue Göttinger Ausgabe“ der Werke des Danziger Literaturnobelpreisträgers Günter Grass in 24 Bänden. Die hochwertige und limitierte Ausgabe von 1000 Exemplaren mit jeweils 10.952 Dünndruckseiten erscheint in einer handgefertigten Holzkassette. Noch bis zum 31. August beträgt der Subskriptionspreis 380 Euro. Danach kostet die von den Literaturwissenschaftlern Dieter Stolz und Werner Fritzen herausgebrachte Edition 480 Euro. In Vorbereitung sind außerdem 14 Kommentarbände, deren Erscheinungstermin noch nicht bekannt ist. *tws*

Barockfest mit Mundschutz

Bayreuth – Das Opernfestival Bayreuth Baroque eröffnet wie geplant mit der Premiere von Nicola Antonio Porporas Carlo il Calvo am 3. September im Markgräflichen Opernhaus Bayreuth. Das Programm des Festivals, das auch Konzerte in der Stadt- und Schlosskirche Bayreuth bietet, endet am 13. September mit der zweiten Aufführung von Leonardo Vincis Gismondo, Re di Polonia. Um den Konzerten und Opernbesuchern sowie auch den Musikern ein erstklassiges barockes Kunsterleben zu ermöglichen, setzt das Festival auf umfassende gesundheitserhaltende Vorkehrungen. Zum Konzept zählen die nach neuestem Standard konzipierte Klimaanlage des Markgräflichen Opernhouses, ein choreografierter Ein- und Auslass, sowie ausreichend dimensionierte Pausenflächen im Freien. Erarbeitet wurden die Durchführungsregeln mit der Unterstützung eines externen Gutachtens. Das Tragen der Gesichtsmaske sowohl für die Gäste als auch für alle Musiker – mit Ausnahme der Sänger – ist auch während der Vorstellung gewünscht. Karten: www.bayreuthbaroque.de *tws*

Bachfest im kleinen Kreis

Köthen – Die Köthener Bachfesttage finden statt: Vom 2. bis 6. September erwartet die Besucher ein vielfältiges Programm, das anders aussieht als bisher geplant und veröffentlicht. Über 50 Konzerte in verschiedenen Sälen des Köthener Schlosses, der Agnuskirche, dem Marktplatz, in Innenhöfen von Seniorenresidenzen sowie der Marienkirche in Aken laden zum musikalischen Flanieren ein. Jeweils nur 45 Minuten dauern die Programme im wörtlich zu nehmenden „kleinen Kreis“, dann geht es zum nächsten Ort – oder in eine Pause. Weitere 30 Kurzkonzerte laden ein, bisher unbespielte Räume in der Köthener Innenstadt zu erkunden. Wer es nicht in einen der Konzertsäle schafft oder schaffen möchte, ist am 5. und 6. September zum „Konzertflanieren“ in den Schlosspark eingeladen: Die Konzerte werden über in den Bäumen versteckte Lautsprecher übertragen. Internet: www.bachfesttage.de *tws*

VON MANUEL RUOFF

Anders als die nachfolgenden beiden Weltkriege gewann Deutschland den drittletzten Krieg gegen Frankreich. Ohne die militärischen Leistungen des preußischen Generalstabs unter dessen Chef Helmuth von Moltke schmälern zu wollen, ist zu konstatieren, dass ein wesentlicher Grund hierfür darin lag, dass im Gegensatz zu den Weltkriegen im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 Deutschland nicht einer Welt von Feinden gegenüberstand, sondern Frankreich alleine und isoliert war. Das war zum Teil das Verdienst des preußischen Ministerpräsidenten und Bundeskanzlers des Norddeutschen Bundes Otto von Bismarck, aber nicht nur.

„Über das Eine kann gegenwärtig kein Zweifel herrschen, dass aller Welt Sympathien sich jetzt dem angegriffenen Preußen zuwenden“, schrieb die „Times“ am 16. Juli 1870. Neben der öffentlichen Mei-

„Über das Eine kann gegenwärtig kein Zweifel herrschen, dass aller Welt Sympathien sich jetzt dem angegriffenen Preußen zuwenden“

„Times“
vom 16. Juli 1870

nung hatten die anderen vier europäischen Großmächte neben den beiden Kontrahenten beiderseits des Rheins weitere gute Gründe, Frankreich nicht beizuspringen.

Die wohlwollendste Neutralität übte Russland. Im autokratisch regierten Zarenreich spielte die Meinung des Herrschers eine besonders große Rolle, und der Enkel Königin Luises und ihres Ehemannes Friedrich Wilhelm III. auf dem Zarenthron mochte den Bruder seiner Mutter an der Spitze Preußens.

Andererseits war er an einer Schwächung Frankreichs interessiert, da er die Ergebnisse des vom Zarenreich gegen die Westmächte verlorenen Krimkrieges revidieren wollte. Unterstützt von Preußen, das im Krimkrieg neutral geblieben war, erreichte Russland auf der Londoner Pontuskonferenz vom März 1871 tatsächlich eine Revision des Friedens von Paris, der 1856 den Krimkrieg beendet hatte.

Frankreichs Widerstand gebrochen

Vorher hatte Preußen bereits Russlands Polenpolitik maßgeblich unterstützt. Entsprechend der Alvenslevenschen Konvention vom 8. Februar 1863 hatte Preußen Russland bei der Niederschlagung des polnischen Januaraufstandes wertvolle Hilfe geleistet.

Im Gegenzug verzichtete Russland darauf, Preußen im Krieg gegen Frankreich in den Rücken zu fallen, sodass Deutschland im Gegensatz zu den Weltkriegen ein Zweifrontenkrieg erspart blieb. Das Wohlwollen des Zaren ging sogar noch weiter. So bekundete Alexander seine Bereitschaft, die Neutralität des österreichischen Nachbarlandes bei einem preußisch-französischen Konflikt notfalls mit Waffengewalt zu erzwingen.

Dessen bedurfte es jedoch gar nicht, denn das Habsburgerreich verzichtete 1870 auf die Möglichkeit einer Revanche. Nun zahlte sich aus, dass Preußen auf Bismarcks Drängen hin 1866 auf eine Besetzung Wiens und harte Friedensbedingungen verzichtet hatte. Der Grund für die Neutralität der Donaumonarchie lag aber auch in der ethnischen Zusammensetzung des Vielvölkerreiches.

SCHLACHT VON SEDAN

Vorentscheidung in Frankreich

Außenpolitisch wurde vor 150 Jahren der Weg frei zum heutigen kleindeutschen Nationalstaat mit Berlin als Hauptstadt

Die Ungarn waren preußenfreundlich. Seit dem sogenannten Ausgleich von 1867 Titularnation und gleichberechtigt mit den Deutschösterreichern, hatten die Magyaren gar kein Interesse an einer Revision der Ergebnisse des von Österreich verlorenen Deutschen Krieges. Sie wussten, dass sie den Ausgleich und ihre Gleichberechtigung der Schwächung der Habsburger und der Deutschösterreicher durch den Kriegsausgang von 1866 zu verdanken hatten. Den Ungarn schwebte nicht eine Vorherrschaft der Doppelmonarchie in Deutschland, sondern auf dem Balkan vor, und da war der Gegenspieler nicht Preußen, sondern Russland. Und gegen Russland schien Preußen der ideale Verbündete zu sein.

Im Gegensatz zu den Magyaren schmerzte zwar die Deutschösterreicher der Verlust der Vorherrschaft in Deutschland, aber sie standen, wie auch die Süddeutschen, unter dem Einfluss einer erstarkenden propreußischen und antifranzösischen deutschen Nationalbewegung, die das ihre dazu beitrug, dass die durch Schutz- und Trutzbündnisse mit Preußen verbündeten süddeutschen Staaten durch die französische Kriegserklärung an Preußen den Verteidigungs- und Bündnisfall gegeben sahen und Österreich-Ungarn zumindest neutral blieb.

Wie Russland war auch Italien an einer Schwächung Frankreichs interessiert. Um bei der Geistlichkeit und den Konservativen zu punkten, hatte Frankreichs Kaiser Napoleon sich als Beschützer des Vatikanstaates profiliert und dort Soldaten stationiert, um einen Einmarsch Italiens zu verhindern, das die ewige Stadt als Hauptstadt begehrte. Erst dadurch, dass Frankreich aufgrund der Bedrängnis aus

Deutschland jeden Mann brauchte, sah es sich gezwungen, seine Soldaten abzuziehen, und ermöglichte es damit Italien, in den nun schutzlosen Kirchenstaat einzumarschieren, ihn zu liquidieren und Rom zur eigenen Hauptstadt zu machen.

Bleibt als Letztes Großbritannien. Die Lebensader der britischen Seefahrer- und Handelsnation im Allgemeinen und ihrer Hauptstadt im Besonderen ist die Themse. Traditionell empfand deshalb die britische Politik die Themsemündung als Achillesferse und es als inakzeptabel, dass eine andere seefahrende Großmacht die kontinentale Gegenküste beherrscht. Aus diesem Grunde hatte England die Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens durch das Londoner Protokoll 1830 international garantieren lassen. Trotzdem hatte Frankreich Preußen nach dem zweiten deutschen Einigungskrieg einen Vertrag vorgeschlagen, der vorsah, dass Belgien französisch wird. Zu einem Vertragsabschluss ist es nie gekommen, doch hat Bismarck sich vom französischen Botschafter in Berlin, Vincent Benedetti, einen entsprechenden Vertragsentwurf aushändigen lassen – den er am 25. Juli 1870 in der „Times“ veröffentlichte ließ. Den Griff nach Belgien nahm London nicht erst 1914 den Deutschen, sondern auch schon 1870 den Franzosen übel.

Da nun also im Deutsch-Französischen Krieg Frankreich ohne Verbündete Deutschland gegenüberstand, kam die zahlenmäßig größere Bevölkerung Deutschlands zum Tragen. Verstärkend kam hinzu, dass durch die allgemeine Wehrpflicht in Deutschland von dem ohnehin schon größeren Volk auch noch ein größerer Teil militärisch ausgebildet war

in Frankreich mit seinem Berufsheer. Anders als in den beiden Weltkriegen hatte also diesmal Deutschland den Vorteil der zahlenmäßigen Überlegenheit. Hinzu kam, dass die deutschen Streitkräfte besser organisiert und deshalb früher einsatzbereit waren. Beides, zahlenmäßige Überlegenheit und frühere Einsatzbereitschaft, sorgten dafür, dass die Deutschen schnell das Heft des Handelns in die Hand bekamen. Stärker noch als in den vorangegangenen beiden Einigungskriegen wurde im dritten und letzten das Vorgehen der Preußen und ihrer Verbündeten durch den preußischen Generalstabschef Moltke bestimmt. Er verfolgte eine Strategie der Umfassung und Vernichtung.

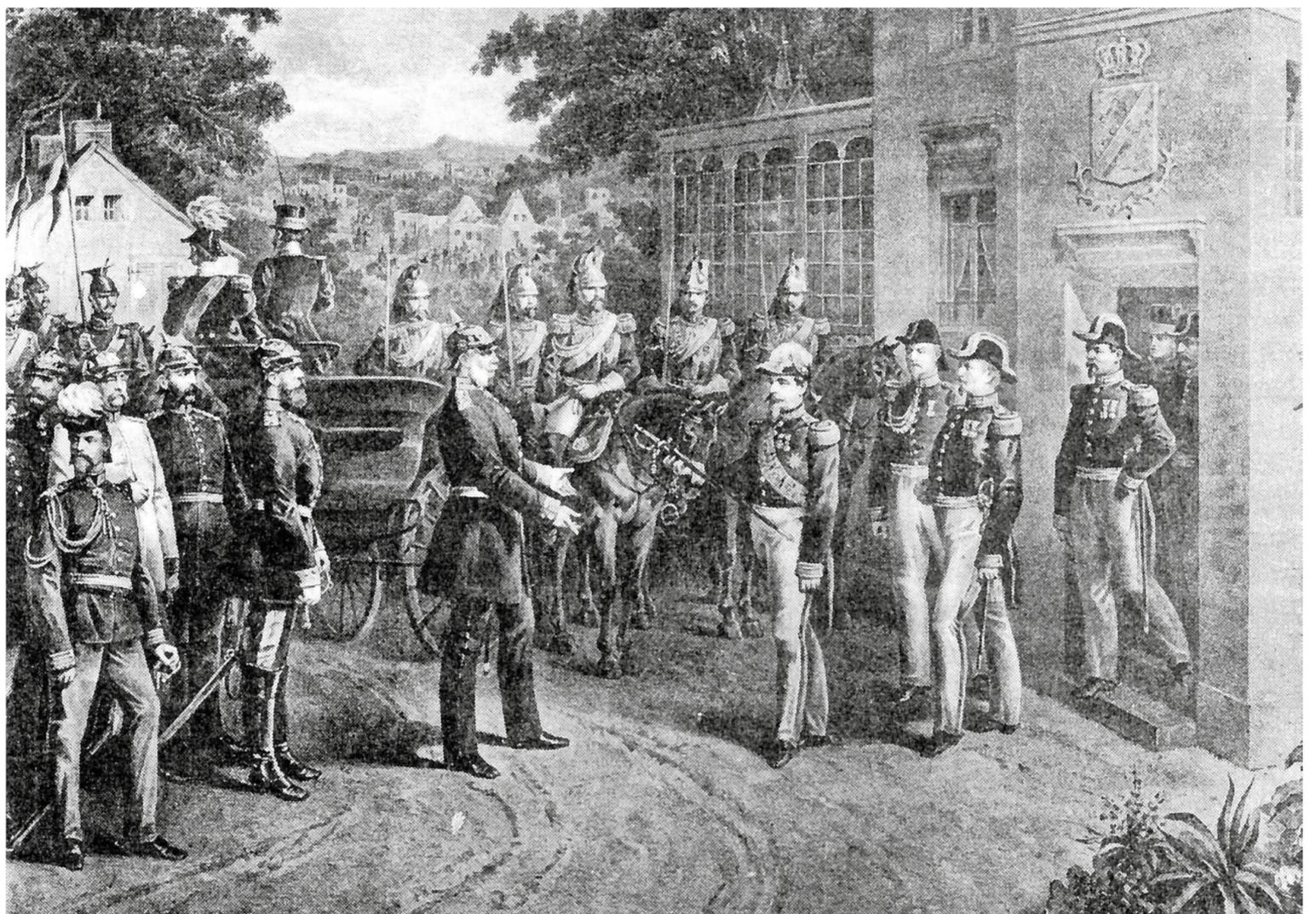
Andere Großmächte einverstanden

Das Second Empire versammelte bei Kriegsbeginn seine Armee in zwei Großverbänden an der Grenze zu Deutschland, einen im Elsass bei Straßburg und einen in Lothringen bei Metz. Letzteren erwischte es zuerst. Er wurde zum Rückzug auf die Festung Metz gezwungen und dort eingekesselt. Nun konnte der Kaiser noch mit einem der beiden Großverbände manövrieren. Zur Wahl standen entweder ein Rückzug nach Paris, um die Hauptstadt zu verteidigen, oder der Versuch, nach Metz zu marschieren, um den anderen Großverband zu entsetzen. Da Zweifel an der Kaiserstreue des Großverbandes bestanden und ein Einzug durch Rückzugsgefechte demoralisierter französischer Soldaten in die Hauptstadt vermieden werden sollte, lautete die Entscheidung, dass der Großverband die Richtung Westen marschierenden Deutschen nördlich umgeht und sich Richtung Metz bewegt.

Als Moltke das erkannt hatte, brach er den deutschen Vormarsch Richtung Westen ab und befahl einen harten Rechtsschwenk, um den französischen Großverband auf seinem Weg nach Metz abzufangen. Das gelang, und in Sedan kam es zum Aufeinandertreffen und zur Kesselschlacht. 200.000 Deutsche mit 774 Kanonen standen 130.000 Franzosen mit 564 Kanonen gegenüber. Vor 150 Jahren, am 2. September 1870, sahen sich die eingeschlossenen Franzosen gezwungen, zu kapitulieren und in die Gefangenschaft zu gehen.

Das französische Kaiserreich verfügte nun über keine Feldarmee mehr. Zusätzliche Bedeutung gewann der Sieg von Sedan noch dadurch, dass unter den kapitulierenden und gefangengenommenen Franzosen zur Überraschung der Deutschen auch der Kaiser war. Während seiner Kriegsgefangenschaft wurde Napoleon vom Kriegsgegner höflich und korrekt behandelt, bekam mit Wilhelmshöhe sogar ein Schloss zur Verfügung gestellt. Politisch überlebte der Monarch die Gefangenschaft jedoch nicht. Das lag nicht am Kriegsgegner, sondern an seinen Landsleuten. Kaum dass Napoleon nicht mehr in der Lage war, sein Herrschaftssystem zu verteidigen, wurde es gestürzt. Frankreich wurde wieder Republik, was es bis zum heutigen Tage geblieben ist.

Für den Sieger war der Ausgang der Sedanschlacht nicht weniger wichtig als für den Verlierer. Frankreich hatte mit der Schlacht noch nicht den Krieg verloren, aber die Fähigkeit, sich in die inneren Angelegenheiten seines östlichen Nachbarn einzumischen. Die Grande Nation musste froh sein, wenn es ihr gelang, ihr neues Hauptkriegsziel zu erreichen und ohne Gebietsverluste aus dem von ihr erklärten Krieg herauszukommen. Da aufgrund der oben eingehend beschriebenen, für Preußen günstigen internationalen Gesamtsituation keine andere Großmacht die französische Rolle des Bremsers des deutschen Einigungsprozesses übernahm, stand außenpolitisch der Gründung des kleindeutschen Nationalstaates mit Berlin als Hauptstadt, wie er – mit der zumindest faktischen jahrzehntelangen Unterbrechung zwischen 1945 und 1990 – bis heute besteht, nichts mehr im Wege.



Vor 150 Jahren: Der Kaiser der Franzosen ergibt sich und überreicht dem König von Preußen seinen Degen

Foto: Hartwich



Die größten Exponate im Rahmen der Sonderschau: Zwei Vier-Pfünder-Feldkanonen C/67 der 2. Leichten Feld-Batterie des Rheinischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 8

FOTO: WOLFGANG KAUFMANN

VON WOLFGANG KAUFMANN

MILITÄRHISTORISCHES MUSEUM DER BUNDESWEHR

Macht Krieg wirklich Nation?

Das suggeriert zumindest eine Sonderausstellung über die deutschen Einigungskriege und die Reichsgründung vor 150 Jahren

Das Militärgeschichtliche Museum der Bundeswehr (MHM) in Dresden gilt neben dem Haus der Geschichte in Bonn, dem Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg und dem Deutschen Historischen Museum in Berlin als eines der vier großen Geschichtsmuseen in Deutschland. Seit seiner Wiedereröffnung nach siebenjähriger Umgestaltung im Oktober 2011 folgt es dem Leitgedanken, eine „Kulturgeschichte der Gewalt“ zu präsentieren. Erklärtes Ziel ist dabei, kritische Distanz zu den Exponaten zu schaffen, um jedweder Faszination für Militärtechnik entgegenzuwirken.

Das wird zum einen dadurch versucht, dass man die Mehrzahl der 45.000 zusammengetragenen Großgeräte und Waffen gleich gar nicht erst aus den Depots holte. Zum anderen lässt die Präsentation der wenigen, letztlich dann doch gezeigten Objekte imposanteren Ausmaßes sehr zu wünschen übrig. Das gilt sowohl für die Dauerausstellung als auch die regelmäßigen Sonderschauen, wie die jetzt gerade neu eröffnete, die den Titel „KRIEG MACHT NATION – Wie das deutsche Kaiserreich entstand“ trägt und noch bis zum 31. Januar zu sehen sein soll.

Hier obsiegt einmal mehr die kulturgeschichtliche Perspektive. Dazu kommt ein höchst skeptischer, ja widerwilliger Blick auf die Idee von der Nation im Allgemeinen und der deutschen, der angeblich vor 150 Jahren durch die Reichseinigung im Gefolge des Deutsch-Französischen Krieges zur Geltung verholfen wurde, im Speziellen: „Nation war schon immer ein schwieriger, komplizierter Begriff. Wir wollten zeigen, dass Nation nichts Selbstverständliches oder Naturgegebenes ist“, meinte hierzu die Kuratorin der Ausstellung, Katja Protte. Doch das stellt nur die eine Seite der Medaille dar. Ebenso fehlt jedweder Beleg für die Richtigkeit der implizit durch die Wahl des Titels der Exposition formulierten These, dass die deutsche Nation aus den drei Einigungskriegen hervorgegangen sei. Das gilt für beide Teile der Ausstellung.

„Kulturgeschichte der Gewalt“

Der Erste ist eine recht konventionell anmutende Themenstrecke im Erdgeschoss des „dekonstruktivistisch“ veranstalteten Hauptgebäudes am Olbrichtplatz mit folgenden Eckpunkten: Nation und Revolu-

tion 1848, Deutsch-Dänischer Krieg 1864, Deutscher Krieg 1866, Deutsch-Französischer Krieg 1870/71 und Gründung des Deutschen Reiches 1871. Hier kommen nicht nur die unzähligen deutschen Patrioten von damals, sondern auch „Gegner einer kriegerischen Reichsgründung unter preußischer Führung“ zu Wort. Beispielsweise zitieren die Ausstellungsmacher den sächsischen Redakteur Wilhelm Obermüller, dem die Beteiligung seines Königreiches am Krieg gegen Frankreich ein Dorn im Auge war. Ansonsten zeigt dieser Abschnitt der Exposition aber lediglich das Wechselspiel zwischen Monarchie und Nationalismus, wobei das Aufkommen des Letzteren absolut nichts mit der Herausbildung der deutschen Nation als solches zu tun hatte. Zugleich schweben viele der offenkundig unter kulturgeschichtlichen Aspekten ausgewählten 500 Exponate thematisch weitgehend im luftleeren Raum. So wie beispielsweise die Hörner des letzten während der Belagerung von Paris geschlachteten Rindes.

Die Frage der Relevanz stellt sich gleichermaßen bei einer Schuhbürste mit den Jahreszahlen 1870 und 1914 oder dem Konvolut aus 56 Reservisten-Bierkrügen im zweiten Teil der Ausstellung im rückwärtigen Nebengebäude des MHM. Dieses erreicht der Besucher per Fußmarsch durch die Außenanlagen des Museums, in denen heute deutlich weniger große Waffensysteme stehen als noch vor einigen Jahren. Absolutes „Highlight“ soll dort das monumentale kreisförmige Schlachtenpanorama „Die Erstürmung von St. Privat am 18. August 1870“ sein. Das Werk war von dem prominenten Historienmaler Louis Braun geschaffen und von 1883 an in einem speziellen Gebäude an der Prager Straße in Dresden gezeigt worden. Allerdings handelt es sich bei der aktuellen Ausführung nur um eine verkleinerte,

monochrome „Nachinszenierung“ des Panoramas, das seinerzeit Furore gemacht hatte. Deshalb fehlt ihm die künstlerische Ausstrahlung des Originals – und Details sind aufgrund der fehlenden Farbigkeit und der miserablen Beleuchtung vor Ort ebenfalls schwer zu erkennen.

Apropos Sichtbarkeit: Die Sonderausstellung krankt wie die Dauerausstellung des MHM auch an einer durchgängig schlechten Erkennbarkeit vieler Exponate und mangelnden Lesbarkeit der Beschriftungen aufgrund des zu sparsamen Einsatzes von Lampen und der Verwendung zu kleiner Buchstaben. Schließlich verfügt nicht jeder Besucher des Museums über das Sehvermögen eines Bundeswehreschärfers.

Ansonsten dominieren in dem Raum rund um das Panoramabild gleichermaßen wieder die kulturgeschichtlichen Themen. Hier geht es nun beispielsweise um den „Krieg im Kinderzimmer“, Reservisten-

„Nation war schon immer ein schwieriger, komplizierter Begriff. Wir wollten zeigen, dass Nation nichts Selbstverständliches oder Naturgegebenes ist“

Katja Protte
Kuratorin der Ausstellung

Vereine und Bismarck-Denkmalen. Einzig die Ecke „Feuerkraft“ bietet ein paar Informationen zu den Waffen, die in den angeblich „fast vergessenen“ drei Kriegen von 1864, 1866 und 1870/71 auf deutscher Seite eingesetzt worden waren. Zwei davon sind dann auch die größten Exponate im Rahmen der Sonderschau. Hierbei handelt es sich um Vier-Pfünder-Feldkanonen vom Typ C/67 der 2. Leichten Feld-Batterie des Rheinischen Feld-Artillerie-Regiments Nr. 8, genannt „Batterie Leo“.

Zu wenig Licht und zu kleine Schrift

Zur Untermauerung des Postulates, dass die genannten militärischen Konflikte die deutsche Nation hervorgebracht hätten, taugen sie freilich genauso wenig wie der Rest des Gezeigten. Aber letztlich kann der Besucher ja auch gar nichts anderes erwarten – schließlich existierte die deutsche Nation als Kollektiv von Menschen mit gemeinsamen Merkmalen im Hinblick auf Abstammung, Kultur und Sprache schon lange vor dem Jahre 1848, mit dem die Ausstellung einsetzt. Die deutsche Nation musste also im Gegensatz zu dem kleindeutschen Nationalstaat, der 1871 entstand, nicht erst von Otto von Bismarck oder irgendwelchen anderen Protagonisten von damals „gemacht“ werden, wie das Militärgeschichtliche Museum suggeriert. Die Frage ist nun freilich, ob auch Laien in der Lage sind zu erkennen, dass die deutsche Nation kein Kind von Krieg und Gewalt ist. Denn andernfalls könnte die Exposition bei manchen Besuchern Abscheu gegenüber dem Deutschsein auslösen.

● Nähere Informationen erteilt das Militärgeschichtliche Museum der Bundeswehr, Olbrichtplatz 2, 01099 Dresden, Telefon (0351) 823-0, Fax (0351) 823-2805, E-Mail: mhmeingang@bundeswehr.org, Internet: <https://mhmbw.de/>

GRAVELOTTE

Beisetzung preußischer Gefallener

Es war ein Zufallsfund. Bei Waldarbeiten in der Nähe des Schlosses Aubigny, östlich von Metz, entdeckte ein Bauer im Juni offen liegende Knochen. Die Vermutung, dass es sich um Überreste von Toten der Kämpfe der ersten Wochen des Deutsch-Französischen Krieges von 1870/71 handelte, bestätigte sich schnell. Sie konnten der deutschen Seite zugeordnet werden. Gemeinsam mit französischen Einrichtungen wie der Veteranenorganisation ONAC übernahm der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge (VDK) die Bergung.

Eine individuelle Identifizierung war nicht möglich, anhand aufgefundener Überreste ließ sich aber die Zugehörigkeit zum Infanterieregiment „Prinz Friedrich der Niederlande“ (2. Westfälisches) Nr. 15 feststellen. Somit hatten sie der preußischen Armee angehört. Sehr wahrscheinlich sind sie am 14. August 1870 in der Schlacht bei Colombey-Nouilly gefallen.

Auf den Tag genau 150 Jahre später wurden die insgesamt sechs Toten nun auf dem durch den VDK betreuten deutsch-französischen Friedhof von Gravelotte im Rahmen einer Gedenkzeremonie beigesetzt. Vor etwa 50 Teilnehmern, darunter der Bürgermeister der Gemeinde Gravelotte, verwies der VDK-Vertreter Arne Schrader darauf, dass vor allem die Franzosen betonten, das deutsch-französische Verhältnis von 1870 bis heute zerfalle in zwei Abschnitte. Der erste sei geprägt gewesen von Krieg, der zweite, unmittelbar anschließende von Frieden. Ausgehend vom Jahr 2020 umfassen beide exakt 75 Jahre. Schrader mit Blick auf die seit 1945 andauernde Friedenszeit: „Es scheint, wir haben gelernt.“

Über die Ereignisse, bei denen seinerzeit die Deutschen mit einer Truppenstärke von 67.500 Mann einer zahlenmäßig überlegenen französischen Streitmacht von 83.500 Mann gegenüberstanden, vermerkte der Heeresbericht: „Am 14. August verzögerte die 1. Armee in der Schlacht bei Colombey-Nouilly den Abzug der Franzosen durch Metz und gewann damit für die 2. und 3. Armee einen



Dirk Reitz vom VDK bei der Beisetzung

Tag für den Moselübergang.“ Die Schlacht war für die deutsche Seite siegreich verlaufen, allerdings verbunden mit hohen Verlusten. Ursache war, wie bei anderen Schlachten des Sommers 1870, nicht zuletzt die übermäßige Neigung zum Angriff. Diese stieß, trotz der Erfolge, sogar auf Kritik beim preußischen König Wilhelm I., der in einem Befehl vom 21. August 1870 ausdrücklich planmäßigeres Vorgehen anmahnte.

Erik Lommatzsch

VON ERIK LOMMATZSCH

Irgendetwas muss an diesem Buch gefallen. Die arg lieblose äußere Form ist es mit Sicherheit nicht. Allerdings war die erste Auflage, immerhin 2000 Exemplare, so schnell verkauft, dass „Wie ich meine Zeitung verlor. Ein Jahrbuch“ von Birk Meinhardt zeitweise nicht lieferbar war. Der Verlag „Das Neue Berlin“ druckte noch einmal 3000 Stück, die reichten auch nicht. Inzwischen gibt es eine 3. Auflage. All das in wenigen Wochen.

Meinhardt, Jahrgang 1959, wuchs in der DDR auf, studierte in Leipzig Journalistik und arbeitete im Sportressort der „Wochenpost“ sowie der „Jungen Welt“, damals Zeitung der offiziellen Jugendorganisation FDJ. Freimütig räumt er ein, „kein Ostler, der bis zum Ende, bis zur Wende Journalist war, sollte auch nur den Anschein erwecken, er sei Widerständler gewesen“.

Die Zeitung, die Meinhardt „verlor“ ist die „Süddeutsche“. Es ist die Geschichte einer großen Enttäuschung und, wenn man das inzwischen inflationär gebrauchte Wort verwenden mag, zugleich eine Abrechnung. Eine Enttäuschung über die „Süddeutsche“, bei der Meinhardt „der erste Ostler in der Redaktion“ wurde, zunächst weiter für Sport zuständig, aber bald im Reportagebereich.

Seine Erwartung, die aus der DDR bekannten Bevormundungen hinter sich gebracht zu haben, erfüllte sich nicht. „Lehren“ habe er mit der Wende gezogen, er habe mit sich abgemacht, „ungesunde und mich ewig beschäftigende Kompromisse nicht mehr einzugehen“. 1992 fing er bei der „Süddeutschen“ an, 2012 kündigte er – die Freiheit war doch nicht so groß wie angenommen, was er auf einem längeren Weg immer stärker erfuhr.

Unbequeme Texte nicht gedruckt

Eine Abrechnung ist das Buch anhand „seiner“ Zeitung, aber stellvertretend für den Betrieb in den Redaktionen der großen Medien seit ... ja, seit wann? Die Frage stellt Meinhardt auch, im Rückblick sagt er, dass die Tendenzen nicht erst in den jüngsten Jahren sichtbar wurden. Ein Dauerzustand sei es geworden, „einer Haltung Ausdruck zu verleihen und nicht mehr der Wirklichkeit“. Letztere werde um die Teile reduziert, „die nicht zur Haltung passen“. Eine Episode vom Anfang des Buches ist vielsagend für die Konstellationen im doch nicht ganz so freien Westen, zumindest nicht so frei, wie ihn sich Meinhardt und andere, die in der DDR gelebt hatten, vorgestellt hatten. Auch die „Frankfurter Allgemeine“ hatte anfangs Interesse an ihm. Dort wurde er gefragt, ob er in der SED gewesen sei. Meinhardt bejaht. Dem Gedanken, die Mitgliedschaft sei als Journalist



Enttäuschung wuchs mit den Jahren: Niedergang der „Süddeutschen“ steht stellvertretend für viele große deutsche Medien

Foto: imago/stock&people

MEDIEN I

Haltung geht vor Wirklichkeit

Der Journalist Birk Meinhardt beschreibt seine Erfahrungen bei der „Süddeutschen Zeitung“: Veröffentlicht wird, was ins Weltbild passt

nicht ganz freiwillig gewesen, widersprach er. Niemand habe ihn gezwungen. Sein Gesprächspartner war nun weniger offen, was Meinhardt zu der Erkenntnis brachte, „dass er einen Opportunisten akzeptiert hätte“.

Bei der „Süddeutschen“ reüssierte er, zweimal erhielt er den Egon-Erwin-Kisch-Preis, heute Bestandteil des Henri-Nannen-Preises. Verwundert zeigte sich Meinhardt, als er 1999 eher beiläufig erfuhr, dass der Außenpolitikchef der Zeitung „darauf gedrungen habe“, NATO-kritische Leserbriefe zum Kosovo „nicht oder nur ganz vereinzelt zu bringen“. Allerdings beschäftigte ihn das zunächst nicht weiter. Ganz anders war es dann mit seiner Reportage über die Deutsche Bank, Verflechtungen, Einflussnahmen und das Schicksal eines Unternehmers, der in den Ruin getrieben wurde, weil die Bank Kreditzusagen nicht einhielt. 2004 recherchierte er auf Anregung seines Ressortleiters. Gedruckt wurde die aufwendige Reportage nicht, nachzulesen ist sie, wie

auch andere von der „Süddeutschen“ nicht veröffentlichte Artikel, in „Wie ich meine Zeitung verlor“.

Meinhardt erfuhr mit dem Deutsche-Bank-Thema, wie nicht Argumente, sondern Meinungen den Ausschlag geben. Vorgeworfen wurde ihm, er habe eine „Verschwörungsgeschichte“ geschrieben, zitiere Personen, die ihren Namen nicht in der Zeitung sehen wollen – was bei heiklen Themen gängig ist – und überhaupt gehöre die Geschichte des ruinierten Unternehmers nicht in den Beitrag. Meinhardt erinnert das an die DDR, da gab es „viele Leute, in deren Denken es nicht vorgesehen war, das System grundsätzlich zu kritisieren“.

Skandalpotenzial bis heute bietet eine Reportage von 2010. Es ging um die Frage, ob es in dem spürbaren Vorverurteilungsklima auch „Rechte“ oder vermeintlich „Rechte“ gibt, die von der Öffentlichkeit und in der Folge von Gerichten für Taten verantwortlich gemacht wurden, die sie nicht begangen haben. Auf – tatsächliche

– Gewalt von Rechtsextremisten weist Meinhardt in seinem Artikel gleich zu Anfang hin. Dann jedoch schildert er zwei Fälle von zu Unrecht Angeprangerten. Im ersten saß ein damals zwar zum entsprechenden Milieu gehörender Mann über vier Jahre unschuldig im Gefängnis, der Brandanschlag und der versuchte Mord gingen aber nicht auf sein Konto. Der Richter ignorierte Zeugenaussagen und entschied unter dem öffentlichen Druck.

„Ohne Differenzierungen“

Im zweiten Fall wurde ein Unschuldiger medienwirksam sogar in Karlsruhe vorgeführt. Den betrunkenen und ausfälligen Schwarzen hatte er nachweislich nicht niedergeschlagen. Eine sehr unrühmliche Rolle spielen in diesem Zusammenhang Angela Merkel, die eine schnelle Aufklärung verlangt hatte, der damalige Generalbundesanwalt Kay Nehm oder Günther Jauch, der die falschen Anschuldigungen im TV gehörig verstärkte. Zurückgezogen hat Meinhardt die Reportage dann selbst,

zu viel sollte er ändern, Jauch am besten ganz weglassen. Zudem könnten „Rechte“ sie als Beleg für ungerechtfertigte Verfolgung nehmen.

Ohne sich auf eine Seite zu schlagen, kritisiert Meinhardt Einseitigkeiten „seiner“ Zeitung. So, wenn es heißt, die AfD habe sich zum Parteitag in einem Hotel „zusammengerottet“ oder den pauschalen Gebrauch des Wortes „Flüchtlinge“. Er vermisst eine Geschichte über vom Verhalten der Einwanderer desillusionierte Helfer und das Anmahnen der im Bundestag ausgebliebenen Grundsatzdebatte über die Immigrationskrise. Was Russland anbetrifft, komme das Blatt schon „seit Jahren ohne Differenzierungen aus“. Insgesamt versteht man nach Meinhardts Buch noch besser, warum die „Süddeutsche“ vielen – der Autor gebraucht den Begriff nicht – als „Alpenprawda“ gilt.

Birk Meinhardt: „Wie ich meine Zeitung verlor: Ein Jahrbuch“, Berlin 2020, Das Neue Berlin, 144 Seiten, 15 Euro

MEDIEN II

Ein Politik-Veteran klagt an

Neues Buch: FDP-Urgestein und PAZ-Autor Ingo von Münch hält „Haltungsjournalisten“ den Spiegel vor

Journalisten stehen meist in dem diffusen Ansehen, aus Betroffenheit, Empörung, Gefälligkeit oder aus Enthüllungseifer, Sensationslust oder zur Verstärkung des Mainstreams Meinungen zu verbreiten, die mehr belehren als unterrichten. Sie selber sprechen gerne von der Qualitätspresse, vom Investigationsjournalismus oder vom seriösen Journalismus. Politiker, die auf sie angewiesen sind, schätzen und fördern die systemrelevanten Medien.

All diese und viele andere Schlagworte und Redensarten verdeutlichen eine Spannung zwischen dem Publikum und den Medien, die Ingo von Münch auf eine „Krise der Medien“ zurückführt. Der Leser und Mitarbeiter auch der PAZ beschreibt sie vor allem mit Beispielen aus

der „FAZ“ und der „Neuen Zürcher Zeitung“. Es bekümmert den Juristen, liberalen Politiker und leidenschaftlichen Freund des freien Wortes, dass sich auch in diesen Zeitungen immer häufiger Journalisten als Erzieher und Weltbildfabrikanten verstehen, die nicht über die Wirklichkeit schreiben, sondern über die gewünschte Wirklichkeit.

Ungehemmt gegen Bürger

Sie entfernen sich als engagierte Journalisten oder „Haltungsjournalisten“ immer weiter von dem einst verbindlichen Rat, sich nicht gemein zu machen mit einer Sache, auch nicht mit einer guten. Moralisch hochgerüstete Beschreiber von Versammlungen der Pegida oder der AfD und

sogenannter Rechtsradikaler in „Dunkeldeutschland“ sehen vorzugsweise „tobende Horden“, die „Parolen brüllen“, „Drohrotten“, die „unartikuliert wie das Blöken Betrunkener“ ihre Zustimmung bekunden, einen entfesselten „Mob“ oder das „Pack“. Der Meinungsjournalismus geht ungehemmt in den Wut- und Hassjournalismus über, den die „Qualitätsjournalisten“ bei anderen fürchten und anprangern.

Hetzer, Hetze und Hetzjagden sind mittlerweile in allen möglichen Zusammenhängen gebräuchlich geworden. Der Verzicht auf Nuancen verführt zu einer schrillen Dramatisierung. Ohne große Bedenken wird rechts mit „nazistisch“ oder „faschistisch“ gleichgesetzt. Die korrekte

Bezeichnung nationalsozialistisch kommt kaum noch vor. Der Unterschied von Faschismus und Nationalsozialismus wird gar nicht mehr bedacht. Wie von Münch überhaupt den Mangel an Geschichtskennntnissen beklagt, der sich auch in Ortsangaben wie Kaliningrad als Geburtsstadt Kants bemerkbar macht. Ihn verstimmt vor allem die betuliche Absicht, den Leser fest an die herrschenden Meinungen zu binden.

Die Folge sind geistige Enge und Ängstlichkeit, die nicht nur Langweile erzeugen, sondern die geistige Beweglichkeit geradezu lähmen. Auf die Art wird die Pressefreiheit von der Presse selber eingeschränkt. Die Journalisten sollten sich nicht anmaßen, eine vierte Gewalt im

Staate zu sein oder für sich ein besonderes Wächteramt als Verfassungsschützer beanspruchen.

Für die Demokratie wäre es bei Weitem bekömmlicher, sie bemühten sich wieder darum, temperamentvoll und umsichtig zu unterrichten, damit sich der Leser in der unübersichtlichen Wirklichkeit zurechtfinden könne. An diese Empfehlung hält sich von Münch, der unaufgeregt erläutert, warum er und viele andere an der „FAZ“ nur noch eine sehr gemischte Freude haben.

Eberhard Straub

Ingo von Münch: „Die Krise der Medien“, Duncker & Humblot, Berlin 2020, 140 Seiten, 19,90 Euro



BILDUNG

Allenstein fördert junge Forscher

In Alt Kortau entsteht ein modernes Zentrum für Wissenschaft und Innovationen

VON DAWID KAZANSKI

In Alt Kortau, wo sich einige Gebäudekomplexe der Universität Ermland-Masuren befinden, entsteht ein Zentrum für die Förderung wissenschaftlicher Innovationen, das im ersten Quartal 2021 der Öffentlichkeit übergeben werden soll. Die Einrichtung entsteht zwischen dem Konferenzzentrum und der geisteswissenschaftlichen Fakultät. Die grundlegende Funktion des Zentrums liegt in der Vermittlung von Wissenschaft an junge Menschen. „Als Vorbild dient uns das Kopernikus-Wissenschaftszentrum in Warschau. Unser Angebot wird sich sowohl an die Jüngsten als auch an Erwachsene richten“, sagte Aleksander Socha, Kanzler der Universität Ermland-Masuren.

Das Zentrum für die Förderung von Wissenschaft und Innovationen wird in einem viergeschossigen Gebäude mit einer Nutzfläche von über 3800 Quadratmetern untergebracht. Besonders im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Lebensmittelwissenschaft soll eine moderne Forschungsinfrastruktur geschaffen werden. Im Allensteiner Wissenschaftszentrum wird es einen Experimentierbereich für die jüngsten Benutzer geben mit interaktiven Geräten, einer transparenten Wand zum Malen mit Farben sowie einer großformatigen Konstruktion für strukturelle Logistikspiele und einen Experimentierbereich mit Licht und mobilen Geräten, die es ermöglichen, physikalische Phänomene wie optische Täuschung, Magnetismus oder Elektrizität spielerisch zu erklären.

In einem anderen Teil soll es einen Experimentierraum für Kinder geben. Hier soll beispielsweise mit einfachen Alltagsgegenständen der Bau einer Brücke vermittelt werden. In einem separaten Teil wird eine Bühne für Theateraufführungen entstehen. Für Gymnasiasten wird eine Ausstellung mit mobilen Exponaten angeboten. Ausgestattet mit den neuesten Geräten und wissenschaftlichen Hilfsmitteln soll sie sowohl Naturwissenschaften als auch die exakten und die medizinisch-sozialen Wissenschaften beleben. Zukünftig



Soll 2021 in Betrieb gehen: Neubau der Ermländisch-Masurischen Universität in Alt Kortau

Foto: D.K.

besteht die Möglichkeit für organisierte Gruppen, Werkstätten zu besuchen, die geometrische Optik, Wellenoptik, Vibrationen und das Spiel mit Klang, Schwerkraft, Elektrizität und Magnetismus sowie den Bau von Teleskopen, die Arten von Uhrwerken oder elektronische Bestandteile in Maschinen näher kennenzulernen.

Ein Lichtlabor ist ein vollständig abgedunkelter Raum zur Durchführung von Experimenten mit Lichtwellen. Auf dem Gebiet der Physik wird das Zentrum eine Dauerausstellung der Teslapule mit einem Faradayschen Käfig und der Darstellung von unterschiedlichen Energiequellen beherbergen. Auf dem Dach des Gebäudes wird ein astronomisches Observatorium eingerichtet. Seine Teleskope werden sowohl unter der Kuppel als auch auf der offenen Terrasse aufgestellt. Tagsüber und abends wird die Universität ein attraktives Programm anbieten,

„Als Vorbild dient uns das Kopernikus-Wissenschaftszentrum in Warschau“

Aleksander Socha
Kanzler der Universität
Ermland-Masuren

im Rahmen dessen astronomische Vorgänge am Himmel erläutert werden. In den Räumen des Wissenschaftszentrums werden auch die Laboratorien der Biowissenschaften untergebracht sein, in denen Kurse auf dem Gebiet der industriellen Biotechnologie gegeben werden. Die Teilnehmer erfahren, wie Mik-

roorganismen und Enzyme bei der Lebensmittelproduktion eingesetzt werden.

Vor dem Gebäude wird sich in einem überdachten Teil ein Foucaultsches Pendel befinden, während auf dem Boden unter dem Pendel eine stilisierte Erde mit einer Windrose und anderen interaktiven Exponaten zu sehen sein wird. Außerhalb des Gebäudes werden eine große Sonnenuhr, eine Meridianlinie, ein Sonnensystem im Kleinformat und historische Instrumente von Nikolaus Copernicus installiert. Ähnliche Zentren für die Verbreitung der Wissenschaft befinden in Warschau, Danzig, Gdingen, Thorn, Breslau, Posen, Kattowitz und Stettin. Die geschätzten Kosten für das gesamte Unternehmen belaufen sich auf etwa acht Millionen Euro. Die Universitätsbehörden überlegen sich, wie das Zentrum selbst heißen soll. „Wir sind dazu geneigt, den Namen im Rahmen eines Wettbewerbs auszuwählen“, sagte der Kanzler der Uni.

MELDUNGEN

Erfolgreiche Anwerbung

Braunsberg – Immer mehr Personen treten in die Reihen des Territorialen Verteidigungs-Militärs ein. Zum 43. Bataillon der Leichten Infanterie in Braunsberg haben sich etwa 100 Kandidaten freiwillig gemeldet. Die 16-tägige Grundausbildung hat bereits begonnen. Die neu einberufenen Soldaten erhielten bereits am ersten Tag ihres Dienstes volle Einkleidung und Geld für die persönliche Pflege. Sie erhielten auch eine Vorübung mit Waffen, um diese kennenzulernen. Die Kandidaten sagten, dass sie in den Militärdienst eingetreten seien, um etwas Neues zu erfahren. In den kommenden Tagen werden die Soldaten an den Waffen geschult. Sie lernen auch die Grundlagen eines Feldkampfes sowie die Topografie des Geländes kennen. Die Kandidaten, die den Kurs erfolgreich beenden, werden nach dem Gelöbnis in der 4. Ermländisch-Masurischen Brigade der Landesverteidigung dienen. PAZ

„Wunder an der Weichsel“

Elbing – Vor 100 Jahren errang Polen in einer Schlacht während des Polnisch-Sowjetischen Kriegs einen Sieg über das bolschewistische Russland. Der 15. August ist der Jahrestag des polnischen Sieges in der Warschauer Schlacht, die auf dem Gebiet zwischen Demblin und der Grenze Ostpreußens stattfand. Die polnischen Verluste zählten 4500 Gefallene, 22.000 Verwundete und 10.000 Vermisste. Die Verluste der Sowjets sind nicht exakt bekannt, werden jedoch auf 10.000 Gefallene geschätzt. Mehr als 60.000 Soldaten kamen in polnische Gefangenschaft und 45.000 gerieten in Ostpreußen in deutsche Internierung. Die einzige Stadt im südlichen Ostpreußen, in der anlässlich des 100. Jahrestags des „Wunders an der Weichsel“ von 1920 eine Veranstaltung stattfand, war Elbing. PAZ

Gefahr durch Giftschlangen

Labiau – Ein zwölfjähriger Junge ist beim Spielen im Wald von einer Viper gebissen wurde. Der Geistesgegenwart der Großmutter, bei der er zu Besuch war, ist es zu verdanken, dass das Kind keine schweren Schäden davontrug. Nur 15 Minuten nach dem Biss hatte sie ihn ins Kinderkrankenhaus des Gebiets gebracht, wo er die ganze Nacht an einer Infusion hing. Schon kurz nach dem Schlangenbiss hatten sich erste Symptome der Vergiftung gezeigt: Der angeschwollene Zeh begann abzusterben und der Junge hatte Schmerzen. Nach ein paar Wochen konnte er das Krankenhaus verlassen und muss nur noch Allergietabletten einnehmen. Im nördlichen Ostpreußen gibt es zwei Arten von Schlangen: Vipern und Nattern. Vipern seien nur am frühen Morgen und am Abend aktiv und lebten meist in feuchten Gebieten, in Ufernähe, in Baumstämpfen und auf Feldern. Ein Spezialist vom Königsberger Zoo rät, unbedingt festes Schuhwerk in der Natur zu tragen. MRK

HOMLINS

Königsberg findet Eingang in die „Märchenkarte“

Ein ungewöhnlicher Reiseführer stellt die Heimat von Märchenhelden vor

Vor Kurzem wurde in der Nähe der Treppe des Museums der Schönen Künste, das sich im Gebäude der ehemaligen Königsberger Börse befindet, die Figur eines neuen Homlin aufgestellt. Es handelt sich dieses Mal um den Vater der Familie der kleinen Hausgeister. Die Schöpfer der Skulptur behaupten, dass er die romantischste, kreativste Gestalt unter den Homlins habe. Er sitzt auf dem Geländer der Überführungsbrücke vor zwei Löwenskulpturen im Hintergrund und schaut nachdenklich nach oben.

Kreativste aller Homlin-Figuren

Der Tag für die Aufstellung der Skulptur wurde nicht zufällig gewählt. Es war der in diesem Jahr zum ersten Mal begangene Tag des Bernstein am 21. Juli. Der Legende nach ist schließlich bekannt, dass Bernstein das Lieblingsmaterial der kleinen Hausgeister ist und dass sie unsicht-



Nachdenklich-verträumt sitzt Papa Homlin auf der Mauer: Die neue Skulptur auf ihrem Platz vor der Königsberger Börse

Foto: J.T.

bar neben den Menschen leben und Produkte aus Bernstein herstellen.

Die Bronzeskulptur des Homlin-Papas wurde auf Initiative der Mitarbeiter des Museums der Schönen Künste dort

aufgestellt. Es ist die fünfte Figur der Serie. Ab 2018 tauchten seine Verwandten an verschiedenen Stellen der Stadt auf. Großväterchen Karl beispielsweise sitzt auf der Honigbrücke, Großmütterchen

Martha beim Bernsteinmuseum, das Mädchen Ule beim Tiergarten und der Junge Witjas beim Ozeanmuseum. Insgesamt sollen sieben Kleinskulpturen der Märchenhelden aufgestellt werden.

Die Königsberger Homlins sollen in die Liste der Objekte für die „Märchenkarte Russlands“ aufgenommen werden, gleichberechtigt neben dem Schneemädchen Snegurotschka und Iwan Zarewitsch. Der Leitfaden basiert auf Märchen, Epen und Legenden. Die „Märchenkarte Russlands“ hat bereits die Heimat der Helden Snegurotschka (Kostroma), Iwan Zarewitsch (Kirov), Baba Jaga (Kukoboj, Region Jaroslawl) und Prinzessin Frosch (Schtschadrinsk in der Region Kurgan) verzeichnet. Das Königsberger Gebiet wird die 31. Region sein, die in diesem ungewöhnlichen Reiseführer vorgestellt wird. Jurij Tschernyschew

Wir gratulieren...



ZUM 99. GEBURTSTAG

Sokoll, Wanda, geb. **Gedak**, aus Wehlau, am 2. September
Warda, Elisabeth, geb. **Wascheszio**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 1. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

Brüggemann, Erna, geb. **Orlowski**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 3. September
Jannsen, Erna, aus Lyck, am 29. August
Nowatzki, Elisabeth, geb. **Kobus**, aus Klein Stürlach, Kreis Neidenburg, am 31. August
Palfner, Hildegard, aus Ebenrode, am 29. August
Scheffler, Edith, aus Lyck, Falkstraße 3, am 2. September
Walleit, Erich, aus Frischenau, Kreis Wehlau, am 31. August
Zabel, Luise, aus Neidenburg, am 30. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Hein, Hedwig, geb. **Gebert**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 1. September
Hensel, Emil, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, am 30. August
Rosan, Horst, aus Neidenburg, am 30. August
Rosslan, Erich, aus Schuttchenofen, Kreis Neidenburg, am 28. August
Zielasko, Kurt, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 31. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Engemann, Anneliese, geb. **Wölke**, aus Elbing, am 24. August
Frotscher, Hilde, geb. **Wiechert**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 1. September
Rembitzki, Helmut, aus Gusken, Kreis Lyck, am 1. September
Ruch, Heinz, aus Röblau, Kreis Ortelsburg, am 30. August
Sander, Hildegard, geb. **Goerke**, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 29. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Grüner, Ruth, geb. **Watteler**, aus Wehlau, am 29. August
Hajduk, Heinrich, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 28. August
Lange-Birkenhof, Lucia, geb. **Böhnke**, aus Windau, Kreis Neidenburg, am 1. September
Ruddigkeit, Bruno, aus Kastauen, Kreis Elchniederung, am 29. August
Schuchna, Heinrich, aus Ortelsburg, am 3. September
Von Hanstein, Donata, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 29. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Förster, Lisbeth, geb. **Slaby**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 31. August
Grunau, Erna, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 1. September
Kunhardt, Günter, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 3. September
Manke, Inge, geb. **Schneller**, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 30. August
Meyer, Charlotte, aus Marienfelde, Kreis Osterode, am 28. August

Nowotschyn, Marianne, geb. **Rhode**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 30. August
Schubert, Ursula, aus Insterburg, am 1. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Ballnus, Kläre, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 31. August
Boeninghausen, Elfriede, aus Lyck, am 1. September
Borawski, Erich, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 109, am 30. August
Fastnacht, Peter, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 155, am 31. August
Hollens, Josefa, aus Preiwils/Prei-lowen, Kreis Allenstein, am 1. September
Klitsch, Irmgard, geb. **Petrick**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 1. September
Ludwig, Heinz, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 28. August
Meyer, Irmgard, geb. **Grabowski**, aus Neidenburg, am 3. September
Poschmann, Maria, aus Kreis Bartenstein, am 2. September
Reiche, Ella, geb. **Siebert**, aus Ruckefeld, Kreis Elchniederung, am 2. September
Reiß, Erich, aus Seehag, Kreis Neidenburg, am 31. August
Spillner, Erika, geb. **Brakel**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 28. August
Wiesemann, Liesel, geb. **Grabowski**, aus Treuburg, am 31. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bollig, Kurt, aus Hasenberg, Kreis Wehlau, am 1. September
Conrad, Walter, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 29. August
Nühlen, Hildegard, geb. **Sorra**, aus Lyck, General-Busse-Straße 23, am 1. September
Pfeffer, Ilse, geb. **Borchert**, aus Neidenburg, am 1. September
Reeg, Waltraud, geb. **Riemann**, aus Schuditten, Kreis Fischhausen, am 30. August
Schmidtke, Gretel, geb. **Kersten**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 30. August
Zimmermann, Waltraud, geb. **Schimbus**, aus Heinrichs-

walde, Kreis Elchniederung, am 31. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Arndt, Reinhard, aus Hoppendorf, Kreis Preußisch Eylau, am 30. August
Birtner, Eva, geb. **Heydasch**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 28. August
Brinkmann, Edeltraut, aus Langheide, Kreis Lyck, am 3. September
Jarst, Ewald, geb. **Jablonowski**, aus Saberau, Kreis Neidenburg, am 29. August
Jenrich, Achim, aus Starckenberg, Kreis Wehlau, am 3. September
Leube, Gisela, geb. **Tolkmitt**, aus Neidenburg und aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 31. August
Liss, Georg, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, am 28. August
Neumann, Gerhard, aus Ebenrode, am 28. August
Pillath, Helmut, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 1. September
Sembowski, Annemarie, geb. **Brandt**, aus Wilhelmshof, Kreis

Ortelsburg, am 31. August
Theis, Ruth, geb. **Hartwig**, aus Neidenburg, am 1. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Fandrey, Helmut, aus Lindendorf, Kreis Elchniederung, am 30. August
Fleisch, Brigitte, geb. **Pucks**, aus Watzum, Kreis Fischhausen, am 30. August
Friese, Erika, geb. **Wölk**, aus Fischhausen, am 2. September
Jahnke, Fritz, Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau, am 1. September
Meininger, Gertrud, geb. **Schuran**, aus Salden, Kreis Treuburg, am 31. August
Pillath, Fritz, aus Waldburg, Kreis Ortelsburg, am 31. August
Rabe, Edith, geb. **Schönberg**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am

30. August
Richter, Elfriede, geb. **Torkler**, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, am 30. August
Scharnowski, Reinhold, aus Er-lental, Kreis Treuburg, am 1. September
Schendel, Elisabeth, geb. **Zitzmann**, aus Groß Birkenfelde, Kreis Wehlau, am 2. September
Strick, Gertrud, geb. **Jelinski**, aus Narzym, Kreis Neidenburg, am 31. August
Von Terzi, Wolfgang, aus Lyck, Falkstraße 11, am 3. September
Wetzel, Ursula, geb. **Dzugga**, aus Duneiken, Kreis Treuburg, am 31. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Ballheimer, Irmgard, geb. **Losch**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 1. September
Barzik, Helmut, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 31. August
Danisch, Annemarie, geb. **Bruck**, aus Seefrieden, Kreis Lyck, am 30. August
Hasenclever, Edith, geb. **Spielmann**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 30. August
Hollfoth, Gerhard, aus Wollitt-nick, Kreis Heiligenbeil, am 28. August
Kallauch, Klaus, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 3. September
Kerling, Alfred, aus Lyck, am 31. August
Knips, Irmgard, geb. **Komossa**, aus Lyck, am 28. August
Krostek, Heinz, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 30. August
Kuklik, Gerhard, aus Seedorf, Kreis Lyck, am 2. September
Kunz, Gerhard, aus Bärting, Kreis Mohrunen, am 30. August
Lange, Günter, aus Pr. Battau,

Kreis Fischhausen, am 2. September
Napierski, Horst Karl, aus Wickena, Kreis Neidenburg, am 28. August
Pahl, Irmgard, geb. **Weiß**, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 29. August
Pietrzyk, Gerhard, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 30. August
Riemann, Hildegard, geb. **Fischer**, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 29. August
Rieß, Horst, aus Warnicken, Kreis Fischhausen, am 28. August
Salomon, Heinrich, aus Tranatenberg, Kreis Elchniederung, am 31. August
Wiberny, Hanna, geb. **Pienak**, aus Bergenu, Kreis Treuburg, am 1. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bertus, Waltraud, geb. **Marold**, aus Damerau, Kreis Ebenrode, am 30. August
Boese, Roswitha, aus Kreis Elbing, am 1. September
Boguschewski, Siegfried, aus Legenquell, Kreis Treuburg, am 2. September
Hamann, Wolfgang, aus Lopsien-nen, Kreis Fischhausen, am 2. September
Kleefeld, Waltraud, aus Kreis Bartenstein, am 2. September
Konietzko, Dietmar, aus Treu-burg, am 30. August
Labusch, Emil, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, am 28. August
Laurinat, Dieter, aus Kuckernee-se, Kreis Elchniederung, am 1. September
Littfinski, Karl-Heinz, aus Nei-denburg, am 28. August
Rehberg, Ulrich, Kreis Ebenrode, am 28. August

ANZEIGE

Masuren und Danzig
 Reisen mit der MS CLASSIC LADY
 Tel. 07154/131830 www.dnv-tours.de

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. im Jahr 2020

Trotz der Corona-Krise sind für die zweite Jahreshälfte folgende Veranstaltungen geplant:

5. bis 11. Oktober: Werk-woche in Helmstedt

17. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum in Lüneburg (geschlossener Teilnehmerkreis)

6. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden der LO (geschlossener Teilnehmerkreis)

7./8. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis)

8. bis 11. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Wegen der Corona-Pandemie kann es zu Absagen einzelner Veranstaltungen kommen. Bitte informieren Sie sich vorab bei der Bundesge-

schäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de oder im Internet unter www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Der geplante Festakt

„100 Jahre Volksabstimmung“ in Allenstein musste wegen der aktuellen Lage leider abgesagt werden. Um dennoch dieses historischen Ereignisses gedenken zu können, haben die Referenten ihre geplanten Vorträge per Kamera aufgezeichnet. Diese virtuelle Gedenkveranstaltung finden Sie unter: www.paz.de/volksabstimmung

Bitte vormerken für 2021: Jahrestreffen der Ostpreußen, 5. Juni 2021, CongressPark Wolfsburg

Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Ende 2020 Frau Ingrid Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten.
 Telefon: (040) 41 40 08 - 34
 E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de
 Telefonische Erreichbarkeit: Dienstag-Donnerstag jeweils von 13-16 Uhr

Beilagen der PAZ zum Nachbestellen

In den vergangenen Wochen hat die *Preußische Allgemeine Zeitung* einige Sonderbeilagen zu wichtigen Themen der preußischen und ostpreußischen Geschichte sowie zur Museumskultur herausgegeben.

Diese Beilagen stießen unter den Lesern auf großen Zuspruch und können nun auch einzeln in der Geschäftsstelle der PAZ bestellt werden.

Der Preis per Stück beträgt 1,- Euro, zzgl. Versandkosten.

Wir freuen uns über Ihre Bestellung unter der E-Mail-Adresse: selke@paz.de oder telefonisch unter der Nummer (040) 414008-0.



1945: Nullpunkt unserer Geschichte

Am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg. Doch die Menschen in Deutschland und Europa bewegt er bis heute. Betrachtungen und Denkanstöße aus verschiedenen Blickwinkeln und Ländern.



Erzähltes Preußen. Eine Museumsbeilage

Nach Wochen des Lockdowns sind seit Mai auch die Museen wieder geöffnet. Ein guter Anlass, einige derjenigen Häuser, die auf vielfältige Weise von der Geschichte Preußens und den Geschichten seiner Menschen berichten, (neu) zu entdecken.



100 Jahre Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen

Zum Gedenken an das Referendum vom 11. Juli 1920, als die Bewohner der südlichen Kreise Ostpreußens und einiger Kreise Westpreußens aufgefordert waren zu entscheiden, ob ihre Heimat bei Deutschland verbleiben oder zu Polen kommen sollte.

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel
Geschäftsstelle:
Haus der Heimat, Teilfeld 1, 20459 Hamburg, Tel. (040) 34 63 59, Mobiltelefon (0170) 3102815

Feuersturm über Hamburg im Juli 1943. Der Landesverband der vertriebenen Deutschen in Hamburg e.V. gedachte der Weltkriegsopfer

An der Gedenkveranstaltung zum 77. Jahrestag in der St. Thomas-Kirche, nebst Kranzniederlegung am Mahmal im Carl-Stamm-Park, Hamburg-Rothenburgsort, gedachten am 26. Juli über einhundert Besucher der Opfer alliierter Luftangriffe in der Nacht zum 28. Juli 1943.

Es nahm auch unsere Stv. Landesvorsitzende Helga Brenker teil, die namens des Landesverbandes Hamburg der damals verbrannten und verschütteten Opfer in würdevoller Weise gedachte.

Nach Gedenkansprachen in denen der Opfer bei der Zerstörung der Kathedrale von Coventry/England vom 14. zum 15. November 1940 gedacht wurde, betonte Christoph de Vries, MdB, namens der CDU-Fraktionen im Deutschen Bundestag und namens der CDU in Hamburg-Mitte, dass solches nie wieder geschehen dürfe!

Er wies auch auf die damals in die Chorwand der Ruine der Kathedrale gemeißelten Worte „Vater vergib“ hin und schloss, dass diese Worte der Versöhnung in der weltweiten Christenheit eine Vergabung umschreibt. Das Gebet entstand 1958 und wird an jedem Freitag im Chorraum der Ruine gemeinsam gebetet.

Wir deutschen Heimatvertriebenen und Aussiedler aus dem Osten werden beim Tag der Heimat am Samstag, dem 19. September 2020 ab 15 Uhr, mit einer würdigen Gedenkstunde im Bachsaal, mit Christoph des Vries MdB auch dieser Opfer in unser Gebet mit einschließen.

Unser Mitgefühl bleibt und blieb bis heute... Wir vergessen nie, was damals geschah, und bereits 1950 bei damaligen Fahrten durch das zerbombte Hamburg, so auch durch Hamburg-Hamm-Borgfelde hörten wir, dass dort über 20.000 Kinder, Frauen und Männer unter den Trümmern ruhen ...

LvD/BdV in Hamburg mit allen angeschlossenen Verbänden Hamburg-Neustadt, Teilfeld 8/Haus der Heimat

Willibald C. Piesch
Landesverbandsvorsitzender



Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk
Stellv. Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühlthal, Tel. (06151) 148788

Gedenkstunde zum Tag der Heimat 2020

Wiesbaden - Die Feierstunde zum Tag der Heimat am BdV-Gedenkstein der Landsmannschaft (Wiesbaden-Kohlheck, Kranichstraße) findet am Sonnabend, dem 05. September um 11.00 Uhr statt. Die Gedenkansprache hält Wolfgang Nickel, Stadtverordneter und Stadtverordnetenvorsteher a. D.

Der Vorsitzende der LOW Wiesbaden, Dieter Schetat, ruft die Mitglieder und Freunde der Landsmannschaft zur Teilnahme an der Feier auf, um so die Treue und Verbundenheit zur unvergessenen Heimat zu bekunden.

Die Feierstunde am Gedenkstein ist zugleich auch die in den Vorjahren traditionelle Feststunde des BdV-Kreisverbandes Wiesbaden im Großen Saal des Hauses der Heimat, weil sie dort wegen der Coronakrise nicht stattfinden kann.

Der für den 20. September vorgesehene „Hessische Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation“ und „Zentraler Tag der Heimat 2020“ in der Rotunde des Wiesbaden-Biebricher Schlosses musste abgesagt werden.

Die aufgezeichneten Beiträge zum Festakt können nach dem 20. September im Internet unter dem Link:

<https://www.bdV-hessen.de/kultur/veranstaltungen/tag-der-heimat>

und als YouTube-Auftritt des BdV („Culture to Go“) unter <https://www.youtube.com/channel/UCNoG5EhlsisluznJeo3WeBA> abgerufen werden.



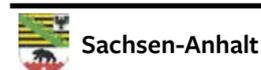
Nordrhein-Westfalen

Stellvertretende Vorsitzende:

Klaus-Arno Lemke und Jürgen Zauner, **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel.: (02964) 1037. Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaefft@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld - Am Montag, den 31. August, treffen sich die Ostpreußen in Bielefeld zu ihrem Heimatnachmittag und laden dazu alle Freunde, Bekannte und Interessierte ein. Die Veranstaltung beginnt unter Corona-Bedingungen um 15 Uhr im Restaurant „1802“ in der Kurt-Schumacher-Straße 17a in 33602 Bielefeld. Sie erreichen das Lokal bequem mit der Straßenbahnlinie 4 „Universität“ und steigen an der Haltestelle „Bültmannshof“ aus, von dort aus erreichen Sie das Restaurant fußläufig in wenigen Minuten.

Voranmeldung wird unter der Telefonnummer (0521) 82026 erbeten. Wir freuen uns auf Ihr Kommen und ein Wiedersehen!



Sachsen-Anhalt

Vorsitzender: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Tel. privat (0345) 2080680

Halle (Saale) - Treffen der Gruppe am 4.9.2020, 14.00 Uhr in der Begegnungsstätte der VS gegenüber der Marktkirche.



Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Oldesloe - Nach langer Corona-Pause trafen sich die Oldesloer Ost- und Westpreußen im August

bei Landsmann Kranig im benachbarten Tremsbüttel.

Die Vorsitzende dankte für die Einladung und gedachte der kürzlich verstorbenen Mitglieder Boris Makarowski und Werner Mosel. Sie richtete Grüße von Erna Drescher aus, die sich für die Gratulation bedankte, die sie zu ihrem 99. Geburtstag erhalten hatte.

Weiter gab die Vorsitzende ein Schreiben des Vorsitzenden der Landsmannschaft Ostpreußen zur Gewinnung von Mitgliedern für den „Bund Junges Ostpreußen“ bekannt. Es ist wichtig, dass junge Menschen die deutsche Geschichte und Vergangenheit weiter tragen – nicht nur die Kinder und Enkel unserer Landsleute.

Thema des Nachmittags war der Versailler Vertrag vom 28. Juni 1919, der auch völkerrechtlich den Ersten Weltkrieg beendete. Sie sprach dabei besonders die Volksabstimmung in unserer Heimat, in Nordschleswig und in Oberschlesien an und die Gebiete, die mit oder ohne Volksabstimmung abgetreten werden mussten. So ging fast die gesamte Provinz Westpreußen an Polen – bis auf die Kreise Elbing, Marienburg, Marienwerder, Rosenberg und Stuhm, die als Regierungsbezirk Westpreußen der Provinz Ostpreußen angegliedert wurden. Danzig und das Umland wurde zum Freistaat Danzig erklärt und unter die Aufsicht des Völkerbundes gestellt.

Grüße und gute Wünsche wurden den Mitgliedern übermittelt, die nicht mehr teilnehmen können.

Gisela Brauer

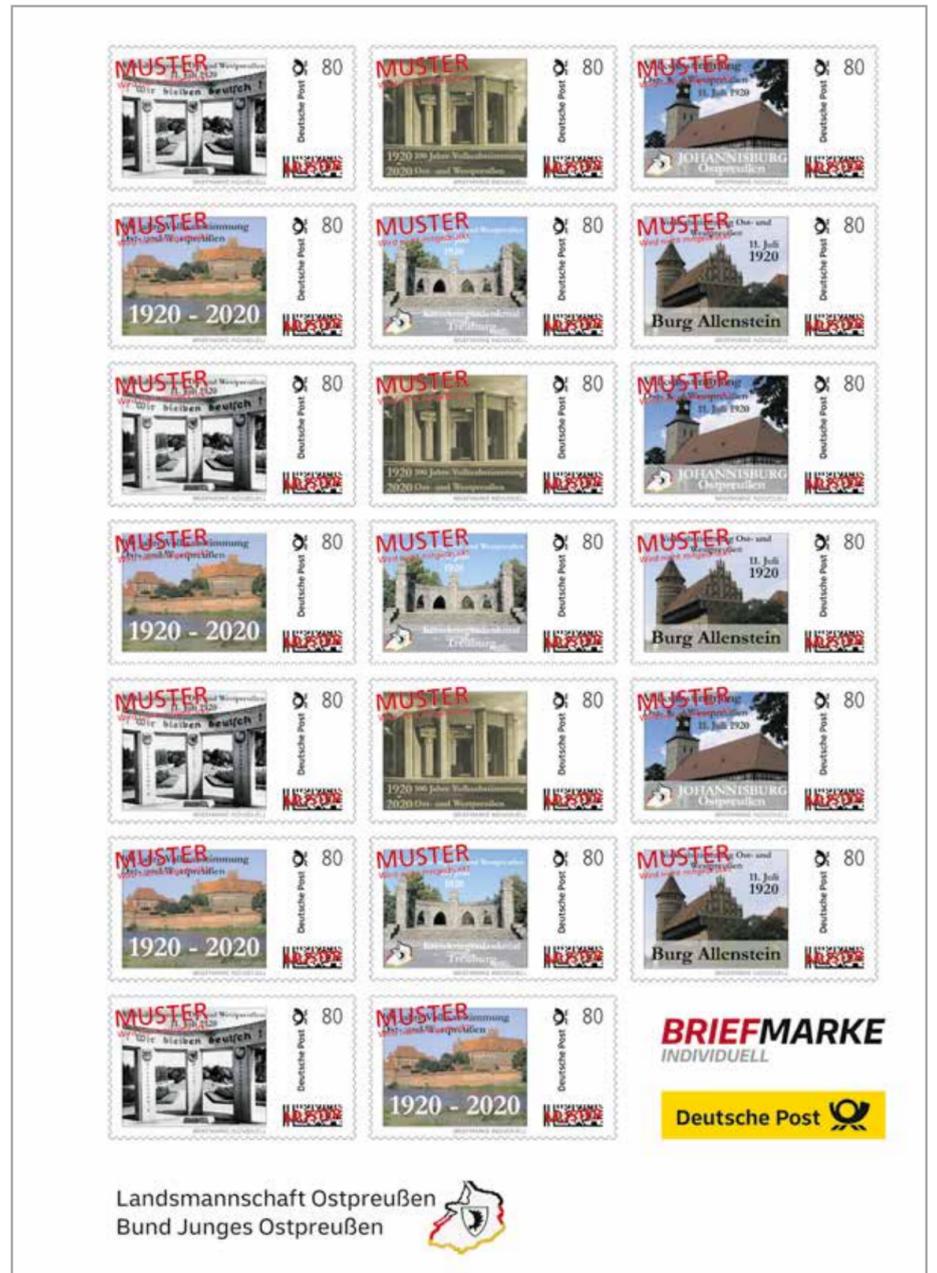
Dittchenbühne: „Kopernikus“ steht noch in den Sternen

Elmshorn - Über den Premieren-Tag und die Aufführungstermine von „Kopernikus“, dem neuen Stück des Elmshorner „Forum Baltikum - Dittchenbühne“, können aufgrund der Corona-Pandemie und der Bestimmungen zur Eindämmung des Virus noch keinerlei Angaben gemacht werden. „Kopernikus“, so Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt, „steht leider noch in den Sternen!“

Ursprünglich sollte das Stück über den Gelehrten Nikolaus Kopernikus, der im 16. Jahrhundert in seinen Lehren die Sonne in den Mittelpunkt des Planetensystems rückte und so zum Begründer des heliozentrischen Weltbilds wurde, Ende August Premiere an der Dittchenbühne feiern. Die Corona-Bestimmungen machen diese Planung allerdings hinfällig. Raimar Neufeldt: „Aufgrund der Abstandsgebote dürften wir gerade einmal 23 Zuschauer in den Theatersaal lassen.“ Neufeldt weiter: „Wir können noch keine neuen Termine nennen. Wahrscheinlich werden wir das Stück erst im kommenden Jahr spielen!“

Mölln - Auf Initiative des 1. Vorsitzenden der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen Mölln, Klaus Kuhr, wurde unser Denkmal der Heimatvertriebenen der Feldbäckerei in Mölln überholt.

PAZ
wirkt!



Besonderes Gedenken an einen besonderen Schicksalstag Muster des Bogens mit 20 Briefmarken der Deutschen Post zum Thema „100 Jahre Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen“ mit sechs verschiedenen Motiven aus Ostpreußen
Foto: Bund Junges Ostpreußen

Grund ist der 70. Jahrestag der Verkündung der „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ am 5. August 1950 mit dem Verzicht auf Rache und Vergeltung, der Forderung eines geeinten Europas und dem Recht auf Heimat.

Beteiligt von der Vereinigten Landsmannschaft im Herzogtum Lauenburg waren der Bauunternehmer Günter Studt, der 2. Vorsitzende Bruno Schumacher, die Kassenwartin Birgitt Schumacher und Traudel String, deren Vater damals das Denkmal mit dem Bürgermeister Herr Frank eingeweiht hatte.

Folgende Wappen sind auf dem Dekmal zu sehen: Baltenland, Ostpreußen, Danzig, Pommern, Westpreußen, Schlesien und Sudetenland. Darunter steht: „Heimat wir rufen dich.“



Vorsitzender: Tobias Link
Gst.: Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Mail: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de

Der Entwurf der Briefmarkenbögen, welche anlässlich des 100-jährigen Jubiläums der Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen angeregt wurden, ist nun fertiggestellt.

Der Anstoß kam von Herrn Wilhelm Kreuzer, dem ehemaligen Vorsitzenden der LO NRW. Der BJO übernahm den Gedanken und

setzte in einer Arbeitsgruppe das Projekt um. Heraus kamen sechs eigens gestaltete Briefmarkenmotive, die zum Andenken und Erinnern an das historische Ereignis deutscher Geschichte angefertigt wurden.

Die Preise der Bögen werden im Laufe der kommenden zwei Wochen noch festgelegt, da diese abhängig von der Auflage sind.

Bei Interesse melden Sie sich bitte per E-Mail unter: harder@junge-ostpreussen.de



Ostpreussisches Landesmuseum

Wiedereröffnung des Ostpreussischen Landesmuseums mit Deutsch-baltischer Abteilung in Lüneburg

Haben auch Sie Besuche, Feiern oder Kulturangebote wie einen Theater- oder Museumsbesuch vermisst? Für Letzteren gibt es nun wieder eine wunderbare Gelegenheit: Wir freuen uns, unsere Türen wieder für Sie öffnen zu können.

Von Dienstag bis Sonntag heißen wir Sie von 10 bis 18 Uhr willkommen und hoffen, vielen Menschen mit der Auseinandersetzung von Kunst, Kultur und Geschichte ein Stück weit Halt und Inspiration zu geben. Auch das MuseumsCafé Bernstein ist unter strengen Auflagen wieder geöffnet. Wir freuen uns, Sie auch dort begrüßen zu dürfen.

Für Ihre und unsere Sicherheit haben wir verschiedene Maßnahmen in Abstimmung mit den behördlichen Auflagen getroffen:

- In allen Bereichen des Museums gilt die Abstandsregel von 1,5 Metern für alle Personen, die nicht in einem Hausstand leben.
- Besucherinnen und Besucher sind verpflichtet, einen Mund-Nase-Schutz zu tragen.
- Wir stellen Desinfektionsmittel bereit; waschen Sie sich dennoch bitte regelmäßig die Hände, vermeiden Sie Körperkontakt/Händeschütteln und niesen Sie ggf. in die Armbeuge oder in ein Taschentuch.
- Nicht alle Medien- und Mitmachstationen werden aufgrund unserer Hygienestrategie zur Verfügung stehen, wir bitten um Verständnis.
- Falls Sie sich krank fühlen: Bleiben Sie bitte zu Hause. Wir empfangen Sie gern jederzeit wieder, sobald Sie genesen sind.

Kontakt:
Heiligengeiststraße 38
21335 Lüneburg
Tel.: 04131 759950
info@ol-ig.de
www.ostpreussisches-landesmuseum.de

Heimatkreisgemeinschaften

Jahrestreffen unbedingt stattfinden zu lassen. Alle Vorbereitungen waren abgeschlossen: Das Programm stand, die Räumlichkeiten waren angemietet, die Hotelzimmer für unsere Gäste aus Ostpreußen waren reserviert.

Doch nun mussten wir uns angesichts steigender Infektionszahlen nochmals gründlich mit Medizinern beraten, die auf dem Gebiet der Epidemiologie ausgewiesene Experten sind. Deren eindeutiges Votum lautete, dass unter den gegebenen Umständen die Durchführung des Jahrestreffens nicht verantwortbar wäre. Deshalb sage ich hiermit – schweren Herzens – unser Jahrestreffen 2020 ab.

Auch wenn diese Nachricht vielleicht nicht überraschend kommt, so ist sie doch traurig. Denn unsere Treffen sind für viele von Ihnen die einzige Möglichkeit, lieb gewonnene Menschen aus der Kindheit, Schicksalsgefährten, wiederzusehen und sich mit Ihnen zusammen an die gemeinsame Heimat zu erinnern. Aus diesem Grund sind gerade für diejenigen, die in ihrem persönlichen Umfeld niemanden mehr haben, mit dem sie sich erinnern können, unsere Treffen so wichtig.

Die Absage unseres Jahrestreffens tut mir auch so leid für unsere Gäste aus Ostpreußen, besonders für die zwei fünfzehnjährigen Mädchen aus Hohenstein, die wir mit unserer Einladung nach Lüneburg für ausgezeichnete Deutschkenntnisse belohnen wollten. Auch ist es schmerzlich, dass Sie, liebe Landsleute, nun nicht den Festvortrag von Henriette Piper über ihr wunderbares Buch, das sie über das Leben ihres Großvaters geschrieben hat („Der letzte Pfarrer von Königsberg“), hören werden. Doch Frau Piper hat uns – worüber ich mich sehr freue – fest zugesagt, dass sie ihren Vortrag auf dem Jahrestreffen 2021 nachholen wird.

Natürlich stelle ich mir auch voller Sorge die Frage, was das Virus aus unserer Gemeinschaft

machen wird. Wie wird es sich auswirken, wenn unsere Mitglieder im Jahr 2020 auf keinem einzigen Treffen zusammenkommen können? Werden die fehlenden Begegnungen dazu führen, dass wir uns fremd werden, dass dadurch die Kreisgemeinschaft ihren inneren Zusammenhalt verlieren und schließlich auseinanderbrechen wird?

Nein! Ganz sicher nicht! Wir haben schon viel überstanden. Wir werden auch das miteinander überstehen! Wir Ostpreußen lassen uns nicht von einem Virus unterkriegen. Denn wir sind aus ganz besonderem Schrot und Korn und das, was uns verbindet, ist mehr als irgendein verzichtbares Hobby. Es ist das gemeinsame Schicksal. Es ist – Ostpreußen!

Ich grüße Sie in heimatlicher Verbundenheit
Ihr

Burghard Gieseler



Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799.

Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, Internet: www.kreisgemeinschaftsensburg.de

Bruderhilfe unter ungewöhnlichen Umständen

In diesem Jahr war alles anders, als wir das aus früheren Jahren kannten. Die Anspannung begann bereits bei der Vorbereitung. Unsere bisherigen Termine für die Auszahlung der Bruderhilfe lagen stets in der ersten Junihälfte eines jeden Jahres. Warum also sollten wir den Zeitpunkt ändern? Der Termin stand fest. Doch dann kamen unerwartet die Meldungen

über die Ausbreitung der Coronapandemie. Alle Überlegungen, die unser Team anstellte, waren gleich Null.

Es gab keine Option, die uns einer Lösung nahe brachte. Die Grenze, die gen Heimat zu überqueren ist, kannte seit vielen Jahren keinen einschränkenden Charakter mehr. Und plötzlich war sie geschlossen. Ratlosigkeit machte sich breit. In der sich über Wochen ausbreitenden Ungewissheit erahnte man nach und nach einen Hoffnungsschimmer, der endlich die Wende brachte. Der Weg für eine Reise war frei. Es folgten keine langen Diskussionen. Obwohl die Sekretärin der Geschäftsstelle unserer Kreisgemeinschaft krankheitshalber ihren Dienst über einen längeren Zeitraum nicht ausüben konnte, wurden die Anschreiben an die Empfänger der Bruderhilfe anderweitig gefertigt und per Post verschickt. Zuvor waren die Termine mit den Auszahlungsstellen vereinbart worden.

Natürlich war uns bewusst: Die Pandemie, vor deren Virus es gilt, sich zu schützen, wo Menschen sich nahe kommen, ist auch in Sensburg präsent. Die Einhaltung der Vorsichtsmaßnahmen wurde stets telefonisch im Einzelnen besprochen. Aber auch die Überlegung, die Auszahlung doch noch abzusagen, war weiterhin ein Thema. Bedingt durch verschiedene Hindernisse hatte Gerhard Zielinski, Mitglied des Kreis Ausschusses, der stets bei den Auszahlungen dabei war, diesmal kurzfristig eine Absage erteilen müssen. Der Reisettermin nahte heran, und es musste eine Entscheidung getroffen werden. Schließlich machte sich der Heimatbeauftragte, Manfred Buchholz, allein auf den Weg nach Sensburg, wo er sein Quartier im „Hotel Huszcza“ bezog.

Zur selben Zeit hielt sich der Landsmann Arno Kowalewski, aus ehemals Langwiesen/Kreis Lötzen, besuchshalber in der „Pensi-

on Christel“ in Zondern auf. Durch seine unzähligen Fahrten nach Sensburg und Umgebung kennt er sehr viele der dort verbliebenen Deutschstämmigen. Ohne groß zu überlegen, sprang er sofort helfend ein und war an allen Orten bei der Auszahlung dabei. Seine Aufgabe bestand darin, die Leute zu empfangen und für eine gewisse Ordnung zu sorgen, vor allem, dass die Regeln betreffs der Corona-Pandemie an Ort und Stelle eingehalten wurden.

In Sensburg erwarteten wir unsere Landsleute aus der Stadt Sensburg, aus Sensburg Land und von den Regionen Seehesten und Weißenburg an zwei aufeinanderfolgenden Tagen in dem ihnen vertrauten „Hotel Huszcza“. Im großen Speiseraum, der uns von der Hotelleitung freundlicherweise zur Verfügung stand, war es kein Problem, den gebotenen Abstand zu halten. Aber auch diese Distanz wirkte sich für Gespräche immer noch recht günstig aus. Der Ablauf der Auszahlung war nicht völlig frei von Zwischenfällen, verlief jedoch bedeutend stressfreier, als wir dies zuvor erwarteten.

In Nikolaiken hatten wir Zutritt zum Pfarrgelände, wo wir in der Nähe des Sees in einem überdachten Unterstand die Auszahlungen verrichten konnten. Pfarrer Juroszek bemühte sich, uns hilfreich zur Seite zu stehen. Ähnliche Verhältnisse bot uns das Pfarramt Sorquitten. Bei herrlichem Sonnenschein fand die Begegnung mit „meinen Sorquitter Landsleuten“ auf dem Pfarrhof statt. An einem langen rustikalen Holztisch spielten sich die Gespräche und die Überreichung des Geldes ab. Günstig wirkte sich aus, dass einige der Truppe gleich zu Beginn anwesend waren, was die Unterhaltung recht lebendig machte.

Insgesamt war es möglich, die Bruderhilfe an allen Stellen an die fast hundertprozentig Erschienenen weiterzugeben. Wer aus Altersgründen oder sonstigen Belangen persönlich nicht anwesend



Auszahlung der Bruderhilfe Sorquitten: Arno Kowalewski (2.v.r.) gibt Hinweise zur Auszahlung der Bruderhilfe
Foto: Privat

sein konnte, für den erschien eine vertraute Person, versehen mit einer Vollmacht, die im Anschreiben als Formular zugegangen war.

An allen Auszahlungsorten ist die „Bruderhilfe“ dankbar angenommen worden. Den Betrag, der für 2020 von der Landsmannschaft Ostpreußen für diese Aktion zur Verfügung stand, hat die Kreisgemeinschaft Sensburg um drei Viertel aus eigenen Mitteln aufstocken können. Es war der höchste Betrag, der jemals bei der „Bruderhilfe“ an unsere Landsleute im Kreis Sensburg ausgezahlt wurde. Diese Maßnahme begrüßten unsere sich zum Deutschstum bekennenden Landsleute, gerade in Corona-Zeiten, ganz besonders wohlwollend. Dass wir ein wenig großzügiger verfahren konnten,

verdanken wir vielen unserer Sensburger, die mit ihren Spenden dazu beigetragen haben. Gleichzeitig setzten sie damit ein Zeichen, dass die Heimat und die in ihr verbliebenen Ostpreußen nicht vergessen sind.

Manfred Buchholz

Hinweis

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb bitte jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben.

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen.

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:

Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

AZ-03-R



Abonnieren Sie die PAZ und sichern Sie sich Ihre Prämie

Unser
ostpreußisches
Schlemmerpaket



Lassen Sie sich in die guten alten Zeiten entführen und genießen Sie unser speziell für Sie angefertigtes Präsent. Verwöhnen Sie Ihre Familie und Freunde mit den traditionsreichen ostpreußischen Speisen aus unserem hochwertigen Kochbuch und bieten Sie Ihnen dazu den typisch ostpreußischen Honiglikör Bärenjäger an. Natürlich fehlt in diesem Schlemmerpaket auch das Königsberger Marzipan nicht.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

VIKTOR RJABININ

„Ich bin, meine Stadt, dein treuer Sohn geworden“

Erinnerung an einen russischen Maler und Sammler, der sich der deutschen Kultur verbunden fühlte

VON EVGENY DVORETSKI

Viktor Rjabinin, auch bekannt als „Viktor Königsberg“, ist ein Königsberger Landsmann. Er hatte allen Grund, sich so zu nennen, verbrachte er doch seine Kindheit zwischen den Ruinen einer halb zerstörten Stadt. Die Gewohnheit, zwischen den Ziegelresten etwas Metall, Glas, Holz oder welche Materialien auch immer zu finden, lockt ihn, Häuser auf der Suche nach „faschistischen“ Titeln von Büchern zu durchstöbern. Als er sie las, stellte sich heraus, dass es sich um Ausgaben aus dem 19. Jahrhundert mit dem Stempel der Albertina-Bibliothek handelte. So entstand Rjabinins Interesse an der deutschen Kultur. Er wuchs in dem Bewusstsein einer Verwandtschaft auf – natürlich nicht durch Blut, sondern durch sein Heimatland, in dem er geboren wurde. Als er heranwuchs, erkannte er die Harmonie der Adjektive „russisch“ und „preußisch“. Er lächelte – wie auch sonst in Königsberg [Kaliningrad], wo die Namen mit klingenden Konsonanten in „Stadt“ und „Grad“, den Hauptteilen der beiden Namen ein und derselben Stadt, mitschwingen.

Unsere Väter und Mütter erzählten uns fast nichts über den Krieg. Im Laufe der Jahre begannen wir zu verstehen, warum: Die Seele lügt nicht über das Schmutzige, über das wir nicht laut sprechen wollen. Vielleicht ist es auch zu persönlich, etwas, was sie ihrem Sohn nicht sagen wollten. Mein Vater war bei der Eroberung von Königsberg in jenem April verwundet worden. Die Mutter meiner zukünftigen Frau ebenso wie Viktors Mutter war zur Arbeit nach Deutschland gebracht worden.

Die Zeit heilt wirklich alle Wunden: Die Eltern bleiben eben Eltern, aber Viktor und ich lesen und sprechen Deutsch, wir sind mit Dietmar und Horst befreundet, die sich freuen, uns bei sich zu Hause zu sehen, und auch wir haben unseren



Ausstellung im Königsberger Gebietsarchiv 2012: Viktor Rjabinin im Gespräch mit einem Teilnehmer des Deutsch-Russischen Forums der Landsmannschaft Ostpreußen
Fotos: MRK/E.D.

deutschen Landsleuten immer wieder die Türen geöffnet.

Landsmann ist ein warmes und unmissverständliches Wort. Ich schreibe in der Gegenwart – was auch sonst, es geht um uns beide. Wenn man über den vor einem Jahr verstorbenen Rjabinin spricht, geht das nicht, ohne Leute aus seinem Umfeld zu nennen. Für mich ist das zuerst Sem Simkin, ein Dichter und Künstlerfreund. Sie waren ein organisches Tandem bei der Erstellung der Anthologie „Du bist mein einziges Licht“: Der Pinsel ergänzte den Stift. Oder umgekehrt. Beide, Rjabinin und Simkin, waren Kinder derselben Stadt, die ihre Kunst mit demselben einzigen Anziehungslicht ihres

Heimatlandes beleuchteten. „Ich bin, meine Stadt, dein treuer Sohn geworden ...“ Viktor hinterließ eine Menge lyrischer Werke, die die Zeichnungen mit Linien ergänzen, auf Russisch, auf Deutsch – das Bild sagte dem Autor, was besser ist. „Irgendwie passierte es von selbst, dass ich unter den Zeichnungen anfang, meine eigenen Notizen zu machen, Auszüge aus Gedichten, die unmerklich in die Tagebücher übergangen, die ich seit fast 40 Jahren führe.“ Sie heißen „Tagebücher in Bildern“.

Was sagen die Menschen, die in der Region Königsberg geboren wurden und die sich in unseren friedlichen Tagen mit ihm angefreundet haben, über Viktor? Dietmar Wrage, aus Bargtheide bei Hamburg:

„Mehr als 50 Mal bin ich in den vergangenen Jahren in die Region gereist, und in den ersten Tagen wartete ich auf einen Mann, den ich meinen jüngeren Bruder nannte – nun, mit Humor hatte Viktor keine Probleme. Im Allgemeinen hatte er meiner Meinung nach keine Probleme – wir unterhielten uns ganz offen, viele Stunden im selben Auto oder beim Bier in meinem Garten. Er sprach über seine Mutter aus der Ukraine, über die jugendhaften Abenteuer der Nachkriegszeit in den Untergründen der Stadt. Er konnte es ernst meinen und gleichzeitig lächeln. Und der erste Eindruck, dass ich mich in einer Ecke meiner Kindheit befand, als ich ihn in seiner Werkstatt traf, war immer noch ge-

genwärtig: Ich hatte keine Ahnung, dass so viele Dinge aus dem alten Königsberg an einem Ort gesammelt werden konnten. Ich war gekommen, um mich mit einer Stimmung vertraut zu machen, und fand einen Freund.“

Horst Dietrich aus Wiesbaden: „Ich erinnere mich an ihn wegen seiner Herzlichkeit und Großzügigkeit, wegen seiner russischen Gastfreundschaft. Wir trafen uns 1991, und in 30 Jahren haben wir uns viele Male in seinem Atelier in Königsberg getroffen, auch meine Mutter kam, sie war 90, ins Kinderdorf Salem in Lublino, zu mir nach Hause und zu Veranstaltungen in Deutschland – zu Ehren von Agnes Miegel und Ernst Wiechert, bei Treffen der Landsmannschaft. Ich war erstaunt und froh, dass der Künstler einfach so gut Deutsch spricht, sogar Übersetzer war, deutsche Poesie und Geschichte so gut kennt. Ich behalte seine freundlichen Gaben – Gemälde mit Blick auf die Heimat in Ehren. Es war alles aufrichtig, einfach. Heutzutage trifft man solche Leute seltener.“

Als Viktor wieder einmal aus der Stadt am Pregel in unsere Stadt an der Elbe kam, kamen er und Ditmar bei mir vorbei. Dietmar wurde übrigens im Dorf Pobethen [Romanowo] in der Nähe von Cranz geboren und lebte die ersten acht Jahre dort.

Und was hat Viktor mir plötzlich übergeben? Es war das Gemälde Winter in Pobethen, nachdem es auf der Rückseite signiert worden war, ein weiteres Werk, eine Probe der Kalligraphie. „Winter in Pobethen“ zeigt eine verlassene nächtliche Straße, die nur von buntem Schnee beleuchtet wird.

● **Evgeny Dvoretzki** ist leidenschaftlicher Postkartensammler und Autor des Buchs „Pobethen in alten Ansichtskarten 1258–2013“. Sein neuestes Buch „Samland, Cranz und Kurische Nehrung in alten Ansichtskarten“ ist derzeit auf Russisch und Litauisch erhältlich.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

30 Jahre Provinzialität

Die breite Palette deutschsprachiger Printmedien in der Republik Polen existiert ohne einen echten Leuchtturm

Die Internationale Medienhilfe (IMH) aus Berlin hat jüngst darauf hingewiesen, dass sich in diesem Jahr der Beginn der Herausgabe der ersten freien Zeitung der Deutschen Minderheit in der Republik Polen zum 30. Mal jährt. Das unabhängige Netzwerk ist in seiner Unterstützung deutscher Auslandsmedien jedoch dadurch benachteiligt, dass die lukrativen Aufträge für die regierungsamtliche bundesdeutsche Kulturarbeit im Ausland geradezu gewohnheitsmäßig stets an das Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) in Stuttgart vergeben werden.

Nachdem Mitte der 80er Jahre noch im Untergrund erste Bemühungen gescheitert waren, eine Zeitung für die Deutschen in der Republik Polen zu begründen, ermöglichte die gemeinsame deutsch-polnische Erklärung vom 14. November 1989 zumindest erst einmal den Bezug deutscher Presseerzeugnisse durch Angehörige der deutschen Volksgruppe. Der Nachbarschaftsvertrag vom 17. Juni 1991 garantierte zudem den gleichberechtigten Zugang zu Funk und Fernsehen. Die nun mögliche Nachfrage nach deutschsprachigen Presseerzeugnissen östlich von Oder und Neisse konnten aufgrund der Ballung der Deutschen am

Oberlauf der Oder zunächst die von der Landsmannschaft Schlesien herausgegebenen „Schlesischen Nachrichten“ bedienen. Als erste zweisprachige Zweiwöchenschrift in den polnischen Vertreibungsgebieten folgten die „Oberschlesischen Nachrichten“ („ON“) als bescheidene Beilage des gewendeten einstigen Staatsorgans in der Woiwodschaft Oppeln, der „Trybuna Opolska“, am 20. April 1990. Der groteske Vorwurf polnischer Nationalisten, die Ersterscheinung an Adolf Hitlers Geburtstag sei kein Zufall gewesen, wurde noch nach Jahren seitens polnischer Nationalisten kolportiert. Der Umstand, dass die Beilage quasi unter Kontrolle der Nomenklatura lanciert wurde, belegt die Bemühungen der Staatsmacht, die nun anerkannte Minderheit in Abhängigkeit zu halten.

Kritik polnischer Nationalisten

Im April 1991 erschien der Titel dann im Schoße der Organisation der Deutschen Minderheit umbenannt als „Oberschlesische Zeitung“ („OZ“). Seit Februar 1995 lautete der Name „Schlesisches Wochenblatt“, was später zu „Wochenblatt.pl“ verkürzt wurde. Während damit auch Minderheitsverbände in Ost- und West-



Nur noch eine Abteilung innerhalb der Deutschen Minderheit in Oppeln: Das „Wochenblatt.pl“
Foto: Pander

preußen und Diasporagruppen im ganzen Land verstärkt mitgenommen werden sollten, hat sich bis heute die erdrückende Dominanz der Westoberschlesier in den Medienstrukturen der registrierten deut-

lichen Volksgruppe gehalten, denn schon der ostoberschlesische Verband der Woiwodschaft Schlesien mit Großstädten wie Kattowitz, Beuthen oder Gleiwitz, der seinen Sitz in Ratibor hat, spielt in der Berichterstattung traditionell eine gegenüber Oppeln untergeordnete Rolle. Geblieben ist auch die Abhängigkeit vom Tropf bundesdeutscher Förderung, die über das ifa läuft und somit eine latente Kontrolle garantiert.

Wohl auch vor diesen Hintergründen hat die Internationale Medienhilfe in den letzten Jahrzehnten eher versucht, mit Unterstützungsarbeit außerhalb von Oppeln anzudocken. In der ehemaligen Kattowitzer Woiwodschaft erschien 1992/93, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Versöhnung und Zukunft, die Beilage „Auf schlesischer Erde/Na slaskiej ziemi“ innerhalb der Zeitung „Zycie Katowic“ – quasi eine Übertragung der Oppelner Nischenidee auf die örtlichen Verhältnisse. Bedingt durch die zentrale bundesdeutsche Unterstützung des „Wochenblatts“ aus Oppeln blieb aber auch das Kattowitzer Nachfolgeblatt „Hoffnung“ am Rande der Aufmerksamkeit und existiert wie andere Blätter als quasi nur sehr regionales oder gar lokales Angebot.

Andere, teils am Fördertopf hängende Publikationen, bedienen Sonderinteressen, wobei die bundesdeutsche Seite gerne Jugendmagazine unterstützt. Die Folge sind dabei oft über entsandte bundesdeut-

Geblieben ist auch die Abhängigkeit vom Tropf bundesdeutscher Förderung

sche Unterstützer Berichterstattungen über Minderheiten bundesdeutschen Verständnisses, so etwa Rapper, die sich gegen Rassismus in Berlin wehren. Tragisch ist bis heute, dass auch 30 Jahre nach der „Wende“ bislang kein großes deutsches Periodikum existiert, das zum Beispiel unter zugewanderten Deutschen gelesen wird und nicht im Sud der Minderheit schmort. Somit muss man leider auch 30 Jahre Provinzialität feiern.
Edmund Pander

UNTERWEGS

Eine Reise nach Hinterpommern

2. Teil: Falkenburg, Tempelburg, Pyritz und Stargard

VON BRIGITTE KLESCZEWSKI

Nach Falkenburg [Zlocieniec] und Tempelburg [Czaplinek] ging es hin per Bus und zurück mit der Bahn nach Dramburg. Falkenburg liegt am Zusammenfluss der Drage mit der Vansow. Eine große Enttäuschung war für mich, dass das Schloss nach dem Krieg dem Boden gleichgemacht worden war. Man weist mit Tafeln heute auf „archäologische“ Reste hin. 1940 habe ich das Schloss noch als Residenz der Familie von Griesheim gesehen. Der weitläufige Park an der Drage wurde Anfang des 18. Jahrhunderts ursprünglich als Schlossgarten angelegt. Zur Drage führt die berühmte, historische Hainbuchenallee. Die Äste der Bäume sind hier tunnelartig zusammengewachsen.

Wir erlebten an der Marienkirche aus dem 15. Jahrhundert, die 1879 einen neugotischen Turm erhielt, eine sehr streng durch den Kaplan durchgeführte Generalprobe zur Erstkommunion und kamen dadurch in die Kirche mit ihrer besonderen Facettendecke. Neben der Kirche steht das Rathaus, das seit über 200 Jahren Sitz der Stadtverwaltung ist.

In der Nähe von Falkenburg liegt die Ordensburg Crössinsee, die ich 1940 noch als „Napola“ (Nationalpolitische Erziehungsanstalt) einmal gesehen hatte. Diese in der Hitlerzeit erbaute „Festung“ wurde in den 1950er Jahren an die polnische Armee übergeben.

Ein Ort von Templern gegründet

Tempelburg liegt zwischen dem Dratzig- und Zeppelinsee. Der Ort wurde 1286 von den Templern gegründet, gehörte ab 1345 den Johannitern, kam nach dem 30jährigen Krieg zu Brandenburg und wurde nach einem Brand von Friedrich II. wieder aufgebaut. Die Heilig-Kreuz-Kirche, früher Elisabeth Kirche am Markt, stammt aus der Zeit Friedrichs IV. und ist von Karl-Friedrich Schinkel entworfen worden. Ihr Grundriss bildet ein griechisches Kreuz. Die Kirche zeichnet sich durch eine gute Akustik aus und besitzt eine Grüneberg Orgel aus dem Jahr 1862, von der Grüneberg Orgelbau Anstalt Stettin, die sich später in Stettin-Finkenwalde befand. Die kleine Dreifaltigkeitskirche, aus Feldsteinen erbaut, mit einem nebenstehenden Glockenstuhl stammt aus dem 15. Jahrhundert. Sie steht auf einem Hügel. Die Inneneinrichtung ist prächtig. Der barocke Altar mit reichhaltigen Verzierungen wird von einem durch Säulen gestützten Baldachin überdacht.

Der Bahnhof von Tempelburg liegt etwa drei Kilometer vom Stadtzentrum entfernt. In der Stadtinformation erfuhren wir, dass es keine Taxen im Ort gäbe. Der lange und etwas öde Weg blieb uns aber erspart, weil uns eine hilfsbereite Einwohnerin mit ihrem Auto zum Bahnhof fuhr. Zum Abschied überreichte uns die Hotelbesitzerin des Hotels Artemis in Dramburg zwei Gläser selbstgekochte Marmelade, weil wir wohl so unkomplizierte Gäste gewesen waren und uns über den spärlichen Hotelservice nicht beklagten hätten.

Stargard

Ganz anders dagegen war der Empfang im Hotel Spichlerz in Stargard. Der Wirt des Hotels wies uns hier ein. Am ersten Tag wanderte ich mit meinem Mann meinen alten Schulweg vom Bahnhof durch den Goethepark zur Königin-Luise-Oberschule ab, in der ich von 1943-1945 als Gastschülerin aus Stettin angemeldet war. Meine Zwillingbrüder besuchten hier das ehrwürdige Peter-Gröning-Gym-



Ein Kleinod: Die Dreifaltigkeitskirche in Tempelburg, im 14. Jahrhundert erbaut



Pyritz: Turm im Mauerring



Stargard: das älteste Haus



Schloss Pansin, erbaut 1253

Alle Fotos: Brigitte Kleszczewski

nasium. Der im Juni verstorbene Schauspieler Claus Biederstaedt war ebenfalls Schüler dieses Gymnasiums gewesen. Sein Vater war bis zu seiner Einberufung zum Militär an der Königin-Luise Oberschule Studienrat für Musik gewesen. Wir besuchten unterhalb des Pyritzer Torres das im Blockhausturm neuerstandene historische Museum und statteten zum Abschluss der Heiliggeistkirche einen Besuch ab.

Die Innenstadt betraten wir vom Johannistor an der Nordwestecke der Stadt aus. Vom Doppeltor ist heute nur noch das Vortor als 40 Meter breite Durchfahrt erhalten. Wir entdeckten in der Johanniskirche einen Taufstein mit deutscher Inschrift: „Wer da glaubt und getauft wird, der wird selig“, Ev. Marci 16 V 16. Die Johanniskirche steht auf der höchsten Stelle der Stadt. Ihr Turm ist 99 m hoch. Er soll für einen Kreml-Turm in Moskau zum Vorbild genommen worden sein. Von der höchsten Stelle wanderten wir zur Ihna und zum Mühlentor, das die Ihna überspannt, als Abschluss des oberhalb liegenden Hafens der Stadt. Das ein-

zigartige Wassertor ist als Helmzier in das Stargarder Wappen aufgenommen worden. Hier am Mühlentor hatten sich die ehemaligen Karow-Mühlen angesiedelt, die auch heute noch, modernisiert von Polen, betrieben werden. Die Karow Villa ist zum Jugend-Kulturhaus geworden. Hierhin war meine Klasse, die Untertertia der Königin-Luise-Oberschule, durch die Großmutter von Jutta Karow, einer Mitschülerin, zur Weihnachtsfeier 1944 eingeladen worden.

Weiterfahrt nach Pyritz

Der Markt wird beherrscht von der Marienkirche und dem Alten Rathaus mit der Alten Wache. Hier am Markt erkundigten wir uns in der Touristeninformation nach einer Busverbindung zur Weizackerstadt Pyritz. Wir erlebten hier die einzige unfreundliche Polin auf unserer Reise. Obwohl sie nur uns zu bedienen hatte, kam auf unsere Frage nach einer Busverbindung die patzige Antwort: „Können Sie das nicht im Hotel erfragen?“ Unwillig setzte sie dann ein Kreuz für die Haltestelle in unseren Stadtplan.

Unsere Haltestelle in Pyritz war an der ehrwürdigen Mauritiuskirche. Vorsorglich hatte uns der Busfahrer drei Rückfahrmöglichkeiten aufgeschrieben. Während der Fahrt nach Pyritz sahen wir weite Felder mit Weizen und Zuckerrüben, die auch heute noch die große Fruchtbarkeit dieses Landstriches zeigen.

Pyritz hat Ende des 2. Weltkrieges schwer gelitten, war schon Mitte Februar eingeschlossen und wurde am 6. März 1945 erobert. Über diesen Kampf hat Herbert Reinecker ein Buch geschrieben. „Kinder, Mütter und ein General“ wurde in den 1950er Jahren gern gelesen. Das Buch wurde auch verfilmt. Claus Biederstaedt spielte in dem Film einen Gefreiten.

Wir umwanderten die Mauritiuskirche, kamen zum Bahner Tor und folgten dem gut erhaltenen Mauerring. Als wir beide so im Gleichschritt marschierten, sprach uns ein älterer Polen mit: „Die Preußen kommen“ an. Er betonte, dass er sich in dieser Stadt wohlfühle und sie seine Heimat geworden sei.

Deutsche Minderheit

In Stargard hatten wir uns mit dem Leiter der Deutschen Minderheit Piotr Nycz an einem Abend verabredet. Sein Arbeitsplatz ist der Kriegsgräberfriedhof in Glien [Glinna] in der Neumark. Von ihm hörten wir, dass sich die 30 Mitglieder der Deutschen Minderheit jeden Freitag treffen, das pommerische Brauchtum pflegen und gern feiern.

Am letzten Stargarder Tag besuchte uns meine Freundin Anna Bielecka. Sie wohnt jetzt in meinem Geburtsort Hökendorf bei Stettin. Ihre Mutter lebt in Stargard. Wir fuhren mit ihnen zum Madüsee. Auf dem Weg dorthin vergaßen wir nicht, am Denkmal des 15. Längenkreises am Westausgang von Stargard Fotos zu schießen. Am Madüsee erzählte ich Anna die Sage von den Maränen im Madüsee, einem Fisch, den es sonst nicht in Deutschland gegeben hatte, und der durch den Teufel hierher aus dem welschen Land gebracht worden sei, weil ein Kolbatzer Abt danach Verlangen hatte. Er ging mit dem Teufel eine Wette ein, die dieser zum Glück verlor, weil der Hahn früher als sonst den Morgen ankündigte. Aus Wut warf der Teufel die Fische in den Madüsee.

Während des Krieges gab es in den Villen des Madüsees Büros von Siemens und Halske. Die Firma hatte am 20. April 1944 ihre Büroräume in Stettin bei einem Bombenangriff verloren. Wir bewunderten im 1173 von den Zisterzienser Mönchen gegründeten Kloster im Mittelschiff die aus Backsteinen geformte Rose. Das Kloster war von großer Bedeutung für die Besiedlung des Weizackers.

Schloss Pansin

Zum Abschluss fuhren wir zum Dorf Pansin, 10 km östlich von Stargard. Das Dorf liegt im Tal am Zusammenfluss von Krampehl und der Gestohlenen Ihna. Das Schloss, heute Volkseigentum, gehörte einmal zu den schönsten Burgenbauten Pommerns. Es wird denkmalpflegerisch betreut. Ein Wächter erlaubte uns einen Rundgang. Die Burg wurde 1253 von den Tempelrittern errichtet. Weitere Besitzer waren die Johanniter, die von Güntersberg und von Borckes. Durch den 30jährigen Krieg verarmt, mussten die von Borckes den Besitz veräußern. Von 1662 – 1945 saßen die von Puttkamers in Pansin. Zum Gutsbetrieb gehörten 1002 ha Land.

Zwölf Tage waren wir im lieben Pommernland unterwegs gewesen. Die Rückreise von Stargard über Stettin, Angermünde, Berlin nach Braunschweig verlief ohne Probleme.

● NEUES AUS DANZIG



Ein altes Schachspiel kehrt heim

Das einzigartige Schachspiel, das einst in den Bernsteinwerkstätten in Danzig hergestellt wurde, kehrt dank der Finanzierung durch die Europäische Union, die Einwohner von Danzig und zahlreiche Touristen nach Danzig zurück. Ermöglicht wurde das durch den Erlös aus dem Verkauf von Eintrittskarten in den acht Danziger Museen im Jahr 2019 und dank der Finanzierung durch die Europäische Union aus dem grenzüberschreitenden Kooperationsprogramm Polen-Russland 2014-2020. Das einzigartige und vollständige 330 Jahre alte Bernstein-Schachspiel wurde im Ausland für ca. 2,4 Millionen PLN angekauft. Mehrere führende Museen haben sich ebenfalls dafür interessiert, darunter das Metropolitan Museum of Art in New York.

In Danzig war man sich indessen bewusst, dieses einzigartige Meisterwerk muss in die „Welthauptstadt des Bernsteins“ zurückkehren. Bernsteingegenstände sind empfindlich, und die Anfälligkeit für Beschädigungen steigt mit dem Alter des Gegenstands, weshalb viele Bernstein-Meisterwerke nur in Fragmenten erhalten sind, erklärt Waldemar Ossowski, Direktor des Danziger Museums. Das Schachspiel ist eines der vier erhaltenen und komplett vollständig. Nur ein erfahrener Meister konnte so ein Kunstwerk herstellen. Ähnliche, vollständige und gut erhaltene Sets befinden sich in den Sammlungen der dänischen Königsfamilie, der Eremitage in Sankt Petersburg und im Grünen Gewölbe in Dresden. Sie sind alle auf den Anfang des 18. Jahrhunderts datiert. Dieses spezielle Exponat, das das Danziger Museum ankaufen konnte, zeichnet sich durch eine höhere Handwerkskunst aus als die meisten bekannten Gegenstücke.



Foto: Bernsteinmuseum Danzig

Laut Museumsdirektor Ossowski entstand das Set in der Blütezeit des Schachs um 1690 in Danzig, höchstwahrscheinlich in der Werkstatt von Michael Redlin, einem der besten und kunstfertigsten Danziger Bernsteinkünstler seiner Zeit. Das von ihm gefertigte Schachspiel nahm den Weg von Danzig nach Amsterdam und 1758 nach Blair Castle in Schottland. Besitzer war die Familie Murray. Ab 1660 wurden die Herzöge von Atholl genannt. Bereits als die Murrays die Schachfiguren kauften, mussten sie repariert werden, was die schottische Familie anscheinend getan hat. Heute findet man Spuren des fachgerechten Klebens mit Techniken und Materialien, die im 18. Jahrhundert bekannt waren.

Ab dem 28. Juni 2021 können die Besucher das wertvolle Schachspiel und viele weitere einzigartige Bernstein-Kunstwerke im neuen Bernsteinmuseum in der Großen Mühle in Danzig besichtigen und sich daran erfreuen. gdansk.pl/BS

„Der Test-Wahnsinn geht ungebremst weiter“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

”

„Arno Surminski und vor einigen Tagen Ernst Wiechert sind zwei Schriftsteller, in deren Büchern Ostpreußen lebendig bleibt. Dazu tragen Sie mit Ihren Berichten bei“

Carl-Ulrich Griebe, Wrist
zu Literaturthemen in Nr. 33 und 34



Ausgabe Nr. 33

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

VORSCHNELLES IMPFEN

ZUM THEMA DER WOCHE: IMPFUNGEN (NR. 34)

Als langjähriger Praktiker weiß ich die Erfolge von vielen Impfstoffen sicherlich zu schätzen, soweit sie ausreichend getestet und nachvollziehbar sind. Es gibt sogenannte Lebend- und Totimpfstoffe, je nachdem bei welchem Akutgeschehen sie eingesetzt werden.

Aber bei der massiv propagierten, in Deutschland mit Staatsbeihilfen (350 Millionen Euro) und Unsummen aus der Bill & Melinda Gates Foundation gesponserter Variante ist es hier eine ganz neue, in der Humanmedizin einmalige Kombination. Diese Art der Impfstoffentwicklung ist bis heute aus ethischen Gründen nur in der Veterinärmedizin eingesetzt worden. Aber warum nur dort? Und was ist das Problem dabei?

Dazu sollte man als Nicht-Fachmann das als „Spiegel“-Bestseller auf Platz 1 stehende Sachbuch „Corona Fehlalarm? Zahlen, Daten und Hintergründe“ von Karina Reis und dem Epidemiologen Sucharit Bhakdi zur Hand nehmen. Bei diesem neuen Impfstoff werden Virusmaterial, Nukleinsäuren und so weiter in die menschliche Zelle eingeschleust, und dort kommt es zu Reaktionen, die den Menschen als Versuchskaninchen missbrauchen.

Immer mehr Menschen regen sich auf über gentechnisch veränderte Pflanzen und Tiere, hier aber ist der Geimpfte der Proband: Zirka ein Prozent wird daran sterben. Es kommt zu Krebskrankungen, Autoimmunerkrankungen, es wirkt auf die Geschlechtsorgane und bewirkt viele andere Symptome. Alle die Folgen werden erst in vielen Jahren und Jahrzehnten sichtbar, deswegen ethisch nur in der Tiermedizin bis heute eingesetzt.

Und wenn jetzt von den Zulassungsbehörden die Zeitspannen der Testung sogar noch verkürzt werden, dann sollte sich jeder kritische Mensch sehr bald seine Meinung dazu bilden, ob er es seinen jungen Menschen zumuten lässt, sich damit impfen zu lassen, mit diesen Voraus-

setzungen. Außerdem sollte man wissen, dass jede Grippe-Impfung, die jedes Jahr angeboten wird, auch nur eine Wirkung von zwölf bis 20 Prozent erzielt.

Ohne zu den sogenannten Verschwörungstheoretikern oder Corona-Leugnern zu gehören, ist es bei diesem Vorgehen lebenswichtig, sich genau mit unterschiedlichen Informationen von Fachleuten, die es zu Hunderten europaweit gibt, auseinanderzusetzen und kritisch zu hinterfragen.

Leider ist dazu aus den offiziellen Medien sehr wenig zu hören.

Dr. med. vet. Volker Daum, Bayreuth

FREIE BAHN FÜR BETRUG

GELDPOLITIK DER EZB (NR. 34)

Der Kommentar des Volkswirts Wolfgang Müller-Michaelis ist einer der besten zum Betrug der EZB-Leiter Mario Draghi (früher) und Christine Lagarde (aktuell) an deutschen Sparern, Inhabern von Lebensversicherungen, Betreibern von Stiftungen sowie Inhabern von Betriebsrenten.

Bis auf Nordrhein-Westfalen gibt es in keinem Bundesland das Pflichtfach Volkswirtschaftslehre (Wirtschaftsgymnasien und Fachoberschulen ausgenommen). Daher konnten sich gewisse Politiker auf dem Gebiet der Geld- und Währungspolitik alles erlauben. Auch die Abschaffung einer der stärksten Währungen der Welt: der deutschen Mark.

Heinz-J. Bringewatt, Bielefeld

EINEN TEST-BÄREN AUFBINDEN

ZU: POLITIKER UND MEDIEN ÜBERZIEHEN MASSLOS (NR. 34)

Nein, ein Ende der Endlos-Testerei ist nicht in Sicht, der Test-Wahnsinn geht ungebremst weiter. Getestet wird einfach jeder, der nicht bei drei auf dem Baume sitzt.

Wie sieht denn überhaupt der „Alltag“ eines „positiv getesteten“ Menschen aus? Wie lange muss ein Ertpappter in Quarantäne zubringen? Was kommt nach der

Quarantäne? Wieder ein Test, wieder Quarantäne? Wann ist der Ertpappte wieder „clean“? Ist eigentlich jeder Infizierte gleich ein schwerkranker Mensch, der dem Tode näher ist als dem Weiterleben?

Sind wir Menschen wirklich schon zu ahnungslosen Deppen der Nation geworden, die man nach Strich und Faden ver-gackeiert und denen man einen Bären nach dem andern aufbinden kann?

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

ZWIELICHTIGER NEBE

ZU: ALBRECHT VON HAGEN IM WIDERSTAND (NR. 29)

Der Autor erwähnt in seinem Beitrag als Mitwisser zum Putschversuch am 20. Juli 1944 unter anderem den Leiter der Reichskriminalpolizei. Hierbei handelt es sich um SS-Gruppenführer Arthur Nebe, höchster Kriminalbeamter im Reich. Eine äußerst undurchsichtige, zwielichtige Person.

Er „tanzte quasi auf zwei Hochzeiten“: Einerseits hatte er ständig Kontakt zu den Verschwörern, andererseits war er als Leiter der Einsatzgruppe B in Russland für dort begangene Kriegsverbrechen verantwortlich. So 1941, wo 45.000 Zivilisten, vornehmlich Juden, erschossen worden sind. Die Verschwörer hatten davon Kenntnis, nahmen aber zunächst an, dass es sich hierbei um Leute handeln würde, die im ständigen Krieg mit den Partisanen umkamen. Stauffenberg hielt sich Nebe gegenüber auf Distanz.

Was erhofften sich die Männer des 20. Juli von einer Zusammenarbeit mit Nebe? Man ging davon aus, dass nach dem Tode Hitlers Nebe kraft seines Amtes die Möglichkeit hatte, die ihm im Reich unterstellte Polizei im Sinne der Verschwörer einzusetzen. Es war absolut wichtig, die wichtigsten Machtzentralen im NS-Staat durch Polizeieinsatz auszuschalten. Eine Rechnung mit vielen Unbekannten.

Nebe stieß schon früh zu den Verschwörern, wissend, dass der Krieg verloren war. Hoffte er, trotz der zu verantworteten Kriegsverbrechen seine Haut zu

retten? Nebe konnte zunächst untertauchen, wurde aber im März 1945 von der Gestapo aufgespürt und hingerichtet.

Bernd Dauskaradt, Hollenstedt

ERINNERUNG AN NEUSTETTIN

ZU: EINE REISE NACH HINTERPOMMERN (NR. 34)

Der Artikel rief eine frühere Kindheitserinnerung in mir wach. Nach dem ersten verheerenden Bombenangriff 1943 reiste meine Familie mit mir zu Verwandten nach Neustettin, kurz bevor das Haus in Hamburg durch Bomben zerstört wurde, wie wir hinterher erfahren mussten. Ich kann mich noch gut an Neustettin und an den schönen Streitzig-See erinnern, zudem auch noch einige persönliche Fotos von Neustettin existieren. Wir wohnten in der Lohmühlenstraße, dort wo eine Schmiede bestand, im Eigentum meiner Verwandten. Auf dem Foto bin ich mit meiner jüngeren Schwester zu sehen. Ich selbst bin nun schon fast 85 Jahre alt.

Peter Hollbach, Griesheim

ENDE EINES FLUGPIONIERERS

ZUM LESERBRIEF: VERGESSENE PERSÖNLICHKEIT (NR. 34)

Im August 1945 wurde Flugpionier Hans Grade im Bürgermeisteramt des märkischen Städtchens Borkheide, also der Stätte seiner zahlreichen großen Erfolge, erklärt, dass er nun unerwünscht wäre. Dem folgte ein langes, ihn zermürbendes Ringen um die Wiedereinsetzung in seine betrieblichen und privaten Rechte.

Er war zwar im Recht, aber er bekam es nicht. Weil dieser ungleiche Kampf gegen die Rechtsbrecher vergeblich schien, verschlechterte sich seine Gesundheit spürbar, obwohl er weiterhin voller Hoffnung war. Er starb den Erschöpfungstod und, wie seine Nichte, die Schauspielerin Brigitte Grothum sagt, „an gebrochenem Herzen über sein zerstörtes Lebenswerk. Und an Hunger“.

Detlef Schwenkler, Hamburg

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Depression • Pleitewelle Währungsreform • Lastenausgleich

Was Sie jetzt tun müssen, um morgen
nicht zu den Krisenverlierern zu gehören

Mit genauer Prognose,
wann der finale Crash
eintreten wird!

■ Millionen von Menschen werden in den nächsten Monaten und Jahren ihre gesamten Ersparnisse verlieren. Wir stehen unmittelbar vor dem größten Wirtschafts- und Finanz-Crash, den die Welt je gesehen hat.

Zwar haben viele Anleger die Gefahr erkannt und die Empfehlungen von Crash-Beratern umgesetzt. Doch auch sie werden einen Großteil ihrer Ersparnisse verlieren. Denn die Empfehlungen der meisten Anlageberater basieren auf zwei Kardinalfehlern: Die Experten gehen zum einen davon aus, dass der kommende Absturz nur von kurzer Dauer sein wird, dass sich Verluste »aussitzen« lassen. Zum anderen leiten sie ihre Absicherungsmaßnahmen aus der Preisentwicklung verschiedener Anlageklassen in der aktuellen Hochkonjunktur ab: Sie ignorieren jedoch deren Entwicklung speziell in Krisenzeiten.

**Bereiten Sie sich jetzt richtig auf Crash,
Währungsreform und Lastenausgleich vor!**

Volker Nied bereitet Anleger und Unternehmen seit Jahren systematisch auf den finalen Crash vor. Dabei nutzt er seine jahrzehntelange Erfahrung als Banker, Teilhaber einer Immobiliengesellschaft und Unternehmenssanierer. Nied analysiert aber auch umfassende Studien zu historischen Krisen.

Profitieren Sie jetzt von Volker Nields einzigartigen Erfahrungen und seinem tiefen Hintergrundwissen. Lesen Sie hier, was Ihnen Staat und Mainstream-Medien verschweigen.

Erfahren Sie,

- welches die fünf größten Gefahren für Ihre Finanzen sind.
- wie Sie ganz persönlich von einem Schuldenschnitt oder einer Währungsreform betroffen sein werden.
- warum der kommende Lastenausgleich von vielen übersehen wird, aber gerade dieser den Mittelstand brutal zur Kasse bitten würde.
- wie Sie sich als Unternehmer optimal auf die kommenden schweren Jahre vorbereiten.
- welche Sachwerte künftig keine Sicherheit mehr bieten.
- ob Auswandern jetzt noch sinnvoll ist.
- wie Sie sich mental auf den finalen Crash vorbereiten.

Volker Nied nennt Ihnen aber auch die drei Anlagen, die Ihr Geld in der kommenden »Großen Depression« am besten schützen werden. Zwei dieser Absicherungen werden von Crash-Beratern so gut wie nie empfohlen. Noch bleibt Sparern ein kleines Zeitfenster, Geld in diese Anlagen umzuschichten.

Volker Nied: Vorbereitung auf den finalen Crash • gebunden • 239 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 981 000 • 22.99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

ANZEIGE

RUND UM DEN HALLSTÄTTER SEE

Sisis Feng-Shui-Ort

In Bad Ischl wanderte die Gattin von Kaiser Franz im Sturmschritt die Berge hoch – Heute gondelt man gemütlich mit der Seilbahn

VON JUDITH KUNZ

Nein, man muss Sisi und Franz nicht begegnen. Wer in Bad Ischl Urlaub macht, kann einfach die wunderschöne Landschaft mit ihren erfrischenden Seen und Flüssen sowie ihren grünen Ausichtsbergen genießen.

Grün? Kaum ein Gipfel ragt über die Baumgrenze hinaus. Höher, größer, steiler – das sind Steigerungen, die hier im Salzkammergut östlich von Salzburg nicht greifen. Die Faszination liegt im unaufgeregten Detail. Hinter jeder Kurve tun sich neue Bilderbuch-Szenarien auf, die man besser nicht hätte arrangieren können. Und das ganz ohne Royals. Sisi und Franz sind, wenn überhaupt, so vornehm zurückhaltend zugegen, dass der Entdeckergeist erwacht und man sich selbst auf die Suche macht.

Also, wo genau geht es jetzt zum Jainzen? So heißt der Berg hinter der Kaiservilla, den Sisi morgens um fünf zum Frühsporn nahm. Die Kaiserin lief quer durch ihre Parkanlage, Besucher suchen sich den Weg am Zaun entlang und dann rechts durch den Wald hinauf. Kehre um Kehre, ein schmaler Pfad. Die Kaiserin soll nur 20 Minuten für die 350 Höhenmeter nach oben gebraucht haben. Wer es in einer Stunde schafft, ist immer noch sportlich unterwegs – und kann gut nachvollziehen, wie die Hofdamen in Sisis Gefolge ins Schwitzen kamen. Und dann noch diese langen Kleider, von den Korsetts ganz zu Schweigen.

Ururenkel von Kaiser Franz lädt ein

Unten lockt Erfrischung. Sisi ging in ihren Pool, heute ein wunderschön angelegtes Park-Freibad. Wer es ursprünglicher mag, springt einfach in den Ischl-Fluss, der direkt aus dem Wolfgangsee fließt. „Jeder hat seinen Lieblingsfelsen oder auch den privaten Strand“, sagt Stephan Köhl, Geschäftsführer des Tourismusverbands Bad Ischl, und lenkt den Blick auf die zum Teil abenteuerlichen Treppenkonstruktionen, die von den Häusern hinunter zum Fluss führen. Viele der Badeplätze sind mit natürlicher Gegenströmung ausgestattet – das Wasser hat ordentlich Zug.



Bilderbuchaussicht mit Kirche: Der Ort Hallstatt am gleichnamigen See

Foto: Stefanie Wallner

Die Ischl erreicht im Hochsommer angenehme 22 Grad. Wem das zu warm ist, geht ein paar Schritte weiter und badet in der Traun: „Das ist der Ausfluss des Hallstätter Sees, der mit Gletscherwasser vom Dachstein gespeist wird“, erklärt Köhl: „maximal 18 Grad.“

Sisi würde jetzt noch ein wenig Gymnastik machen, dann reiten und anschließend zu einer ordentlichen Bergtour aufbrechen. „Zehn Stunden Sport pro Tag waren das Standardprogramm“, sagt Ururenkel Valentin Habsburg-Lothringen. Er selbst hält es gern mit seinem Urgroßvater Franz – und geht auf die Jagd, sofern es die Zeit zulässt und er nicht gerade seiner Tätigkeit in einem Wiener IT-Unternehmen nachgeht, sich ums Erbe oder um die Familie kümmert.

Valentin Habsburg-Lothringen wohnt mit seiner Frau und den zwei Kindern in der Kaiservilla in Bad Ischl. Die privaten Räume sind ein wenig moderner als die

öffentlichen. „Aber richtig viel lässt der Denkmalschutz nicht zu“, so der 35-Jährige, dem es ein Anliegen ist, die Geschichte der österreichischen Monarchie zu vermitteln. Das macht er natürlich nicht täglich, aber er springt ein, wenn Not am Mann ist. „Wir sind ein kleiner Betrieb“, erklärt er.

Der Raum, in dem Franz das Manifest „An meine Völker“ schrieb, die inoffizielle Kriegserklärung zum Ersten Weltkrieg, wirkt heimelig. Auf dem Regal stehen Blechfiguren, die an Gartenzwerge erinnern. Spielzeug für die Kinder. Eine Chaiselongue für den Mittagsschlaf, darauf eine gehäkelte Wolldecke. Und natürlich die Lieblingspfeifen des Regenten.

Nicht nur das Schreibzimmer des Kaisers ist unverändert. Die diversen Salons, die Wartezimmer, Sisis Reich: Alles scheint in einen Dornröschenschlaf gefallen und nur gelegentlich entstaubt. „Die Kaiservilla war nie einer anderen Nutzung

zugeführt, immer im Besitz der Familie“, so der kaiserliche Nachfahre.

Unterm Treppenaufgang parken Stühle mit Tragegestell. Denn die vornehmen Herrschaften wollten an die frische Luft und auf die Berge. Aber bloß nicht zu Fuß. Sisi war die Ausnahme. „Bis Anfang des 20. Jahrhunderts gab es in Bad Ischl das Gewerbe der Sesselträger“, führt der Hausherr aus. Seit nunmehr 60 Jahren gibt es die „Katrin Seilbahn“. Wer mit ihr auf den Herzberg von Bad Ischl gondelt, trifft Katrin. Kein Scherz, nur ein Zufall. Sie bewirtschaftet in der zweiten Saison die Katrin-Alm und wirkt, als sei sie schon immer da gewesen. Dabei kommt die 35-Jährige aus Thüringen – und liebt ganz einfach das Gebirge.

Freilichtmuseum für die Chinesen?

Aber warum kamen eigentlich Kaisers? Weil Mama Sophie sich mit dem Kinderkriegen schwertat und ein Promiarzt, Dr.

Wirer, sie zur Salz- und Solekur nach Bad Ischl schickte. Es funktionierte. Sie gebar ihre „Salzprinzen“ – Franz I. am 18. August 1830. Der spätere Kaiser, der bis zu seinem Tod am 21. November 1916 regierte, verbrachte 60 Sommer in Bad Ischl. Seine 1898 in Genf einem Attentat zum Opfer gefallene Sisi war nicht so oft hier.

Schon bevor Kaisers um die fertile Macht wussten, war das Salzkammergut von zentraler Bedeutung. Hier wurden die Staatskassen gefüllt – Salz war über Jahrhunderte als lebensnotwendiges Gewürz und Konservierungsmittel Gold wert. Mehr darüber erfahren Besucher in den „Salzwelten Hallstatt“, dem ältesten Salzbergwerk der Welt, das sich im wahrsten Sinne des Wortes in der Ferienregion Dachstein-Salzkammergut erhebt. Denn mit der Seilbahn geht es zunächst hinauf auf den Salzberg, dann durch Stollen 400 Meter unter Tage, wo sich multimedial die Geschichte bis zur Auffaltung der Alpen erschließt.

Nebenan vom Skywalk „Welterblick“ genießt man einen fantastischen Blick hinunter auf Hallstatt (seit 1999 UNESCO-Welterbe) und den Hallstätter See. Noch bekannter ist die Perspektive vom Wasser aus: Kleine Häuser, terrassenförmig an den Berg gebaut, rechts und links von Fels umrahmt. Ein harmonisches Gesamtbild. Das fanden auch die Chinesen, die hier den perfekten Feng-Shui-Ort ausmachten und in ihrer Heimat nachbauen ließen. Seitdem wollen viele das Original sehen. Zu Stoßzeiten kann es eng werden in den schmalen Gassen.

Man erzählt sich, dass es schon Touristen gab, die plötzlich in der Küche standen oder sich im Garten ausruhten, weil sie dachten, ganz Hallstatt sei ein Freilichtmuseum. Vielleicht ein Übersetzungsfehler eines asiatischen Reisebüros? Schwer nachzuvollziehen. Seitens des Tourismusverbands jedenfalls setzt man auf Aufklärungsarbeit vor Ort. Besonderer Tipp: Eines der klassischen Plattenboote mieten, auf denen früher das Salz transportiert wurde – und in aller Ruhe die majestätische Kulisse genießen.

• **Weitere Infos** www.badischl.at, www.dachstein-salzkammergut.at

KULTURREISE

Schaurig-schöne Hafenstadt

Zu Besuch bei Graf Dracula – In Whitby in der englischen Grafschaft Yorkshire entstand einer der bekanntesten Schauerromane

Zart besaiteten Zeitgenossen kann ein Besuch in der nordenglischen Küstenstadt Whitby schon mal das Fürchten lehren. Besonders im dunklen Herbst oder im Winter verwandelt sich der Ort im Norden der Grafschaft Yorkshire schon mal in eine Art Geisterstadt, über der die altherwürdige Ruine von Whitby Abbey thront, die noch von der Kirche von St. Mary komplettiert wird. Und die hat natürlich noch einen obligatorischen uralten Friedhof mit vielen windschiefen Grabsteinen an ihrer Seite.

Der irische Schriftsteller Bram Stoker war an dem schauerlichen Ruf der Stadt nicht ganz unschuldig, weil er seinen Lesern mit seinem Graf Dracula das Fürchten lehrte, der auch in Whitby sein Unwesen trieb. Zumindest auf dem Papier. Die Faszination des sinistren Grafen, der sich als Untoter auf ewig durch Raum und Zeit biss, ist bis heute ungebrochen.

Im Jahr 1890 kam der damals 43-jährige Abraham (Bram) Stoker nach Whitby.

Zu der Zeit hatte er bereits zwei Romane geschrieben. Nun suchte er nach Inspirationen für ein neues Buch über einen mysteriösen Untoten, das ganz im Zeitgeist

der Schauerromane verhaftet sein sollte mit einer Welt voller geheimnisvoller Wesen, Ruinen und Burgen. Solche Werke waren Verkaufsschlager, begierig erwartet

von den viktorianischen Lesern, die sich gerne mal gepflegt gruseln wollten, bis der Diener dann den Schlaftrunk brachte und den Spuk beendete. Alpträume hatten sie dennoch.

Eine Woche hatte Stoker in Whitby Zeit für sich, bevor dann Ehefrau Florence und Sohn Irving nachgereist kamen. In seinem Kopf nahm der Roman mit seinem unheimlichen Protagonisten und dessen Opfern auf seinen täglichen Spaziergängen von der Stadt bis hoch zur alten Abteiruine so langsam gruselige Gestalt an.

Das Szenario war wahrhaftig ein gefundenes Fressen für den Autor, der geradezu nach einer unerklärlichen Aura gierte: „Es geht die Sage, dass sich öfter in den Fenstern eine weiße Frau sehen lasse“, hieß es zum Beispiel über die Ruine, und Stoker befeuerte den Mythos noch zuverlässig an anderen Stellen im Roman.

Inspiziert wurde er in Whitby auch zu der Verwendung des in der englischen Mythologie verhafteten Fabelwesens des

großen schwarzen Hundes, der mit dem Totenschiff samt Graf Dracula im Sarg nach Whitby kommt: „Das Seltsamste war, dass in dem Moment, als das Auflaufen erfolgte, ein großer Hund, wie erschreckt durch den Stoß, auf Deck kam und vorwärtsrennend vom Bug auf den Sand sprang.“

Dass Dracula von seinem Schloss im rumänischen Siebenbürgen zunächst auf dem Landweg und dann von einem Hafen aus per Schiff anreiste, hatte Stoker auch einer Erzählung aus Whitby zu verdanken. Fünf Jahre zuvor war die russische Schonerbrigg „Dmitry“ auf Grund gelaufen, woraus dann im Roman die „Demeter“ wurde.

Heute wird dem Grafen in Whitby mit der eher wenig furcht einflößenden Ausstellung „The Dracula Experience“ gehuldigt. Mit Sicherheit gelangt man danach ohne Bisswunden ins Freie. Der Schlaf bleibt dennoch unruhig, wenn ein Hund in der Nacht bellt. *Bettina Müller*



Idyllischer Küstenort: In Whitby fand ein Romanautor viel Inspiration

Foto: Müller

● FÜR SIE GELESEN

„Aufstand von unten“

Der Kapitalismus sei in eine neue Phase eingetreten, meint Shoshana Zuboff, emeritierte Professorin für Betriebswirtschaftslehre an der renommierten US-amerikanischen Harvard University in Cambridge (Massachusetts), in ihrem Buch „Das Zeitalter des Überwachungs-kapitalismus“. Letzterer resultiere aus technologischen Entwicklungen, die bisher undenkbar Konzentrationen von Reichtum, Wissen und Macht sowie die Außerkräftsetzung vieler zentraler Menschenrechte erlaubten.

Wie dieser Überwachungs-kapitalismus à la Google, Facebook und Co. entstehen konnte, ist ebenso ein Thema von Zuboff wie dessen umfassende Dominanz und die entweder kläglich-naive oder machiavellistische Haltung der Politik dazu. Als Quintessenz aus ihren Ausführungen fordert die Autorin von uns allen, den „antidemokratischen Moloch“ des Überwachungs-kapitalismus und die permanenten Bemühungen, um eine Verhaltensmodifizierung der Bevölkerung zu sabotieren.

Leider führt Zuboff aber nicht weiter aus, was das im Konkreten bedeuten soll. Insofern weist das theoretisch äußerst reflektierte Buch ein entscheidendes Manko auf: Praktische Ratschläge für den „Aufstand von unten“ angesichts des „Putsches von oben“ muss sich der Leser am Ende doch woanders holen. *Wolfgang Kaufmann*

Shoshana Zuboff:

„Das Zeitalter des Überwachungs-kapitalismus“, Campus Verlag, Frankfurt/New York 2019, gebunden, 727 Seiten, 29,95 Euro



Endlich ein Nationalstaat

Zum Thema Reichsgründung ist in der Reihe „Wissen“ des Beck Verlags ein Band des Leitenden Wissenschaftlers im Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam, Michael Epkenhans, erschienen.

Die Deutschen hatten das Ziel der Freiheitskämpfer von 1813, der Demonstranten am Hambacher Schloss 1832 und der Revolutionäre von 1848/49 endlich erreicht. Die Proklamation des Deutschen Reichs unter Kaiser Wilhelm I. (1797–1888) fand im Spiegelsaal des Schlosses Versailles statt. Denselben Saal wählten die Franzosen, als sie 1919 der deutschen Delegation den Frieden diktierten.

Epkenhans zeichnet minutiös den steinigen Weg nach, den die Gründung eines einheitlichen Nationalstaats nahm und ordnet das Geschehen in die deutsche und europäische Geschichte ein. Abschließend widmet er sich der „Reichsgründung in der Erinnerung“. An Gedenkfeiern sei abzulesen, wie der Mythos der Reichsgründung längst verblasst ist. Eine bewegende Zeitgeschichte, prägnant auf 128 Seiten dargelegt. *Helga Walter-Joswig*

Michael Epkenhans:

Die Reichsgründung 1870/71“, C.H. Beck Verlag, München 2020, broschiert, 128 Seiten, 9,95 Euro



KOCHEN



Von Arancini bis Zuppi

Ursula Ferrigno stellt 70 typisch sizilianische Rezepte in Text und Bildern vor

FOTO: COLOURBOX

Küchenklassiker In der sizilianischen Küche spiegelt sich die bewegte Geschichte der Insel wider. Griechen, Römer, Araber, Normannen und Spanier hinterließen ihre Einflüsse. Die gefragte Kochbuchautorin Ursula

Ferrigno stellt in „Cucina Siciliana“ 70 Rezepte aus frischen Zutaten der mediterranen Küche vor. Informative Texte über Land und Leute runden die äußerst ansprechende Rezeptsammlung ab. *MRK*

Ursula Ferrigno: „Cucina Siciliana. Mediterrane Lebensfreude in 70 Rezepten“, Koehler Verlag, Hamburg 2020, gebunden, 160 Seiten, 24,95 Euro

DOBRUDSCHADEUTSCHE

Leben in einem umstrittenen Land

Josef Sallanz hat den Weg der Deutschen in der Dobrudscha, einem Landstrich zwischen unterer Donau und Schwarzem Meer, nachgezeichnet

VON DIRK KLOSE

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs endete eine jahrhundertelange Geschichte des Deutschtums in Ost- und Südosteuropa. In der Dobrudscha, dem Landstrich zwischen unterer Donau und Schwarzem Meer, lebte die kleinste deutsche Minderheit, weit weniger spektakulär als etwa Sudetendeutsche oder Siebenbürger Sachsen. Den Dobrudschadeutschen hat das Deutsche Kulturforum östliches Europa einen informativen Band gewidmet, der fast einem Epilog auf eine heute fast untergegangene Gemeinschaft gleichkommt.

Der 1963 im rumänischen Arad geborene Autor unterteilt seine Darstellung in zwei größere Kapitel. Das erste ist eine politische Geschichte. Es informiert über die ab 1840 in drei Wellen erfolgte Immigration von Deutschen aus Bessarabien und Südrussland in das zwischen Rumänien und Bulgarien immer wieder umstrittene Land. Diese Deutschen sahen sich nur im Ersten Weltkrieg größeren Anfeindungen ausgesetzt, sonst aber lebten sie mit zahlreichen anderen Nationalitäten in einem wahren Völkergemisch gleichberechtigt zusammen. Im Jahre 1940 aber holte Deutschland nicht zuletzt unter völkischen Gesichtspunkten die damals knapp 17.000 Deutschen „heim ins Reich“ und siedelte viele, da die meisten ohnehin Landwirte waren, im Warthegau an, was 1945 zu erneuter Aufgabe von Gut und Land führte. Eine größere Zahl wanderte

nach Übersee aus, die in der Bundesrepublik Lebenden halten, so gut es heute geht, landsmannschaftliche Verbindung.

In einer wahren Puzzlearbeit hat der Autor anschließend „dobrudschadeutsche Lebenswelten“ aufgezeichnet, also Angaben zu Familie, Religion, Wirtschaft trotz harter äußerer Umstände hatten sich die Menschen schmucke Höfe mit „typisch deutschem“ Aussehen gebaut, Festen und schließlich zu den beiden Titularnationen Rumänien und Bulgarien sowie zu Menschen aus dem ganzen Umkreis des Schwarzen Meeres. Merkmale wie großer Fleiß, Ausdauer, Frömmigkeit und unbeirrbarer Treue zu deutschen Sitten und Gebräuchen prägten den Alltag.

In der Geschichte ihrer Titularnationen haben die Dobrudschadeutschen, anders als etwa die Deutschen in den anderen Ländern, wenig Spuren hinterlassen. Sie wurden, wie der Autor am Ende resümiert, „überrollt von der Moderne und den Verwerfungen des 20. Jahrhunderts“. Umso verdienstvoller ist es, dass ihnen mit diesem anschaulich geschriebenen Buch ein so schönes Denkmal gesetzt wird.



Josef Sallanz: „Dobrudscha. Deutsche Siedler zwischen Donau und Schwarzem Meer“, Deutsches Kulturforum östliches Europa, Potsdam 2020, 264 Seiten, 19,80 Euro

DDR

Ein Füllhorn an Überraschungen

Ein österreichischer Journalist deckt die Verstrickungen bundesdeutscher Parteien mit der SED-Führung zur Wendezeit auf

VON F.-W. SCHLOMANN

Zum Thema „Deutsche Wiedervereinigung“ gibt es viele Bücher von DDR-Bewohnern und Westdeutschen. Doch wie sah diese Zeit ein Neutraler? Ewald König, Korrespondent der größten Zeitung Österreichs, war in Bonn und in Ost-Berlin akkreditiert. Seine Verbindungen bis in die Diplomatenwelt sind durch etliche Fotos in seinem Buch „Die DDR und der Rest der Welt“ dokumentiert.

Es ist geradezu ein Füllhorn an Überraschungen: Wer weiß denn, dass am Tag des Mauerfalls die Sowjetbotschaft in Ost-Berlin geschlossen war: „Keiner arbeitete, es gab nicht einmal eine Notbesetzung.“ Hauptaufgabe des Oberkommandierenden der Sowjettruppen war die Disziplinierung, über 600 Soldaten desertierten. Bei ihrem Abzug durch Polen forderte Warschau eine Transitgebühr in Höhe von über einer Milliarde US-Dollar.

Von Österreich und Schweden hoffte sich Ost-Berlin diplomatische Beziehungen und bevorzugte sie mit Großaufträgen. Ihre Handwerker bauten in der DDR Stahlwerke, Interhotels und deren Internationales Handelszentrum. Neben ihrem heimatlichen Lohn erhielten sie eine „Auslandszulage“ von 1000 D-Mark, bei einem Umtausch in DDR-Mark hatten sie allmonatlich 12.000 Ostmark. Für sie war die DDR ein wahres „Arbeiterparadies“. Der DDR-Arbeiter auf derselben Baustelle

bekam einen Monatslohn von 400 bis 600 DDR-Mark.

Im gleichen Zusammenhang erfährt der Leser von einem „Informationsfluss via Österreich, den auch die westdeutsche Regierung in Bonn zu schätzen wusste“ und: „Besonders aufschlussreich war die österreichische Unterrichtung über Ungarn.“ Diskret deutet der Autor an, dass „mehrere hundert Personen“ durch Vermittlung Wiens aus der DDR über Österreich in den Westen gelangten.

Im Prozess gegen Honecker wurde „teilweise auf niedrigem Niveau“ viel über seine Krankheiten geredet, kaum jedoch über die Vorwürfe gegen ihn. Laut Bundesverfassungsgericht widerspreche es der Menschenwürde, einen von Todesnähe gekennzeichneten Angeklagten weiter zu inhaftieren. Offen spricht der Autor aus: „Die deutsche Politik hatte kein wirkliches Interesse an dem Prozess. Den westdeutschen Parteien wären Peinlichkeiten nicht erspart geblieben, weil sie den SED-Führer hofiert, mit protokollarischen Ehren empfangen und teilweise unterstützt hatten, teils aber auch von ihm unterstützt worden waren.“



Ewald König: „Die DDR und der Rest der Welt“, Mitteldeutscher Verlag, Halle 2019, broschiert, 424 Seiten, 20 Euro



Michael Welder
Reise in das Baltikum
 Auf Spurensuche in Estland, Lettland und Litauen
 Diese „Reise in das Baltikum“ führt nach Estland, Lettland und Litauen, in drei Länder mit einzigartiger Kultur, aber auch in herrliche Naturlandschaften. Die Spurensuche nach dem reichen Erbe an Architektur und anderen Kunstwerken, nach Bekanntem und Neuzuentdeckendem, findet zahlreiche Zeugnisse in Städten von Tallin bis Eydtkuhnen, Riga und Vilnius bis hin zur Kurischen Nehrung. Es gilt eine faszinierende Kulturlandschaft zu entdecken.
 ca. 250 farbige Abbildungen/224 Seiten.
 Nr. P 534 Gebunden mit Schutzumschlag **19,90 €**
 Früher € 39,90
 Jetzt € 19,90
 Nur noch wenige Exemplare



Günther Grundmann
Burgen, Schlösser und Gutshäuser in Schlesien – Band 1
 Die mittelalterlichen Burgruinen, Burgen und Wohntürme
 346 Seiten/Gebunden mit 307 S/W-Abbildungen
 Nr. P 542 **14,95 €**
 Nur wenige Exemplare



Günther Grundmann
Burgen, Schlösser und Gutshäuser in Schlesien – Band 2
 Schlösser und Feste Häuser der Renaissance
 346 Seiten/Geb. mit zahlreichen S/W-Abbildungen
 Nr. P 541 **14,95 €**
 Nur wenige Exemplare

Der erste Band des Gesamtwerkes beschäftigt sich mit der Baukunst des Mittelalters bis in den Anfang des 16. Jahrhunderts. Im Mittelpunkt des Textes stehen die bedeutenden Höhenburgen, wie die Gröditzburg, Bolkoburg und Schweinhaus, der Kynast und die Kynsburg. Eine wichtige Rolle spielen die Herrschaftssitze der Piasten, an deren Stelle oft Schlösser getreten sind: Liegnitz, Breslau, Brieg, Frankenstein u. a. m. Wohntürme und Wasserburgen, denen im Antlitz Schlesiens eine so große Bedeutung zukommt, sind eigene Kapitel gewidmet. Für den Abbildungsteil ist auf die unterschiedlichsten Quellen zurückgegriffen worden. Ein erheblicher Teil der hier vorgestellten Aufnahmen ist bisher unveröffentlicht gewesen; die Zusammenstellung des Bildmaterials als Ganzes kann als einmalig bezeichnet werden.

Der zweite Band des Gesamtwerkes beschäftigt sich mit der Baukunst vom ausgehenden Mittelalter bis zum Beginn des Dreißigjährigen Krieges. Im Mittelpunkt des Textes stehen die bedeutenden Fürstenresidenzen in Brieg und Oels, aber auch Adelsschlösser von Rang, wie Carolath. Viele Altbauten, über die schon der erste Band des Gesamtwerkes berichtete, sind erneuert worden, wie die Kynsburg, aber auch eindrucksvolle Residenzen neue geschaffen, wie Schloss Plagwitz mit seinem Laubenhof. Weiterhin spielen Wasserschlösser, wie Schönjohndorf, eine wichtige Rolle. Für den Abbildungsteil ist wieder auf die unterschiedlichsten Quellen zurückgegriffen worden. Ein erheblicher Teil der Aufnahmen ist bisher unveröffentlicht gewesen; die Zusammenstellung des Bildmaterials kann als einzigartig bezeichnet werden.



Wilhelm Müller-Rüdersdorf
Schlesieervolk
 Ein Heimatbuch
 365 Seiten mit 7 Radierungen Gebunden
 Nr. P 539 **12,95 €**
 Nur wenige Exemplare

Das hier vorliegende Heimatbuch Wilhelm Müller-Rüdersdorf „Schlesieervolk“ bestätigt die schlesische Charakteristik an vielen, vielen Beispielen auf jeder Seite. Der Herausgeber Wilhelm Müller aus Rüdersdorf – 1889 in Berlin geboren – hat seine Landsleute gekannt und den Schlesier tief in ihre „schlesisch-schwarze“ Seele geschaut. Alljährlich hat er von Berlin aus in jedem Sommer das Isergebirge, das er seine „zweite Heimat“ nannte, besucht und hier den „Quellgrund seines dichterischen Schaffens“ gefunden. Für diese engere Region ist er auch als Lyriker, Volkskundler, Lied-, Sagen- und Märchensammler, als Prosa-Schriftsteller nicht ohne Bedeutung, selbst wenn seinen Gedichten ungerechterweise „Biedermeierlyrik ohne Belang“ attestiert wurde.



Georg von Blomberg
Wir erbten ein Schloss in Schlesien
 164 Seiten mit 12 S/W-Fotos und Abbildungen Gebunden
 Nr. P 535 **12,95 €**
 Nur wenige Exemplare

Georg von Blomberg hat in diesem Buch der Erinnerungen ein Bild schlesischen Landlebens für den Zeitraum von 1923 bis zur Vertreibung 1945 gezeichnet. Der überaus lebendige Bericht ist ein unwiderbringliches Dokument, das dem Leser eine Welt der selbstverständlichen Pflichterfüllung, Lebensfreude, der Einheit von Schloss- und Dorfbewohnern und der Liebe zur Natur vorführt. Für viele, besonders natürlich für Schlesier, wird das Buch Erinnerungen wach werden lassen. Junge Leser wird die Harmonie dieses Lebens ansprechen. In seinen Schilderungen hat der Autor liebevoll alle Details berücksichtigt, die nur eine eigene ausgeprägte Erlebnisfähigkeit erlaubt. Seine große Heimatliebe und das Vergnügen am Landleben spiegelt sich in den einzelnen Kapiteln wider.



Dr. Franz Schroller
Schlesien
 Eine Schilderung des Schlesienlandes – 3 Bände im Schmuckschuber
 Mit 81 Stahl- und 152 Holzschnitten
 1.214 Seiten/Gebunden
 Nr. P 540 **29,95 €**
 Nur wenige Exemplare

In dem über 1.200 Seiten umfassenden Werk über Schlesien – gebunden in 3 Bänden mit Schmuckschuber – werden die einzelnen Regionen Schlesiens vorgestellt: Die Sudeten mit dem Gesenke, die Grafschaft Glatz, das Waldenburger Gebirgsland, das Riesengebirge, das Iser- und Lausitzer Gebirge, das Böhmerthal, das Katzbachthal, Liegnitz – das Schlachtfeld Schlesiens, die mittelschlesische oder zentrale Ackerebene, Breslau und seine Umgebung, der oberschlesische Industriebezirk und das südöstliche Oberschlesien. Ein Kapitel über die Oder, die schlesische Mundart und die Jahresgebräuche der schlesischen Bauern runden dieses umfangreiche und mit zahlreichen Stahl- und Holzschnitten illustrierte Prachtwerk ab.



Heinrich Bartsch
Die Städte Schlesiens mit Karten in den Grenzen des Jahres 1937
 Mit farbigen Wappen der schlesischen Städte. 372 Seiten/Geb.
 Nr. P 549 **22,95 €**
 Nur wenige Exemplare

Mit dem vorliegenden Werk wird der Versuch unternommen, charakteristische Daten und Fakten zur landes-, kultur-, wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Entwicklung und Bedeutung der Städte Schlesiens (in den Grenzen von 1937) – nach einem fest umrissenen und gleichbleibenden Schema geordnet – darzubieten. Es ist nicht beabsichtigt, im Rahmen des gewählten Rasters ein auch nur annähernd vollständiges Zahlen- oder Tatsachengerüst zu bieten. Vielmehr soll möglichst knapp und einprägsam ein Bild der einzelnen Städte mit ihren Besonderheiten und ihrer Bedeutung skizzenhaft gezeichnet werden. Der Verfasser hat damit ein Nachschlagewerk geschaffen für alle diejenigen, die sich einen Überblick über die schlesische Städtelandschaft bis zum Jahr 1945 verschaffen möchte.



Edmund Hoefler (Text) und Gustav Schönleber (Illustrationen)
Unsere Vaterland
 Unveränderter Nachdruck der Auflage von 1880/1881
 Diese Faksimiledruck ist für den bibliophilen Betrachter ein Muss. Von Ostfriesland über Emden, den Ost- und Nordfriesischen Inseln über Wilhelmshaven, Bremen, Hamburg, Helgoland, Flensburg, Kiel, Lübeck, Lauenburg, Lüneburg, Wismar nach Pommern hinüber, die vorpommerschen Städte, Rügen, Usedom und Wollin, Stettin, Kolberg, Danzig, Elbing und das Frische Haf, Pillau und das Samland, Königsberg, Kranz und die Kurische Nehrung bis nach Memel und Litauen, werden Nord- und Ostseeküste in Texten bekannter Autoren vorgestellt und mit Stahlstichen liebevoll illustriert. Ein bibliophile Kostbarkeit der besonderen Art. Mit vielen Stahlstichen/360 Seiten im Großformat 25 x 34 cm.
 Nr. P 547 Gebunden im Schuber **29,90 €**
 Nur noch wenige Exemplare



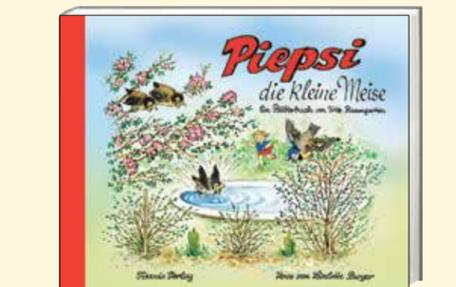
Frida Magnus-Unzer (Einf.)
Das malerische Ostpreußen
 Mit zahlreichen S/W-Abbildungen.
 240 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag
 Nr. P 545 **16,95 €**
 Nur wenige Exemplare

Die abwechslungsreiche ostpreußische Landschaft mit ihren Alleen, Weiden, Wäldern, Seen, Dünen und dem Meer, wird im ersten Teil des Werkes in vielen unwiederbringlichen Bildern festgehalten. Frida Magnus-Unzers Einführung hierzu ist ein Loblied auf die Heimat und steckt voller Erinnerungen. Fotos von Burgen, Kirchen, Klöstern und anderen Bauwerken sowie eine kurze geschichtliche Einführung sind im zweiten Teil des Bandes zu finden. Innenansichten alter Häuser, Bibliotheken und Kirchen enthält der letzte Teil. Interessant ist hierzu der „kurze Gang“ durch die ostpreußische Baugeschichte und der Einblick in die Entwicklung und Wandlung der vielseitigen Inneneinrichtungen.



Wolfgang von Eichborn
Das schlesische Jahr
 Landschaften der Sehnsucht
 134 Seiten/Gebunden
 Nr. P 543 **9,95 €**
 Nur wenige Exemplare

Das Auge des Vertrauten erkennt das Gemeinsame in der wunderbar vielgliedrigen Natur des schlesischen Landes. Der Verfasser kommt aus alter Familie und weiß um das Werden und Wesen der Heimat; er schaut und bildet als Dichter, in einer zu gefasster Stille herabgedämpften Sprache sehender Heimatliebe, fern von Sentimentalität, fern auch von Klage und Anklage, nichts als ergreifen und ergreifend. Die Landschaft öffnet jeweils charakteristische Eigenart dem Wanderer im Wechsel der Jahreszeit: das dem Gebirgszug vorgelagerte, in die Ebene sich verstreute Hügelland im märzlichen Föhn, der uralte Kulturburg Zobten in wallenden Aprilnebeln; väterliches Haus und Garten im Blüten des Mai. Aus Städten, Burgen und Klöstern steigt die geschichtliche Stimmung im Glanz reifer Augusttage.



Fritz Baumgarten
Piepsi, die kleine Meise
 (Format 27 x 21 cm)
 Im Garten von Susannchen baut die Meisenmutter ihr Nest. Zwischen Piepsi, der kleinen Meise, und dem Mädchen entwickelt sich eine Freundschaft. Auf Piepsis Weg zum Erwachsenwerden erleben die beiden einige kleine Abenteuer. 24 Seiten
 Nr. P A1257 Gebunden **8,95 €**



Martin Wehrmann
Geschichte von Pommern
 Reprint der Originalausgabe von 1919 und 1921.
 2 Bände in einem Band.
 608 Seiten/Gebunden
 Nr. P 526 **14,95 €**
 Nur wenige Exemplare



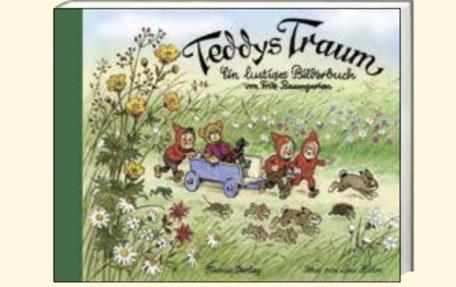
Dr. Carl Heinz Clasen
Deutsche Volkskunst Ostpreußen
 Mit 230 S/W-Fotos
 118 Seiten Gebunden
 Nr. P 538 **22,90 €**
 Nur wenige Exemplare

Der Band über die ostpreußische Volkskunst steht am Beginn der erfolgreichen Laufbahn von Dr. Carl Heinz Clasen, der bereits als junger Königsberger Privatdozent dieses Werk schuf. Es war wohl eine Auftragsarbeit, die sich einfügte in ein Publikationsprojekt, das die deutsche Volkskunst in ihren einzelnen landschaftlichen Erscheinungsformen zur Anschauung bringen wollte. Für Ostpreußen war das Thema neu. Jedenfalls war ostpreußische Volkskunst in einer so zusammenfassenden Darstellung noch nie behandelt worden. Nur mehr am Rande des eigentlichen Themas tauchen Volkskunstgegenstände in Richard Dethlefsens Buch „Bauernhäuser und Holzkirchen in Ostpreußen“ auf. Was Clasens Buch so wertvoll macht, ist die große Fülle an Abbildungen, die er zum größten Teil selbst fotografiert hat.



Richard Konwiarz
Alt-Schlesien
 Architektur – Raumkunst – Kunstgewerbe
 Mit 478 Abbildungen u. Plänen. 240 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag
 Nr. P 546 **16,95 €**
 Nur wenige Exemplare

Die wechselvolle, reiche Kulturgeschichte des unvergessenen alten Schlesiens erfährt in diesem prächtigen Werk eine einzigartige Darstellung in Wort und Bild. Die Auswahl und Darbietung der Abbildungen ist wohl eine einmalige Arbeit des Herausgebers und des Fotografen. Die Fülle des Bildmaterials ist so überwältigend, dass der Betrachter nicht aufhören kann, zu blättern und von Erinnerung zu Erinnerung zu eilen. In unwiederbringlichen Bildern wird die Blütezeit Schlesiens durch Jahrhunderte dokumentiert. Neben der Kulturgeschichte stehen in ihrer Mannigfaltigkeit die Naturschönheiten, wie das Iser- und Riesengebirge, das Waldenburger Gebirge, das Glatzer Bergland und die schlesische Ebene mit ihren typischen Landschaften an der Oder und deren Nebenflüsse.



Fritz Baumgarten
Teddy's Traum
 (Format 26,5 x 21 cm)
 Teddy träumt von einem wunderschönen Fest bei den Wichteln mit Musik und gutem Essen. Der kleine Wichtelmännchen begeistert Teddy, die Wichtel und die Tiere des Waldes mit seinen lustigen Schattenspielen. Ein wunderschönes Bilderbuch mit liebevollen Illustrationen. 24 S.
 Nr. P A0795 Gebunden **8,95 €**



Karlheinz Gehrmann (Hrsg.)
Wir Pommern
 Heimat im Herzen
 397 + XXXII Seiten
 Gebunden mit Schutzumschlag
 Nr. P 550 **14,95 €**
 Nur wenige Exemplare



Carl E. L. von Lork
Neue Forschungen über die Landschlösser und Gutshäuser in Ost- u. Westpreußen
 89 Abb. 140 Seiten/Geb.
 Nr. P 536 **22,90 €**
 Nur wenige Exemplare

Interessante Aufschlüsse über viele namhafte Baumeister und Bauwerke machen den Wert des Buches aus. Die bisher ungelöste Frage nach dem großen Architekten des Meisterwerks Finkenstein in Westpreußen ist mit sicherem Blick beantwortet. Die gesamteuropäische Verbindungen des Ostens werden in einem „geradezu aufregenden Kapitel über Palladio“ (Walter Genzmer) und sein Fortwirken nördlich der Alpen geschildert. der nordostdeutsche Mensch, der Geschichte gemacht hat, seine Leitsätze, seine Lebensformen und Lebensansprüche werden soziologisch an Hand der Quellen, der Bauwerke, ihrer Strukturen, Proportionen und ihres Kulturgutes vor Augen geführt. Die Untersuchung des preußischen Charakters kommt, längst fällig, zu einer wohl begründeten „Erkenntnis von Innen her“. Zahlreiche neue Funde und Bilder bieten eine erschöpfende Anschauung.



Ernst Scheyer
Schlesische Malerei der Biedermeierzeit
 364 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag
 Nr. P 548 **16,95 €**
 Nur wenige Exemplare

Dieser Band stellt eine Sammlung von Arbeiten dar, die während eines Zeitraumes von 35 Jahren entstanden sind. Die früheren sind Resultate von Scheyers Tätigkeit an den Städtischen Sammlungen der Stadt Breslau, die späteren wurden größtenteils in Detroit/Michigan geschrieben, wo der Verfasser die ordentlich Professur der Kunstgeschichte an der Staatlichen Universität (Wayne) innehatte. Die schlesische Biedermeiermalerei hat Eigenart und besonderen Reiz in ihrer engen Verbundenheit mit der Dichtung. Wir begegnen ihr in August Kopisch, einem Maler-Dichter im Sinne des Doppelberufs, in Joseph Raabe, dem Hausgenossen und Maler Goethes, in A. E. Schaeffer, dem engen Freund und Waffenbruder Eichendorffs aus den Freiheitskriegen. Der Begriff „Biedermeier“, auf die schlesische Kunst angewendet, ist besonders gerechtfertigt angesichts der Tatsache, dass die Kunst in Schlesien nach den Freiheitskriegen ein inniges Leben führte.



Erhard Witte (Hrsg.)
Wir von der Weichsel und Warthe
 Heimat im Herzen
 405 + XXXII Seiten
 Gebunden mit SU
 Nr. P 551 **14,95 €**
 Nur wenige Exemplare

In diesem heimatlichen Buch werden sich die Pommern bewusst, was sie nach der Vertreibung aus der Heimat beigetragen haben, zu den Werten, die in ihrer Summe die deutsche Kultur bedeuten. Die Menschen gestalten die Landschaft, in der sie leben; aber auch die Menschen unterliegen den Einflüssen, die von ihrem Heimatboden ausgehen. So zeigen auch die Pommern ihre Eigenart in der Sprache, der Lebensgestaltung, der Kunst, dem Humor, der Sitte. Die Beiträge, Gedichte wie Prosa, drücken diese Eigenarten in großer Vielfalt aus. Unter den Autoren sind zahlreiche berühmte Namen aus verschiedenen Epochen. Alle Verfasser sind eng mit Pommern verbundene und geben dem Werk die heimatliche Prägung.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
 in der Verlagshaus Würzburg
 GmbH & Co. KG
 Beethovenstraße 5 B
 97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
 Telefax 09 31/ 46 58 89-29
 Email info@rautenberg-buch.de
 Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (* nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname Name

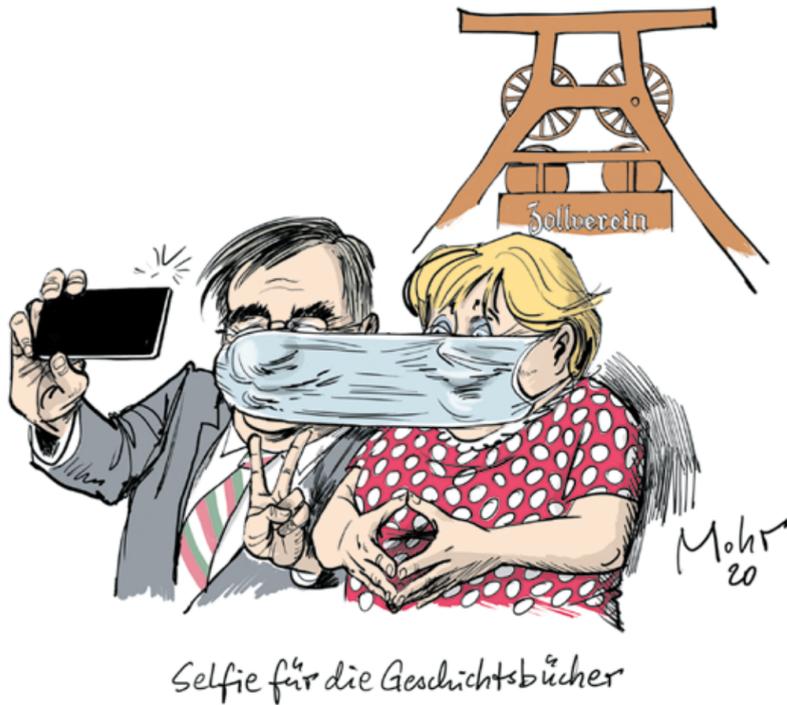
Straße/Nr. Telefon

PLZ/Ort

Datum Unterschrift

● **AUFGESCHNAPPT**

Der Berliner Senat hat keine Anhaltspunkte dafür, dass extremistische oder verfassungsfeindliche Kräfte bei der Großdemo vom 1. August gegen die Corona-Maßnahmen eine Rolle gespielt hätten. Dies bestätigte die rot-rot-grüne Stadtregierung auf eine Anfrage von Marcel Luthe, FDP-Parlamentarier im Abgeordnetenhaus. Auch auf die Frage, ob dem Senat Tatsachen bekannt seien, die die Annahme rechtfertigten, der Anmelder der „Demonstrationsveranstaltung sei einem Teilfeld des politischen Extremismus im Sinne einer Verfassungsfeindlichkeit zuzurechnen“, antworteten die Verantwortlichen ebenso mit „Nein“. Nach der Kundgebung unter dem Motto „Tag der Freiheit“ ergingen sich zahlreiche Politiker und Medien in Anwürfen gegen die Protestierer. Die „Tagesschau“ behauptete – offenbar wahrheitswidrig: „Zehntausende Menschen – darunter Corona-Leugner, Verschwörungsideologen, rechte Esoteriker und Rechtsextremisten aus dem ganzen Bundesgebiet – waren am Mittag durch die Berliner Innenstadt gezogen.“ H.H.

● **STIMMEN ZUR ZEIT**

Der seit Jahrzehnten in Deutschland lebende äthiopische Prinz, Unternehmensberater und Buchautor Asfa-Wossen Asserate fordert die europäischen Regierungen im „Focus“ (19. August) zu einem radikalen Kurswechsel in ihrer Afrika-Politik auf:

„Europa muss endlich Schluss machen mit der fatalen Appeasement-Politik gegenüber Afrikas Potentaten. Die politischen Eliten in den meisten Ländern Afrikas profitieren vom Status quo. Sie sind an Veränderungen nicht interessiert. Das Wohl ihrer Landsleute ist ihnen gleichgültig.“

Der Wirtschaftsprofessor Thomas Straubhaar warnt in „Cash.ch“ (24. August) vor zu viel Risikoscheu:

„Das momentan größte Risiko für Wirtschaft und Gesellschaft ist, dass wir nicht bereit sind, ein Risiko einzugehen. In der nächsten Phase sollten wir im Kampf gegen Corona lieber etwas zu wenig als zu viel tun.“

Ramin Peymani macht seinem Ärger über die Entwicklung im Land auf seinem Blog „peymani.de“ (24. August) Luft:

„Ich will nicht mehr dabei zusehen, wie dieser Staat, der zur Beute einiger Tausend Funktionäre einer Handvoll nicht mehr zu unterscheidender Parteien geworden ist, das von mir und Millionen Fleißigen erwirtschaftete Steuergeld für Lobbyisten, Ideologen und Betrüger zum Fenster hinauswirft, um anschließend neue Steuern zu erfinden, damit er noch mehr Lobbyisten, Ideologen und Betrüger befriedigen kann.“

Neuköllns CDU-Chef Falko Liecke stellt gegenüber der „Welt“ (24. August) den Willen von Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne) infrage, die Clan-Kriminalität in Berlin zu bekämpfen:

„Ermittler haben im Jahr 2020 keine Möglichkeit, WhatsApp-Nachrichten von Kriminellen mitzulesen, nur Festnetztelefone, was kaum etwas bringt. Statt hier anzusetzen, stellt Rot-Rot-Grün die Sicherheitsorgane unter Generalverdacht. Da sind Zweifel berechtigt, ob der Justizsenator den Kampf gegen die Clans ernst nimmt.“

Alexander von Schönburg hat die Nase voll von der Angstmasche der Regierung in der Corona-Frage. Stattdessen fordert er in der „Bild“-Zeitung (25. August):

„Das Letzte, was wir jetzt brauchen, sind Drohungen neuer, harter Maßnahmen. Wir brauchen Augenmaß, Verhältnismäßigkeit und Vernunft. Nicht Panikmache und Alarmstimmung.“

● **WORT DER WOCHE**

„Herrn Amo kennt keiner, aber er war dem Vernehmen nach ein Mohr. Fazit: Bisher wurden in der Hauptstadt alle Mohren gewürdigt. In Zukunft nur noch einer.“

Robert von Loewenstern, auf „Achgut.com“ (24. August) zur Umbenennung der Berliner Mohrenstraße in Anton-Wilhelm-Amo-Straße

DER WOCHENRÜCKBLICK

Im Rausch der Macht

Warum wir die Lust an den Corona-Maßnahmen verlieren, und wie wir rassistische Mohren loswerden

VON HANS HECKEL

Was ist das denn? Sind die Deutschen etwa gar nicht so folgsam, wie wir bislang hoffen durften? Laut Forsa-Umfrage nimmt die Zustimmung zur Politik der Bundesregierung rasant ab. Im Zentrum steht natürlich das Thema Nummer 1: Die Corona-Restriktionen. Fanden Anfang April noch 60 Prozent, dass sich Deutschland „eher in die richtige Richtung“ entwickelt, waren es jetzt nur noch 49. Gleichzeitig schoss die Zahl der Unzufriedenen von 25 auf 42 Prozent in die Höhe.

Woran mag das nur liegen? Nun, während die Zahl der „mit Covid-19“ Verstorbenen bundesweit auf niedrigem Niveau verharrt (höchstens um die zehn von insgesamt rund zweieinhalbtausend Menschen, die in Deutschland täglich sterben) und die Intensivbetten sich kaum dramatisch füllen wollen, steigern sich Politik und Verwaltung in eine anschwellende Katastrophenstimmung hinein. Die Kanzlerin will die „Zügel wieder anziehen“.

Alle paar Minuten schallt die Durchsage durch die U-Bahn, auch die Nase zu bemasken. Die Deutsche Bahn kündigt an, die Kontrollen auf den Bahnhöfen noch zu verschärfen, auch die Lufthansa will die Schraube fester ziehen. Das Gesundheitsamt des Rhein-Sieg-Kreises schreibt der Mutter einer Vierjährigen, dass sie auf die „zeitliche und räumliche Trennung“ ihres Kindes „von anderen Haushaltsmitgliedern“ achten solle, weil ein Kita-Mitarbeiter positiv getestet worden sei. Das Mädchen müsse sich „stets in anderen Räumen“ aufhalten als der Rest der Familie.

Das Amt droht mit Zwangsmitteln, wie der Bonner „General-Anzeiger“ berichtet. An die Mutter gerichtet: „Das bedeutet für Sie, dass ich auch gegen Ihren Willen, notfalls unter Anwendung körperlicher Gewalt, sicherstelle, dass Sie den oben genannten Quarantänebereich nicht verlassen. Alternativ kann auch die zwangsweise Unterbringung in einer geschlossenen Quarantänestation angeordnet werden.“ Auf Deutsch: Das Mädchen wird abgeholt und (notfalls gewaltsam) den Eltern entzogen, wenn Mutter und Kind gemeinsam in der Küche erwischt werden.

Na also, der Staat funktioniert doch. Deutsche Ämter haben nichts verlernt, wenn es darum geht, „Anordnungen“ mit aller Här-

te durchzusetzen. Zumindest, wenn es sich um die eigenen Bürger handelt und nicht um afrikanische Drogendealer oder ausreisepflichtige Orientalen. Woher also die wachsende Unzufriedenheit?

Dahinter können nur Unbelehrbare stecken, „Feinde der Demokratie“, die dieses Wochenende wieder demonstrieren wollen in Berlin. Schon am 1. August haben wir im Netz Bilder erblickt aus der deutschen Hauptstadt, die aussahen, als seien sie in Minsk aufgenommen worden. Dort indes geht es gegen eine waschechte Diktatur, das kann man also nicht vergleichen. Nach Angaben der Opposition haben in der weißrussischen Hauptstadt mehr als 100.000 Menschen gegen das Regime von Machthaber Lukaschenko demonstriert. Laut den weißrussischen Behörden waren es gleichwohl nur 17.000, höchstens 20.000. Die regierungsnahen Medien haben die amtliche Zahl übernommen und weisen darauf hin, dass Extremisten unter den Demonstranten gewesen seien. Präsident Lukaschenko warnt daher seine Bürger, dass jeder, der auf einer Oppositionsdemo mitlaufe, mit Konsequenzen rechnen müsse, sei er nun Lehrer oder Basketballer oder in zivil demonstrierender Polizist.

Oh, haben wir da was durcheinandergebracht? Was war jetzt Minsk, was Berlin? Wissen wir leider nicht so genau. Wenn Sie unbedingt wollen, pulen Sie sich das doch selbst auseinander, viel Spaß!

Wir bleiben derweil lieber in Deutschland, um solchen Verwirrungen zu entgehen. Bei uns sprießen die Ideen für neue, noch strengere „Anordnungen“ nur so in den Himmel. Während Angela Merkel noch an den Zügeln spielt, reitet Markus Söder schon kraftvoll auf der „zweiten Welle“; AKK fordert Maskenpflicht am Arbeitsplatz und Jens Spahn denkt sogar über ein Verbot des Karnevals nach. Sie reden wie im Rausch. So ein Rausch spendet dem Berauschten bekanntlich wunderbare Kraft- und Machtphantasien. Er glaubt, er könne Berge versetzen oder ein ganzes Volk nach Belieben durch die Gegend schubsen. Ein wunderbares Erlebnis, das allerdings nur zu leicht in einen hysterischen Anfall mündet.

Zu so einem Anfall könnte es bei Politikern und angedockten Medienleuten durchaus kommen, sollte die Protestwelle gegen ihre Machtphantasien noch größer werden. Gegenmaßnahmen sind dringend geboten, weshalb das Karnevalsverbot des Jens Spahn

Kaum haben wir die Zigeunersoße gestrichen, da fordern Zigeuner, als Zigeuner bezeichnet zu werden



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de

gar kein so abwegiger Vorschlag ist. Wenn alles glattläuft, gelingt es Regierung und geneigten Medien vielleicht, die Protestwelle mit dem Faschismushammer zu zermalmen. Was aber wäre gewonnen, wenn sich stattdessen die Jecken in Prunksitzungen und auf bunten Umzugswagen rotzfrech der Corona-Politik annehmen? Nicht auszudenken. Ergo müssen wir auch diesen Kanal vermauern, bevor da noch was durchrutscht.

Überhaupt sollten die Verantwortlichen viel genauer hinsehen, wer sich in die veröffentlichten Debatten einmischt, sonst kommt es immer wieder zu unerfreulichen Zwischenfällen. Beispiel Sprachreinigung: Kaum hatte ein sensibler Weltkonzern seine „Zigeunersoße“ umbenannt, da drängelt sich die „Sinti Allianz Deutschland“ (SAD) unbefugt in die Diskussion. Diese Art von „Sprachhygiene“ lehne man ab, so der SAD-Vizevorsitzende Manfred Drechsler. Die Bezeichnung „Zigeuner“ sei eineinhalbtausend Jahre alt und finde sich häufig als Inschrift auf Grabmalen seiner Leute. Die Mehrheit der Sinti verfolge die „unwürdige“ Soßendiskussion kopfschüttelnd. Schon aus Respekt vor anderen Zigeunervölkern wolle die SAD nicht auf die Bezeichnung „Zigeuner“ verzichten.

Was fällt diesen Sinti eigentlich ein, sich in „unsere“ Diskussionen einzumischen? Ach so, Sinti sind ja auch deutsche Staatsbürger, deutsche Zigeuner eben. Aber das tut hier gar nichts zur Sache.

Man kann sich auf die Opfergruppen eben nicht mehr verlassen. Schon seit Jahren haben wir das Problem mit diesem aus Nigeria stammenden Gastronomen Andrew Onuegbu, der sein Restaurant in Kiel „Zum Mohrenkopf“ getauft hat und den Namen gegen die Wut mehrheitlich weißer Antirassisten lächelnd verteidigt. Neulich sei einer gekommen und wollte „mit Deinem Nazi-Chef sprechen“, berichtet Onuegbu. Er sei daraufhin in die Küche gegangen, habe die Bratkartoffeln gewendet und sei zurückgekommen, um dem Besucher zu erklären, dass nicht „Mohr“ rassistisch sei, sondern die Annahme, dass ein Schwarzer nicht der Chef sein könne.

So kann man einfach nicht arbeiten. Vielleicht sollten „anerkannte Gruppen der Zivilgesellschaft“ einfach selbst gemachte Zigeuner, Verzeihung, Sinti und Schwarze aus ihren eigenen Reihen erwählen, die dann als Opfer von Rassismus auftreten, um den Deutschen entsprechende „Anordnungen“ aufzudrücken. Ohne lästige Widerrede.